



Jugendamt
Landeshauptstadt Düsseldorf

Geschäftsbericht 2008



Liebe Leserinnen und Leser des fünften Geschäftsberichtes „Jugendamt Düsseldorf“,



Burkhard Hintzsche
Jugenddezernent

Familiengerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die zentralen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in Düsseldorf, denen sich das Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf im Jahr 2008 zu stellen hatte. Die gesetzliche Neuregelung im Bereich der Kindertageseinrichtungen durch das Kinderbildungsgesetz, kurz „KiBiz“ genannt, soll die frühkindliche Bildung und Versorgung in den Kindertageseinrichtungen weiter auf die Bedürfnisse von Familien und Kindern ausrichten und die Kooperation zwischen ihnen und den Schulen weiter verstärken.

Gerade für eine Stadt wie Düsseldorf als wichtiger Wirtschaftsstandort mit vielen jungen Menschen und Familien ist eine gute Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder, Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche und familienunterstützenden Angeboten zur Erziehung und Familienbildung ein wichtiger Standortfaktor. Düsseldorf setzt dabei auf eine ausgezeichnet funktionierende sozialräumliche Vernetzung mit den Freien Trägern, Betrieben und Elterninitiativen. Damit war es fast selbstverständlich, dass die Landeshauptstadt Düsseldorf sich einem Modellprojekt des Landes für ein Auditierungsverfahren zur familien-gerechten Kommune, das das Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration zusammen mit der Bertelsmann Stiftung und der berufsun-familie gGmbH der Hertie-Stiftung entwickelt hat, beteiligt. Politisch begleitet wird dieses Verfahren durch den Jugendhilfeausschuss, wodurch das für Düsseldorf typische gute Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und den

Trägern der Wohlfahrtsverbände abgerundet wird.

Durch die Einführung des Kinderbildungsgesetzes haben sich die Betreuungs-, Finanzierungs- und Verwaltungsstrukturen in der Kindertagesbetreuung grundlegend geändert. Der hierfür notwendige komplexe Planungsprozess

musste im ersten Quartal des Jahres abgeschlossen sein, um einen reibungslosen Start zu Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 1. August 2008 zu ermöglichen, und dabei sowohl die Interessen der Eltern und Kinder als auch die der freien Träger berücksichtigen, ohne dabei die bis dahin angebotenen verlässlichen Betreuungen aus den Augen zu verlieren. Dank der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den freien Trägern und Initiativen ist es gelungen, nicht nur alle Tageseinrichtungen und damit die Düsseldorfer Trägervielfalt zu erhalten, sondern die vielfältige Angebotsstruktur sogar zu erweitern. Mit allen 308 Tageseinrichtungen wurden Gespräche geführt und die neuen Gruppenstrukturen vereinbart. Entsprechend der Vorgaben des Gesetzes werden in Düsseldorf Kindergartenplätze mit 25 Stunden, 35 Stunden und 45 Stunden Betreuung angeboten. Die erreichte gute Versorgungsquote in der Übermittagsbetreuung von rund 70 Prozent konnte erhalten werden.

Die schon im Vorjahr hervorragende Versorgung mit Plätzen für unter Dreijährige konnte auch 2008 unter den veränderten Rahmenbedingungen weiter ausgebaut und in Zusammenarbeit mit Betrieben und dem i-Punkt Familie, der Kinderbetreuungs-börse, die Platzzahl in diesem Jahr verdoppelt werden.



Johannes Horn
Leiter des Jugendamtes



Hierzu trugen auch die Tagespflegepersonen mit einem Anteil von rund 25 Prozent bei. Um eine berufliche Perspektive für die Kindertagespflegepersonen zu eröffnen, ist eine entsprechende Vergütung erforderlich. Deshalb hat der Jugendhilfeausschuss 2008 eine Anhebung der Geldleistungen für diesen Personenkreis beschlossen.

Die Versorgung der Schulkinder in den Tageseinrichtungen konnte zusammen mit dem Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich auf 50 Prozent gesteigert werden.

Trotz dieser Angebotserweiterung hat Düsseldorf die Kostenbeteiligung der Eltern reduziert. Die Elternbeiträge wurden ab dem 1. August 2008 für Familien mit einem Einkommen bis 24.542 Euro, für Inhaber des Düsselpasses und für Geschwisterkinder kostenfrei.

Die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren wurde auch 2008 erfolgreich fortgesetzt. Inzwischen gibt es 62 Familienzentren in Düsseldorf, lediglich 38 werden über Landesmittel finanziert. Das anvisierte Ziel von 95 Familienzentren wird schon 2010 realisiert werden können. Alle Einrichtungen, die die Zertifizierung beantragt haben, haben das Gütesiegel mit Höchstbewertung in der Qualität erlangt.

Der erste integrative Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan wurde in enger Kooperation der beteiligten Ämter 2008 fertig gestellt. Hierbei handelt es sich um mehr als nur eine Zusammenführung von zwei bestehenden kommunalen Planungsberichten, sondern es ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung kommunaler Bildungslandschaften.

Die Schulsozialarbeit an Grundschulen wurde weiter ausgebaut. Insgesamt 18 Grundschulen haben nun einen Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin vor Ort, die auf der Grundlage der Rahmenkonzeption die Handlungsfelder „Beratung und Unterstützung in Krisensituationen und bei Problemen“ und „Soziales Lernen und die Elternarbeit“ abdeckt.

Der weitere Ausbau des Kinderschutzes gemäß § 8a des Sozialgesetzbuches, 8. Buch (SGB VIII) ist ein wichtiger Punkt im Aufgabenspektrum der Jugendhilfe gewesen. Das Jugendamt versucht, durch eine systematische Herangehensweise das Personal kontinuierlich zu qualifizieren, durch eine ämter-, träger- und institutionenübergreifende Vernetzung das Kinderhilfesystem engmaschiger zu gestalten und dabei vorrangig die Schutzinteressen der Kinder zu sichern.

Der 2007 gewählte Jugendrat nahm 2008 voller Tatendrang seine Arbeit auf. Neben den eigenen regelmäßigen Sitzungen nahmen die Mitglieder an einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und gesamtstädtischen Ausschusssitzungen teil. Hierüber wurde durch die Vertreterin oder den Vertreter aus dem Jugendrat in jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichtet.

Um die schon eingangs erwähnte sehr gute Zusammenarbeit mit den freien Trägern auch zukünftig zu erhalten, wurden die Rahmen- und Einzelverträge neu verhandelt. Damit werden die bisherigen sozialen Angebote in Düsseldorf auf Jahre gesichert. Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung waren auch 2008 wichtiger Bestandteil eines erfolgreichen Zusammenspiels vieler unterschiedlicher in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe tätiger Akteure. Auf den nachfolgenden Seiten haben Sie Gelegenheit, sich in dem einen oder anderen Tätigkeitsbereich näher einzulesen.

Wir wünschen den Leserinnen und Lesern des Geschäftsberichts 2008 wie auch in den Vorjahren viele neue und anregende Informationen und einen guten Überblick über die vielfältige Arbeit im Jugendamt.

Burkhard Hintzsche
Jugenddezernent

Johannes Horn
Leiter des Jugendamtes



Inhaltsverzeichnis

03	Vorwort
05	Inhaltsverzeichnis
07	Teil A – Blickpunkte 2008
08	1. Kinderschutz in Düsseldorf
14	2. Familienförderung
16	3. Erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
19	4. Schwerpunkte der Qualitätsentwicklung des Jugendamtes im Jahr 2008
21	5. Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes
23	Teil B – Die Fachbereiche
24	1. 51/0 - Amtsleitung
26	2. 51/1 - Allgemeine Verwaltung
30	3. 51/2 - Tageseinrichtung für Kinder
38	4. 51/3 - Jugendförderung
47	5. 51/4 - Kinderhilfezentrum
56	6. 51/5 - Soziale Dienste
63	Teil C – Das Jugendamt im Überblick
64	1. Der Jugendhilfeausschuss
66	2. Jugendhilfeausschusssitzungen
68	3. Verwaltung des Jugendamtes
70	4. Personal des Jugendamtes
73	5. Haushalt des Jugendamtes
74	6. Zuschüsse und Zuwendungen an freie Träger
82	7. Politisches Controlling
96	8. Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VII
99	9. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2008





Teil A

Blickpunkte
2008





1. Kinderschutz in Düsseldorf

1. Einleitung

Kinder zu schützen ist, so wurde es bereits seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz definiert, ein konstanter Aufgabenschwerpunkt der Jugendämter und eine wichtige Säule in der Jugendhilfe. Dieser Auftrag wurde kontinuierlich fortgeschrieben – 1953 im Jugendwohlfahrtsgesetz und 1991 im Rahmen der großen Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Die Rolle der staatlichen Behörde Jugendamt wechselte allerdings mehrmals in ihrer Ausprägung. So wurde mit dem KJHG der staatliche Auftrag auf das „Wächteramt“ reduziert. Mit den neuerlichen gesetzlichen Veränderungen des §8a SGB VIII und dem aktuellen Gesetzentwurf für ein Kinderschutzgesetz übernimmt der Staat erneut eine deutlichere Positionierung in seiner Kontrollfunktion.

2. Gesetzliche Grundlage

Der Kinderschutz wird in Deutschland in einer ganzen Reihe von Gesetzen geregelt. Das Grundgesetz normiert im Artikel 6 den Schutz der Familie und die Aufgabe des Staates und seiner Gemeinschaft, auf diese zu wachen (Wächteramt). Das SGB VIII nimmt diese Normierung auf und gibt die Verantwortung für die Kontrolle dem Jugendamt. Die Grundlage für die Beurteilung einer Kindeswohlgefährdung stellt der § 1666 BGB. Allerdings obliegt es nicht dem Jugendamt, diese Bewertung alleine vorzunehmen. Vielmehr ist es eine Entscheidung des Familiengerichtes in dessen Folge das Sorgerecht eingeschränkt oder vollständig entzogen wird. Daraus erwächst das Arbeitsfeld der Vormundschaft. Im Vorfeld dieser Entscheidung gibt der Gesetzgeber dem Jugendamt weitreichende Befugnisse mit dem § 42 SGB VIII, indem es zum Beispiel Kinder und Jugendliche in eigener Verantwortung in Obhut nehmen kann.

Mit dem § 8a SGB VIII regelt der Gesetzgeber die Verfahrensschritte, überlässt dem Jugendamt aber weitgehend die Ausgestaltung. Das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Kinderschutzgesetz und die vorgesehenen Veränderungen im § 8a SGB VIII normiert stärker als bisher geschehen, behörd-

liches Handeln und Meldepflichten Dritter, insbesondere von Geheimnisträgern. Als Hilfen zur Abwendung von Gefahren und Gefährdungen sind die Maßnahmen des § 27 ff SGB VIII in Verbindung mit dem § 36 SGB VIII zu ergreifen.

3. Systematischer Zugang in Düsseldorf

Die sehr komplexe Aufgabe des Kinderschutzes erfordert eine strukturelle Antwort auf die vielschichtigen Aufgaben und gesetzlichen Regelungen. Die Sorgeberechtigten müssen einbezogen und letztlich die Bedürfnisse und Bedarfe der betroffenen Kinder beachtet werden.

Das Jugendamt Düsseldorf versucht durch eine sehr systematische Herangehensweise einerseits die Schutzinteressen der Kinder zu sichern und gleichzeitig sein Personal kontinuierlich zu qualifizieren, auch um erkennbare Sicherheitslücken zu schließen.

Hierzu sind verschiedene Module und Maßnahmen notwendig, die in einem kontinuierlichen Qualitätsprozess miteinander zu verzahnen sind. Sie müssen genügen Sicherheit für alle Beteiligten schaffen und gleichzeitig durch maßvolle Regulierungen Flexibilität erhalten, damit die Aufmerksamkeit und Genauigkeit des Handelns der Fachkräfte nicht eingeschränkt, sondern gefördert wird.

4. Vereinbarungen mit Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe

Familien und Kinder in Risikolagen besuchen in Düsseldorf verschiedenste Einrichtungen und nehmen Beratungsangebote wahr. Der Gesetzgeber verpflichtet daher den öffentlichen Träger mit den Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe Vereinbarungen zu schließen, wie in Fällen von Kindeswohlgefährdung vorzugehen sei. Die Zielrichtung der Vereinbarung geht von einer Ansprache der Betroffenen durch die Träger aus, die ihrerseits die Familien beraten und ihnen Hilfen anbieten sollen. Die Meldung an das Jugendamt erfolgt dann, wenn die Hilfen nicht ausreichend zur Abwendung der Gefahr erscheinen oder die Hilfen nicht angenommen werden.

Das Jugendamt Düsseldorf ist mit den Trägern in einer abschließenden Gesprächsrunde. Der Jugendhilfeausschuss hat je Träger eine Summe von je 10.000 Euro im Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung gestellt. Kernelemente dieser Vereinbarung stellen das Verfahren sowie die Formen der Zusammenarbeit, Vernetzung und Weiterentwicklung des Kinderschutzsystems dar. Nach Abschluss der Vereinbarungen ist der überwiegende Teil der pädagogischen Einrichtungen in Düsseldorf an das Meldesystem angeschlossen.

5. Zukunft für Kinder

Bereits seit langem hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass chronische Krankheit und Behinderung eines Kindes über die rein kurativ-medizinische Behandlung hinaus umfassender sozialmedizinischer und psychosozialer Begleitung bedürfen. Erst in den letzten Jahren rückte vermehrt ins öffentliche Bewusstsein, dass zwischen gesundheitlicher Situation von Kindern und Armut ihrer Eltern ebenfalls eine deutliche Wechselwirkung besteht. Für die Bevölkerungsgruppen der sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen und der Alleinerziehenden besteht ein erhöhtes Risiko für Verarmung und Kindesvernachlässigung mit der Folge von schlechteren Chancen auf eine ausreichende Gesundheitsversorgung.

Auch sind die Chancen der hier betroffenen Kinder für ihre spätere soziale und schulische Entwicklung gemindert. Die Wahrscheinlichkeit dafür steigt bei Häufung medizinischer und/oder sozialer Risiken. Wo also solche medizinischen oder sozialen Risiken für ein Kind erkannt werden, gilt es, Defizite in dessen zukünftiger Entwicklung zu verhindern oder zumindest zu mildern. Die Chance hierzu ist nie wieder so groß wie nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren.

Zielgruppen

Zielgruppen sind Familien mit Kindern, die an einer chronischen Krankheit oder Behinderung leiden beziehungsweise hiervon bedroht sind; psychosozial besonders belastete Familien sowie Kinder, die aufgrund medizinischer oder sozialer Fragestellungen während der ersten ein bis drei Lebensjahre in besonderer Weise fortlaufender Beobachtung bedürfen.

Ziele

Durch frühzeitige individuelle Hilfeplanung, Förderung und Betreuung bei diesen Zielgruppen kann ein Teil der drohenden Langzeitdefizite kompensiert werden. Dabei ist eine multiprofessionelle Betreuung erforderlich, welche die unterschiedlichen Aspekte der (beeinträchtigten) Entwicklung der Kinder adäquat erfasst und diese in geeigneter Weise fördert, ohne Kind und Eltern zu überfordern.

Das Programm will eine fachlich und organisatorisch optimierte Vernetzung der in Düsseldorf bereits zur Verfügung stehenden Hilfen und Angebote bewirken, damit diese tatsächlich die betroffenen Kinder erreichen: Niedergelassene Kinderärzte und Frauenärzte; Hebammen; Sozialpädiatrische Zentren sowie Spezial-Ambulanzen von Kinderkliniken und anderen Fachkliniken; Krankengymnastinnen, Ergotherapeutinnen und Logopädinnen; Frühförderung sowie weitere spezielle Förderangebote; spezielle Angebote der psychosozialen Familien-Beratung und Familien-Bildung.

Wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Programmziele ist die frühe Anmeldung der betroffenen Kinder und derer Familien in das Programm. Die auf Langfristigkeit ausgelegten Abläufe im Programm werden fortlaufend wissenschaftlich betrachtet und auf ihre Wirkungen untersucht.

Clearingstelle

Die Clearingstelle des Programms soll während der ersten drei Lebensjahre für Kinder mit erhöhtem medizinischem und sozialem Risiko sowie deren Eltern das Gelingen einer koordinierten und optimalen individuellen Nach- beziehungsweise Vorsorge sicherstellen. Als zentrales städtisches Angebot ist die Clearingstelle eine eigenständige Organisationseinheit, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ärzte, Sozialarbeiter und Kinderkrankenschwestern) von Gesundheitsamt und Jugendamt entsandt sind. Die fallbezogenen Daten werden elektronisch verwaltet.



Hausbesuche

Bei einem Verdacht auf Vorliegen relevanter sozialer beziehungsweise medizinischer Risiken wird ein Hausbesuch veranlasst, der für eine möglichst zeitnahe Aufnahme des Kindes in das Programm Zukunft für Kinder werben soll. Die vorliegenden sozialen und medizinischen Daten bestimmen die Berufsgruppe, die diesen ersten Kontakt herstellt. Weitere Hausbesuche sind möglich.

Beratung

Betroffene Eltern können sich mit ihren Fragen oder Sorgen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Clearingstelle wenden. Ziel dieser Beratung ist die Förderung von elterlichen Ressourcen, Problemlösungs-Kompetenz und Gesundheitsbewusstsein. Für Personen, welche im Verlauf von Schwangerschaft und Geburt über ihre berufliche Tätigkeit in Kontakt mit Neugeborenen und deren Familien kommen, lässt sich oft nicht mit hinreichender Gewissheit entscheiden, ob die zukünftige Entwicklung eines Kindes als besonders gefährdet anzusehen ist. Hinweise zur situativen Einschätzung können gegeben und gegebenenfalls das geeignete Vorgehen gemeinsam abgestimmt werden.

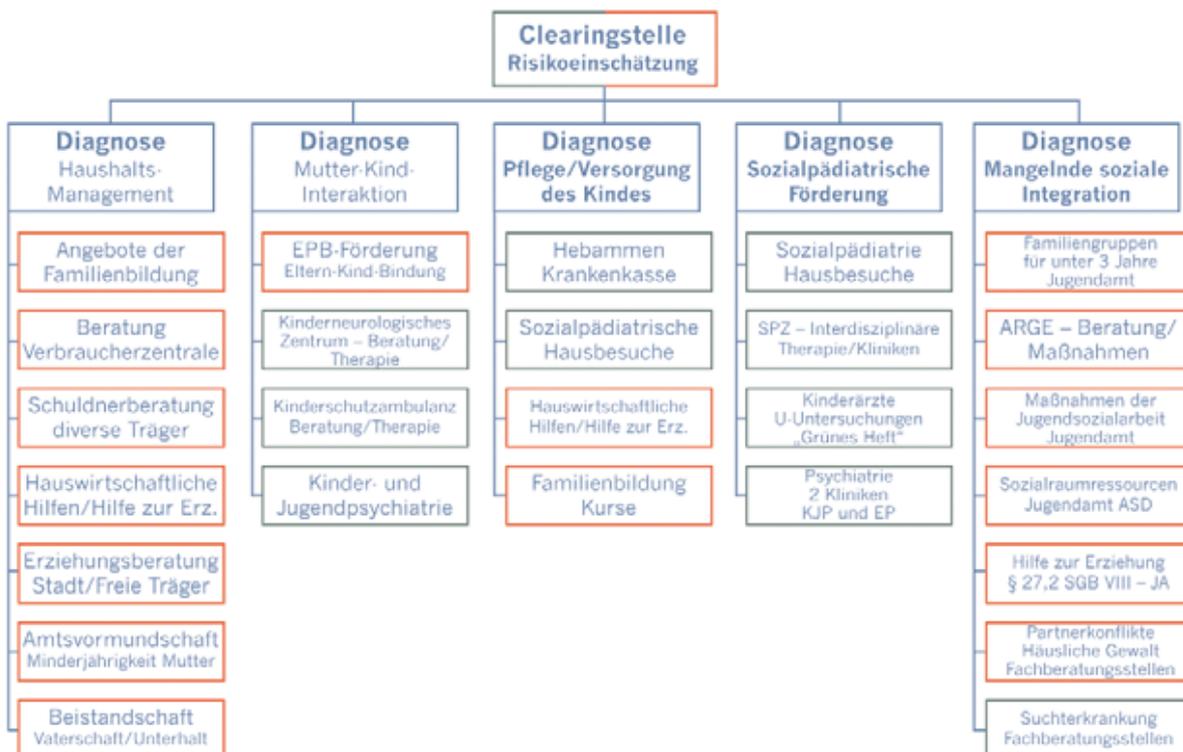
Das „Grüne Heft“

Die Ausstattung eines Kindes nach der Geburt mit einem "Grünen Heft" kann im ersten Lebensjahr den Standard der kinderärztlichen Vorsorge zusätzlich verbessern: Kinderärztliche Vorsorgeuntersuchungen finden einmal im Monat und somit in größerer Zahl statt als beim üblichen Vorsorgeprogramm.

Zu jeder der zwölf Vorsorgeuntersuchungen enthält das "Grüne Heft" eine herauszunehmende Karte, in welcher der Kinderarzt die von ihm vorgenommene Vorsorgeuntersuchung dokumentiert.

Entwicklungspsychologische Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern (EPB)

Der präventive Anspruch des Programms setzt voraus, dass Störungen und Probleme in der frühen Eltern-Kind-Beziehung rechtzeitig erkannt und bearbeitet werden. Hier sollen im Präventionsprogramm für die Eltern besondere Angebote bereitgestellt werden, die geeignet sind, die Qualität der Eltern-Kind-Bindung zu fördern, Unsicherheiten und Sorgen der Eltern aufzufangen und das Risiko der Entwicklung von unsicheren Bindungsbeziehungen zu minimieren.



6. 24-Stunden-Bereitschaftsdienst des Bezirkssozialdienstes

2009 soll ein 24-Stunden-Bereitschaftsdienst des Bezirkssozialdienstes eingerichtet werden. Dieses Erfordernis hat sich in den letzten Jahren stärker herausgebildet. Insbesondere die Sicherheits- und Ordnungsbehörden bedürfen einer fachbehördlichen Unterstützung in Jugendhilfe- und Kinderschutzfragen. Der Bereitschaftsdienst soll insbesondere in folgenden Feldern aktiv werden:

- bei Einsätzen von häuslicher Gewalt und Beteiligung von minderjährigen Kindern
- bei Sorgerechtsstreitigkeiten
- bei Inobhutnahme

Das Jugendamt erhofft sich durch diese Maßnahme, Hilfen in Akutsituationen unverzüglich in Gang zu setzen und Schutzkonzepte wirkungsvoll zu gestalten.

7. Verordnung zur Wahrnehmung der medizinischen Vorsorgeuntersuchungen U5-U9

Mit dieser Verordnung beabsichtigt das Land Nordrhein-Westfalen die Wahrnehmung zu den Vorsorgeuntersuchungen zu erhöhen, indem eine sogenannte Negativliste dem Jugendamt zur Verfügung gestellt wird. Das Jugendamt Düsseldorf wird nach verwaltungsinternen Klärungen auf die betroffenen Sorgeberechtigten zugehen und gegebenenfalls bei einem Hausbesuch auf die Notwendigkeit dieser Untersuchungen hinweisen und auf eine zukünftige Wahrnehmung hin zu motivieren. Um in der Öffentlichkeit für die Wahrnehmung der Vorsorgeuntersuchungen zu sensibilisieren, hat die Stadt Düsseldorf eine umfangreiche Werbekampagne gestartet.



8. Fallmanagement

Mit der Schwerpunktsetzung im Bezirkssozialdienst der Stadt Düsseldorf sind speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Aufgabe des Kinderschutzes betraut. Mit der Methode des Fallmanagements obliegen ihnen die Aufgabe der Gefährdungseinschätzung und der Entwicklung des Schutzauftrages. Da diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls den Schwerpunkt der Leistungsgewährung der Hilfen nach § 27 ff SGB VIII (Hilfe zur Erziehung) haben, können die Anschlusshilfen in einer Verantwortung geplant und bewilligt werden. Ebenso steuern diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fälle des Programms „Zukunft für Kinder“ als Fallmanager, sofern die Fälle an den Bezirkssozialdienst angebunden werden.

Insgesamt arbeiten in diesem Schwerpunkt 81 Vollzeit-Kräfte mit insgesamt 96 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit dieser organisatorischen Verdichtung trägt das Jugendamt Düsseldorf den gesetzlichen Erfordernissen im § 8a SGB VIII Rechnung, in dem die Gefährdungseinschätzung „... im Zusammenwirken mehrerer Fachkräften“ zu erfolgen hat.

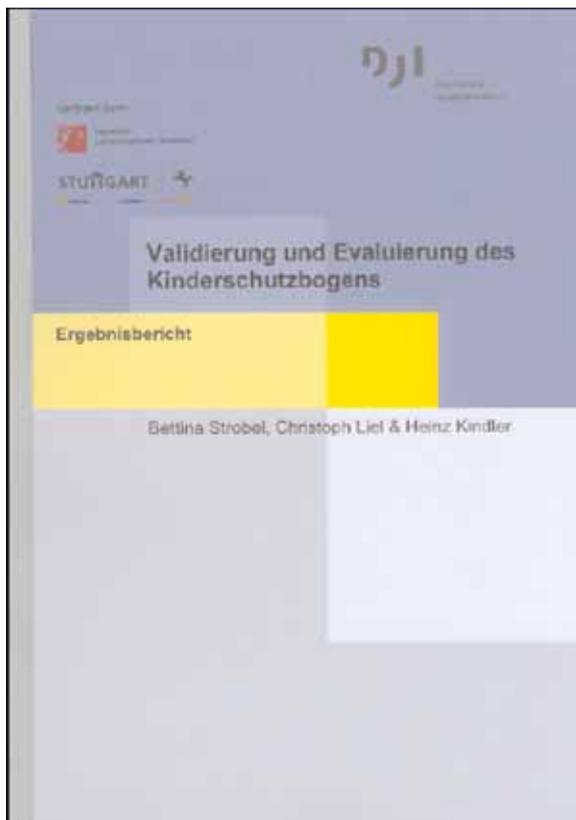
Somit vereint das Jugendamt Düsseldorf in einer Gruppe hochqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drei zentrale Aufgabenfelder des Kinderschutzes, die Angebote „Frühe Hilfen“, die qualifizierte Gefährdungseinschätzung und ein differenziertes Hilfeangebot.

9. Diagnose-Inventare

Unter Diagnose-Inventare versteht die Fachliteratur, Merkmale und Beobachtungen, anhand derer Risikopotentiale zur Kindeswohlgefährdung erkannt werden können. Das Jugendamt Düsseldorf verfügt mit dem Stuttgarter/Düsseldorfer Diagnostikinstrument zur Gefährdungseinschätzung über das erste, wissenschaftlich evaluierte Instrument (Evaluation durch das Deutsche Jugendinstitut, 2008), mit dessen Hilfe zuverlässige Prognosebildungen im Kinderschutz möglich sind.



Der sogenannte „Kinderschutzbogen“ mit seinen verschiedenen Modulen erlaubt es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Schwerpunkt eine Prognose zu erstellen und Schutz- beziehungsweise Hilfskonzepte auf der Basis von Risiko- und Ressourcenanalysen zu entwickeln. Die Effizienz und Effektivität der gewährten Hilfen, können ebenfalls mit diesem Instrument verfolgt und bewertet werden. Zudem ist das Diagnoseinstrument EDV-basiert, so dass umfassende Auswertungen zum Kinderschutz in Düsseldorf erstellt werden können. Eine regelmäßige Berichterstattung zum Kinderschutz in Düsseldorf ist beabsichtigt.



10. Interkommunale Zusammenarbeit

Die interkommunale Zusammenarbeit, auch in Fragen des Kinderschutzes, bekommt eine immer wichtigere Funktion. Von und mit anderen Kommunen im Kinderschutz zu lernen, die Systeme zur Diskussion zu stellen und gemeinsame Standards im Kinderschutz zu entwickeln, ist ebenfalls ein wichtiges Ziel. Die beiden Landeshauptstädte Stuttgart und Düsseldorf, die bereits bei der Entwicklung des Diagnoseinstrumentes zur Gefährdungseinschätzung Pionierarbeit geleistet haben, wollen nun auch in der Frage des Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung im Kinderschutz stärker zusammenarbeiten. Damit gehen beide Städte in eine weitere Entwicklungsphase einer erfolgreichen fachlichen Zusammenarbeit. Mögliche Themen:

- Aufbau und Austausch über eingeführte Methoden
- Evaluation
- Leitungsrolle im Kinderschutz
- Fortbildungen
- Qualitätsmanagement im Kinderschutz

11. Qualitätsmanagement zur Sicherung der Standards

Ein wichtiger Schlüssel zur Entwicklung von nachhaltiger Qualität im Kinderschutz ist der Aufbau eines Qualitätsmanagements im Kinderschutz. Zum einen geht es um die Festlegung von Standards zu den Meldesystemen von Kinderschutz, dem Einsetzen und Anwenden von Risiko-Inventaren zur Gefährdungseinschätzung und zum anderen die Entwicklung von nachhaltigen Hilfs- und Schutzkonzepten. Unter Einsatz von verschiedenen Methoden der Qualitätssicherung, sollen Prozesse optimiert werden, Schnittstellen verkleinert und Hilfen effizienter gestaltet werden.

12. Personalentwicklung

Das Fachpersonal im Bezirkssozialdienst nimmt im Kinderschutz eine zentrale Rolle innerhalb der Struktur des Kinderschutzes ein. Um dauerhaft qualifiziertes Personal vorzuhalten ist der kontinuierlichen Qualifizierung ein besonderer Fokus einzuräumen. Dadurch können die fachlichen Standards gesichert und weiterentwickelt werden. Des Weiteren sollen durch gezielte Maßnahmen, wie Supervision und Coaching die persönliche Leistungsfähigkeit gehalten und die physische und psychische Stabilität gefördert werden. Der Gesundheitsförderung kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. In diesem Zusammenhang hat sich die Abteilung Soziale Dienste an einem gesamtstädtischen Pilotprogramm zum Gesundheitsmanagement beteiligt.

13. Qualitätsmanagement im Kinderschutz

Das System Kinderschutz ist hoch anfällig für Störungen und Brüche in der Kommunikation, da meist sehr schnell und situationsbezogen reagiert werden muss. Um solche Hilfssysteme konstant weiterzuentwickeln und auf Risiken aufmerksam zu werden, ist das angstfreie Reden über Fehler in fachlichem Handeln von elementarer Bedeutung. Darüber hinaus sollen die Abläufe in den unterschiedlichen Arbeitsphasen regelmäßig durchleuchtet und auf Störungen hin untersucht werden. Änderungen und Modifizierungen sollen die Folge sein.

Das Jugendamt Düsseldorf wird 2009/2010 ein Risikomanagement im Rahmen der Qualitätssicherung aufbauen und einführen.

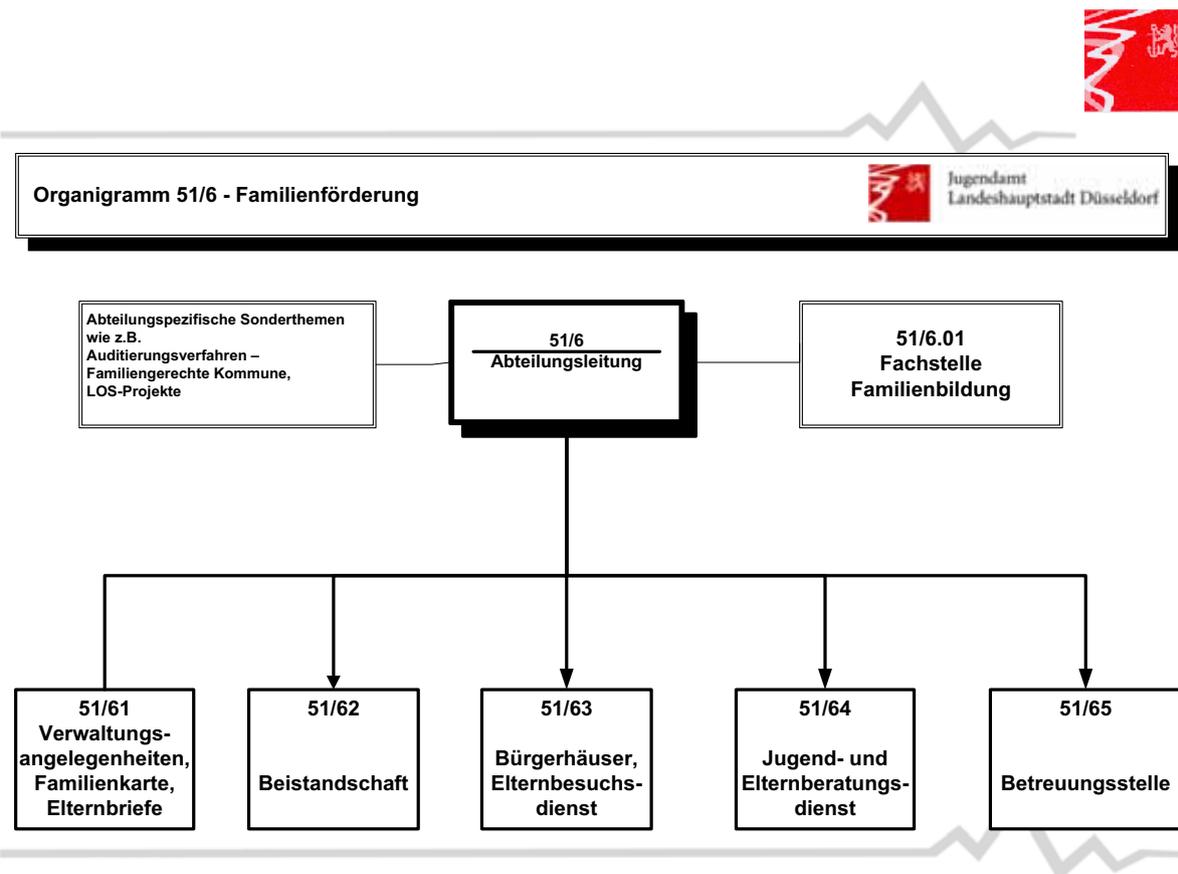




2. Familienförderung

Im Geschäftsjahr 2008 wurde an dem Aufbau einer neuen Abteilung gearbeitet. Unter dem Dach der Familienförderung bieten künftig die Beistandschaften, die Bürgerhäuser, der Jugend- und Elternberatungsdienst, der Elternbesuchsdienst, die Koordination der Familienbildung sowie die Betreuungsstelle ein vernetztes Dienstleistungsangebot zur Förderung und Unterstützung von Familien an.

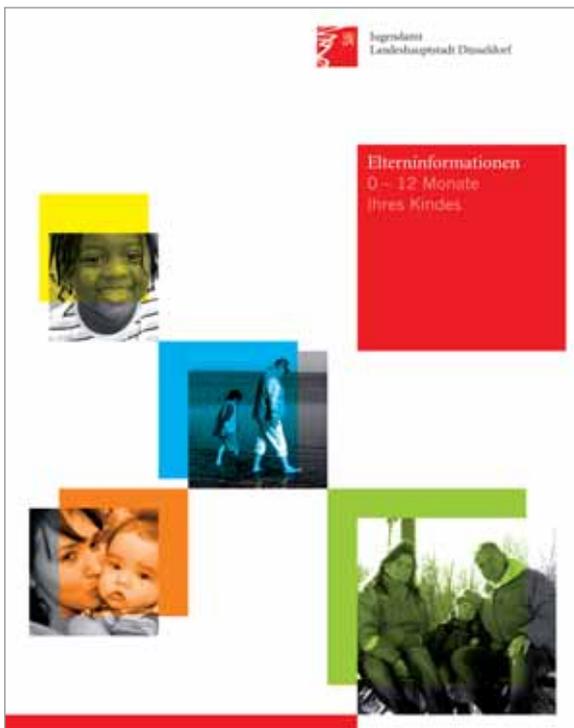
Die Einrichtung der Abteilung Familienförderung ist ein weiterer Baustein zur Mitgestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Stadt Düsseldorf. Familien finden dort Information, Beratung, Unterstützung, Bildungsangebote, Angebote zur Freizeitgestaltung und die Möglichkeit, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Durch die Zusammenlegung der genannten Bereiche beziehungsweise Sachgebiete wird eine Bündelung von Fachkenntnissen sowie eine Vernetzung und Koordination der verschiedenen Anbieter gewährleistet. Neue Dienstleistungsangebote für Familien runden das Abteilungskonzept ab.



**Willkommen in Düsseldorf –
der Elternbesuchsdienst**

Unter dem Motto „Willkommen in Düsseldorf“ bietet das Jugendamt mit dem Elternbesuchsdienst einen neuen Service für Familien an. Neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Familienförderung informieren junge Eltern im Rahmen eines Hausbesuches über Betreuungsmöglichkeiten, Freizeitangebote, Beratungsstellen, Gesundheitsfürsorge, Bildungs- und Weiterbildungsangebote sowie die Düsseldorfer Familienkarte und überreichen ein kleines Willkommensgeschenk. Bei Bedarf werden Eltern auch konkret durch eine unbürokratische Weitervermittlung an die richtigen Ansprechpartnerinnen und -partner beziehungsweise Fachstellen unterstützt.

Durch die Eingliederung des Elternbesuchsdienstes als zweites Modul in das Düsseldorfer Programm „Zukunft für Kinder“ ist zudem eine enge Zusammenarbeit mit den Fachstellen im Jugend- und Gesundheitsamt gewährleistet.



Düsseldorfer Elterninformationen

Auch die Düsseldorfer Elterninformationen dienen dazu, Eltern in ansprechender und gut strukturierter Form einen Überblick über Freizeit- und Betreuungsmöglichkeiten, Hilfs- und Unterstützungsangebote, rechtliche und finanzielle Belange sowie die Angebote der Gesundheitsfürsorge in Düsseldorf zu verschaffen.

Von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes sind dort relevante Themen dem jeweiligen Alter angepasst dargestellt und mit Kontaktadressen versehen. Außerdem werden jeweils die passenden Berliner Elternbriefe beigelegt, in denen entwicklungspsychologische Hinweise und Tipps zum Umgang und zur Erziehung enthalten sind.

Die Düsseldorfer Elterninformationen werden in fünf Teilen vergeben. Den ersten Teil, der den Zeitraum von Null bis 12 Monate umfasst, erhalten die Eltern in dem Bürgerbüro, in dem sie die Geburtsurkunde abholen. Teil 2 – von einem Jahr bis vier Jahre – wird per Post versandt, Teil 3 – von vier bis acht Jahren – wird in den Kindertageseinrichtungen, Teil 4 – von acht bis vierzehn Jahre – in den Grundschulen verteilt. Der fünfte und letzte Teil wird dann in den weiterführenden Schulen vergeben.

Dieser Vergaberhythmus gewährleistet, dass Eltern vor jedem neuen wichtigen Lebensabschnitt ihres Kindes (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, Ausbildung beziehungsweise Studium) alle wesentlichen Informationen zur Verfügung stehen.



3. Erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

Zukunftschancen eröffnen und Sicherheit geben

Zum ersten Mal präsentierte 2008 das Jugendamt gemeinsam mit dem Schulverwaltungsamt eine integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und unternahm damit einen weiteren wichtigen Schritt zur verbindlichen Kooperation der Akteure in den Handlungsfeldern Schule und Jugendhilfe. Somit wurde in Düsseldorf als eine der ersten Städte bundesweit das zentrale Thema „Bildung“ des 12. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung aufgegriffen. Auf der Grundlage der Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge wurde eine Konzeption zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften in Düsseldorf entwickelt. Auf 450 Seiten in drei Bänden werden die gemeinsamen Schritte von Jugendhilfe und Schule dargestellt.



Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer vielfältigen, sich ständig verändernden Welt auf. Diese bietet einerseits enorme Chancen und Entwicklungspotenziale. Sie birgt andererseits aber auch erhebliche Risiken für persönliche Lebensentwürfe. Wissen und Können gelten dabei als wesentliche Schlüssel sowohl für individuelle Entfaltung- und Teilhabechancen als auch für den Fortbestand der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft insgesamt.

Bildung ist ein kommunales Thema

Kommunen haben eine entscheidende Mitverantwortung für die Sicherung günstiger Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Die konkreten Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien werden ohne Zweifel in den Kommunen bestimmt. Auch der entscheidende Ansatzpunkt für Bildungsprozesse ist der lokale Raum. Dort gehen junge Menschen in die Kindertagesstätte, zur Schule, treffen sich mit ihren Freunden oder nehmen am Vereinsleben teil. Der Deutsche Verein verweist darauf, dass nur der kommunale Raum die Chance bietet, ein Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu entwickeln und als tragende Struktur zu verankern. Die Entwicklung einer solchen Struktur liegt dabei im ureigensten Interesse einer Kommune. Angesichts zurückgehender Geburtenzahlen werden insbesondere gut ausgebildete junge Menschen in der Konkurrenz der Regionen als Standort- und Entwicklungspotenzial zunehmend wichtiger.

Bildung ist mehr als Lernen im Unterricht.

Neben formalen müssen auch informelle Bildungsprozesse beachtet und hinsichtlich ihrer wechselseitigen Beeinflussung berücksichtigt werden. Diese Bildungsprozesse finden an vielfältigen Bildungsorten und zu unterschiedlichen Gelegenheiten statt. Insofern sind auch besondere Anstrengungen und Absprachen zu unternehmen, wenn diese Bildungsprozesse gefördert und unterstützt werden sollen. Alle Bildungsakteure, von der Familie über die Tageseinrichtungen, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen bis zu den Betrieben, müssen aufeinander bezogen arbeiten und im Sinne der bestmöglichen Förderung von Kindern und Jugendlichen zusammenwirken.

Dabei geht es neben dem formalen Schulwissen vor allem um die Vermittlung sozialer Schlüsselkompetenzen und um die Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Gelingen kann dies vor allem dann, wenn alle Beteiligten ihre Ressourcen, besonderen Kenntnisse und Fertigkeiten in enger Kooperation gemeinsam bündeln und vernetzen.

In der Kinder- und Jugendhilfe wurden im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes der Sozialraumorientierung hilfreiche Instrumentarien entwickelt, die helfen, Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in ihrem besonderen sozialen Umfeld zu analysieren und institutionelles, professionelles Handeln an konkreten Bedingungen im Sozialraum auszurichten. Diese Ansätze sind am besten geeignet, intensive Kooperationen und Vernetzung von Angeboten der Jugendhilfe, des Schulbereichs und anderer Akteure sicherzustellen.

Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und kommunale Bildungslandschaften

Die erfolgreiche Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften setzt eine Qualifizierung bestehender Planungsgrundlagen und Planungsansätze voraus. Konkret bedeutet dies für die erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung:

1. Die bisher weitgehend nebeneinander existierenden Planungsinstrumente des Schulverwaltungsamtes (Schüler- und Raumprognosen) und des Jugendamtes (Jugendhilfeplanung – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen) wurden auf gemeinsame Datengrundlagen gestellt und abgestimmt. Die aktuellen Planungsergebnisse werden in einem Bericht veröffentlicht und in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe- und Schulausschuss beschlossen.
 2. Schule und Jugendhilfe planen nun auf der Basis einer gemeinsamen räumlichen Vorstellung. Der lokale Raum ist entscheidender Ansatzpunkt für Bildungsprozesse. Planungen beziehen sich daher jeweils auf die räumliche Strukturierung nach Stadtbezirken, Stadtteilen und, wann immer notwendig und möglich, auf die Sozialräume der sozialräumlichen Gliederung.
 3. Als zentrale gemeinsame Planungsbereiche wurden in der ersten integrierten Planung die Themen „Betreuungsangebote für Schulkinder“ und „Übergang Tageseinrichtungen – Schule“ ausgearbeitet. Geplant ist, diese Themenbereiche systematisch weiter zu entwickeln und durch weitere Schwerpunktthemen in den Fortschreibungen der gemeinsamen Planung zu erweitern.
 4. Die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung beleuchtet weitere Kooperationsbereiche, in denen es bereits seit längerer Zeit gute Strukturen einer intensiven Kooperation gibt. Zu nennen sind hier insbesondere die Tätigkeitsfelder „Gewaltprävention“ und „Schulsozialarbeit“.
 5. Weiterhin werden in diesem Bericht Bereiche angesprochen, in denen es zwar gute Kooperationsansätze gibt, die jedoch bisher noch nicht in einen integrierten Planungsansatz einbezogen wurden. Hierbei ist zu beachten: Jugendhilfeplanung kann und darf nicht in eine ausschließlich auf den Kooperationspartner Schule bezogene integrierte Perspektive aufgehen. Dies wäre eine zu einseitige Schwerpunktsetzung. Weiterhin werden daher in Fachplanungen des Jugendamtes (z.B. Kinder – und Jugendförderung) Aspekte behandelt, die sich beispielsweise auf die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt beziehen.
- Sichergestellt ist jedoch, dass Vereinbarungen zu Planungsstandards und Zusammenarbeitsstrukturen berücksichtigt werden, so dass die Ergebnisse in den Fortschreibungen der integrierten Planung aufgegriffen werden können.
6. Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Gesundheitspolitik sind weitere wichtige Bezugspunkte, die kontinuierlich im Blick einer Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung bleiben müssen. Der erste integrierte Planungsbericht darf daher nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang mit der gelungenen Verknüpfung zum geplanten Stadtentwicklungskonzept 2020⁺.



Der erste gemeinsame integrierte Planungsbericht von Jugendamt und Schulverwaltungsamt soll neben einer Abstimmung über Planungsgrundlagen und -methoden Handlungsansätze eröffnen. Eine Fortschreibung des Planungsberichtes ist für 2010 geplant. Zehn Projekte sollen bis zu diesem Zeitpunkt von Jugendhilfe und Schule umgesetzt werden, um der Verwirklichung des Ziels „Kommunaler Bildungslandschaften“ nachweislich näher zu kommen.

Für den Bereich der Jugendhilfe wurde der Fokus in einem eigenen Anlageband Jugendhilfe auf die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen gelegt. Dort wird deutlich, dass Düsseldorf auch in Bezug auf die Versorgung der Kinder unter drei Jahren seine „Hausaufgaben“ macht.

4. Schwerpunkte der Qualitätsentwicklung des Jugendamtes im Jahr 2008

Qualitätsentwicklung im Jugendamt beinhaltet die kontinuierliche Verbesserung und Neuentwicklung von Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche, junge Heranwachsende und deren Eltern. Dies geschieht im Rahmen von Geschäftsprozess- und Schnittstellenoptimierung, Konzeptentwicklung nach den Regeln der Projektarbeit, moderierten Workshops, Schulungen im methodischen Arbeiten und Evaluationen.

Das Qualitätsmanagement im Jugendamt orientiert sich am gemeinsamen Qualitätsmodell für die öffentliche Verwaltung der europäischen Gemeinschaft „Common Assessment Framework (CAF)“. Die Ergebnisse der Qualitätsentwicklungsmaßnahmen werden im internen Qualitätshandbuch dokumentiert und dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

Nachfolgend werden für die einzelnen Abteilungen des Jugendamtes die wichtigsten Qualitätsentwicklungsprozesse 2008 aufgezeigt:

1. Tageseinrichtungen für Kinder

- 1.1 Erarbeitung eines Konzeptes mit Schlüsselprozess zum Kinderschutz nach § 8a Sozialgesetzbuch (SGB) VIII in städtischen Kindertageseinrichtungen und dem Förderungszentrum
- 1.2 Pilotprojekt betrieblicher Gesundheitsschutz im Kindertagesstättenbereich: „Gesund bleiben und älter werden“
- 1.3 Familienzentren: Vorbereitung auf die Auditierung zur Erlangung des Gütesiegels „Familienzentrum Nordrhein-Westfalen“
- 1.4 Vorbereitung einer Selbstevaluation der Abteilung Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege mit dem CAF (Common Assessment Framework), um einen Qualitätsentwicklungsplan aufzustellen
- 1.5 Entwicklung eines Düsseldorfer Konzeptes zur Einzelintegration von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen oder Behinderungen in Kindertagesstätten
- 1.6 Sprachförderung und Sprachstandsfeststellungsverfahren, Mehrsprachigkeit
- 1.7 „Haus der kleinen Forscher“, Weiterentwicklung des naturwissenschaftlichen Bildungsangebotes im Primarbereich

1.8 Weiterführung und -entwicklung des Düsseldorfer Projektes „Familie leben – Allein Erziehende im Stadtteil werden aktiv“

1.9 Zusammenarbeit Kindertageseinrichtung und Grundschule. Im ersten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan 2008 wird als zentraler gemeinsamer Planungsbereich das Thema „Übergang Tageseinrichtung – Schule“ als ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung kommunaler Bildungslandschaften vorgestellt.

2. Jugendförderung

- 2.1 Weiterentwicklung der Konzepte, Schwerpunkte, Zielvereinbarungen, Produkt- und Aufgabenbeschreibungen nach dem Kinder- und Jugendförderplan in den Einrichtungen
- 2.2 Düsseldorfer Jugendrat hat seine Arbeit aufgenommen und damit die Partizipation von Jugendlichen an den politischen Entscheidungen erhöht
- 2.3 Bürgerhaus im Stadtteilzentrum Billk: Erweiterung des Angebotsspektrums für den Stadtteil und die darin lebenden Bürgerinnen und Bürger
- 2.4 Jugendinformationszentrum zeTT: Bündelung der Informationen für Kinder Jugendliche und deren Angehörige an einem zentralen und leicht zugänglichen Standort
- 2.5 Ferienplätze im Rahmen der Düsselferien und Anpassung der Angebote an die Nachfrage
- 2.6 Beteiligung bei der Einführung eines landesweiten Qualitätsverbunds der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)
- 2.7 Durch die Eröffnung des Jugend-Job-Centers Plus wurde die Vernetzungsstruktur mit der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaft nach SGB II (ARGE) und den freien Trägern mit Maßnahmen nach SGB VIII optimiert.
- 2.8 Düsseldorfer Elterninformationen wurden überarbeitet und werden an alle Düsseldorfer Eltern übersandt.



3. Soziale Dienste

- 3.1 Die Schwerpunktbildung im Bezirksozialdienst wurde umgesetzt und die Ausbildung zum Fallmanagement weitestgehend abgeschlossen. Damit sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsfeld Hilfe zur Erziehung in den Steuerungsfragen fortgebildet.
- 3.2 Begleitet wurden diese Schwerpunktdiskussionen durch die Ergebnisse der Fallanalyse der Universität Koblenz und der ersten Auswertungen aus dem Wirkungsprozess WIMES (Wirkung messen). Hierbei ging es insbesondere um die Themenbereiche
 - fachliche Kooperation
 - Beteiligung der Klienten im Hilfeprozess
 - fachlichen Steuerung und Leistungsqualifizierung
- 3.3 Hieraus erwachsend wurde ein Projektauftrag gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 – Hilfen zur Erziehung beraten und verabschiedet, der in den Jahren 2009/2010 umgesetzt werden soll.
- 3.4 Die Arbeitsgruppe Personalbemessung im Schwerpunkt Hilfe zu Erziehung hat ihre Arbeit abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden für weitere Arbeitsschritte an das Hauptamt übergeben.
- 3.5 Darüber hinaus wurde das Thema Dienstleistungsqualität und Öffentlichkeitsarbeit eingehender bearbeitet.
- 3.6 Der Kinderschutz und die entsprechenden Verfahren wurden weiter qualifiziert. Die Evaluationsergebnisse zum Diagnoseinstrument zur Gefährdungseinschätzung (Kinderschutzbogen) wurden durch das Deutsche Jugendinstitut vorgelegt. Die Ergebnisse befürworten den Einsatz solcher Instrumente in Diagnoseverfahren.

4. Kinderhilfezentrum

- 4.1 Weiterentwicklung des Partizipationsprojektes gemeinsam mit der Fachhochschule Düsseldorf (Rechte-Katalog, Klientenbefragung, Umgang mit Regeln)
- 4.2 Qualifizierung der Inobhutnahme bezüglich der aktuellen Bedarfe (Säuglinge, Kleinkinder, besonders erziehungsbedürftige Kinder und Jugendliche)
- 4.3 Beschreibung der Schlüsselprozesse in der Adoptionsvermittlung
- 4.4 Einrichtung von Sozialpädagogischen Pflegestellen
- 4.5 Weiterentwicklung des Konzeptes „Elternarbeit“
- 4.6 Prävention zur Vermeidung von sexueller Gewalt im Gruppenalltag
- 4.7 Qualifizierung der sozialpädagogischen diagnostischen Arbeit

Die Qualitätsentwicklung im Jugendamt wird ständig begleitet vom zentralen Qualitätsbeauftragten. Dieser gewährleistet abteilungsübergreifend die einheitliche Erarbeitung und Darstellung der Schlüsselprozesse in den einzelnen Abteilungen und die Erstellung und Pflege eines umfassenden Handbuchs für das gesamte Jugendamt.

5. Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes

Durchführung

Die zweite Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes nach 2001 wurde in der Zeit vom 5. bis 30. November 2007 durchgeführt. Im Hinblick auf die jüngsten Veränderungsprozesse im Jugendamt sollte die Untersuchung Aufschluss über die Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitsplatz und den zur Verfügung stehenden Qualifizierungsmaßnahmen geben. Durch die Befragung sollte auch festgestellt werden, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Veränderungsprozesse bewerten und ob sie mit den Abläufen innerhalb des Amtes zufrieden sind.



Für die Vorbereitung der Befragung gab es sechs Informationsveranstaltungen. Außerdem wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Sachgebietsleitungsklausur sowie durch Flyer, Plakataktionen, Mitteilungen auf dem elektronischen Weg und über Printmedien über die Befragung informiert.

Die Befragung erfolgte in Papierform und online. Die erhobenen Daten fügte das Amt für Statistik und Wahlen zusammen. Darüber hinaus wurde der gesamtstädtische Standardfragebogen um amtspezifische Fragen erweitert. Der Bogen beinhaltete 21 Fragen, die in 13 Themenblöcke unterteilt waren.

Auswertung

Die Rücklaufquote bei der Papierbefragung belief sich auf 56,1 Prozent (2001: 51,1 Prozent) und bei der Onlinebefragung auf 44,4 Prozent (2001: 57,4 Prozent). Insgesamt lag die Beteiligung bei 50,9 Prozent der Mitarbeitenden des Jugendamtes (2001 bei 52 Prozent). Die Auswertung erfolgte, anders als bei der ersten Befragung, abteilungsbezogen.

Von den Befragten ist der überwiegende Teil von 85 Prozent weiblich, nur 15 Prozent sind männlich. Die Mehrzahl der Beschäftigten sind mindestens fünf Jahre, aber noch keine 20 Jahre in der Stadtverwaltung tätig (55 Prozent). Mit 24 Prozent folgt der Anteil derer, die noch länger bei der Stadt Düsseldorf beschäftigt sind. 19 Prozent der Beschäftigten sind weniger als fünf Jahre bei der Stadtverwaltung tätig.

Etwas weniger als die Hälfte, nämlich 41 Prozent der Teilnehmenden, hatte bereits an der Befragung im Jahr 2001 teilgenommen.

Insgesamt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes mit ihrer jetzigen Tätigkeit zufrieden (Mittelwert: 2,9). Sie bezeichnen ihre Tätigkeiten als verantwortungsvoll und bewerten diesen Bereich mit dem Durchschnittswert 1,7. Ebenfalls fühlen sie sich in ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Kräften herausgefordert und erleben ihre Arbeit als interessant (Mittelwert: 2,1). Allerdings sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Aufstiegsmöglichkeiten unzufrieden (Mittelwert: 4,6).

Zum Thema „Führung“: Die Arbeit der Vorgesetzten bewerten die Beschäftigten mit gut und befriedigend. Das Arbeitsklima zwischen den Kolleginnen und Kollegen untereinander wird mit der Note 2,3 bewertet.

Aus der Befragung ergibt sich deutlich, dass die Befragten ihre Tätigkeit als kundenorientiert ansehen.



Mit der persönlichen Arbeitsbelastung sind die Befragten weniger zufrieden (Mittelwert 3,5). Die größte Unzufriedenheit bezieht sich auf Personaldefizit (57 Prozent). Daraus ergibt sich dann ein hoher Arbeitsanfall (39 Prozent) für Einzelne.

Bei der Qualifizierung sind die fachlichen Fortbildungen mit 82 Prozent am wichtigsten für die Befragten. Immerhin noch 44 Prozent halten Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Kommunikation, Deeskalation und Konfliktbewältigung für wichtig. Bei 58 Prozent der Befragten wurde der Fortbildungsbedarf durch ein Förder- und Beratungsgespräch ermittelt.

Der amtsinterne Informationsfluss wird von einem Fünftel der Befragten als „gut“ bewertet (Noten 1 und 2). 57 Prozent entscheiden sich für die Noten 3 und 4.

Die Ergebnisse wurden jeweils abteilungsbezogen dokumentiert und in Form eines Ergebnisbandes in den entsprechenden Abteilungen verteilt.

Weiteres Vorgehen

Die Befragungsergebnisse wurden, nach der sozialwissenschaftlichen Analyse, im zweiten Quartal 2008 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abteilungsbezogen präsentiert und mit ihnen diskutiert.

Im Anschluss daran hatten die Beschäftigten Gelegenheit, sich an einem moderierten Workshop zu beteiligen, in dem das jeweilige Abteilungsergebnis tiefergehend analysiert und diskutiert wurde.

Die Ergebnisse aus den Workshops wurden schriftlich dokumentiert. Die Resultate fließen in die Zielvereinbarungen 2009/2010 ein.



Teil B

Die Fachbereiche





1. Amtsleitung 51/0



Amtsleiter:
Johannes Horn

1. Geburtstag: 8.2.1956
2. Familienstand: verheiratet
3. Anzahl der Kinder: 2
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 1.7.1972

In § 70 Abs. 2 SGB VIII ist festgelegt, dass die Amtsleitung des Jugendamtes die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen hat. Im Innenverhältnis bedeutet dieses die Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht, im Außenverhältnis die Förderung und Unterstützung der Kommunikationsstrukturen mit allen kommunalen Trägern im Tätigkeitsfeld der Jugendhilfe, den kommunalen Ämtern sowie anderen Gebietskörperschaften und außerstädtischen Gremien.

Durch die regelmäßigen Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII in den Aufgabefeldern Kindertageseinrichtungen, Jugendförderung, Jugendsozialarbeit, Erzieherische Hilfen und Soziale Dienste und der übergeordneten Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG) ist der fachliche Austausch und der Informationsfluss gewährleistet. 2008 wurden in insgesamt fünf Sitzungen der ZAG alle relevanten Themen und Auftragslagen zwischen den Freien Trägern und dem Jugendamt beraten und abgestimmt.

Einen Schwerpunkt bildeten sicherlich in diesem Jahr die Vertragsverhandlungen mit den Trägern. Nach der Unterzeichnung des Rahmenvertrages 2007 wurden in diesem Jahr die Einzelverträge für alle Fachbereiche ausgehandelt. Je nach Aufgabefeld werden Leistungen entweder als Festbetrag, Fallpauschale oder Spitzabrechnung bezuschusst. Es gibt nur noch einen Vertrag pro Träger und Amt. Dieser Vertrag beinhaltet alle übertragenen Aufgaben. Mit der Möglichkeit der Flexibilisierungsklausel erhalten beide Vertragspartner die Möglichkeit, in gegenseitiger Abstimmung Änderungen während der Vertragslaufzeit zu vereinba-

ren. Durch die Gültigkeit der Verträge bis zum 31. Dezember 2012 erhalten die Freien Träger Sicherheit in der Refinanzierung der vereinbarten Aufgaben. Dieses unterstreicht die gute Kooperation zwischen dem öffentlichen und den freien Trägern.

Die bereits im Jahr 2007 begonnene Rückführung der Fallverantwortung für Anträge auf Hilfe zur Erziehung zum Bezirkssozialdienst wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Somit liegt seit diesem Jahr die alleinige Verantwortung für das Budget beim Jugendamt.

Die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes verlangte von der Jugendhilfeplanung unter terminlichen Druck durch die zeitlichen Vorgaben des Landes nahezu Unmögliches. Dennoch ist es gelungen den hohen Betreuungsstandard in Düsseldorf nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen. Befürchtungen der Mitarbeiterinnen, dass das neue Gesetz Stellenkürzungen nach sich ziehen könnten, trafen nicht nur nicht ein, sondern die Umsetzung von „KiBiz“ führte sogar zu 85 Stellenneuschaffungen. Im Rahmen von „Qualität im Dialog“ führte die Amtsleitung fünf Informationsveranstaltungen mit den Kolleginnen der Kindertageseinrichtungen zu den sich ändernden Rahmenbedingungen durch. Auch der 2007 begonnene Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirkssozialdienstes wurde in diesem Jahr in den Außenstellen fortgesetzt.

Im Jahr 2008 wurden jugendamtsübergreifend 38 Seminare mit insgesamt 823 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. An gesamtstädtisch organisierten Fortbildungen nahmen 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil. Neuer Bestandteil des Fortbildungsprogramms im Jahr 2008 waren die Schwerpunkte „Notfallmanagement“ sowie „Informationstechnologie“.

Weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt war nicht zuletzt aufgrund der gesetzlichen Neuregelung der Bereich „Kinderschutz“. Im Rahmen von drei Seminaren konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Thema sensibilisiert werden und für sich Handlungsschritte für den beruflichen Alltag entwickeln.



Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des personalstärksten Amtes innerhalb der Stadtverwaltung Düsseldorf ist die Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit leistungsfähiger Technik und aktueller Software unabdingbar. So wurde im Bereich des Sachgebietes „Elternbeiträge“ – auch wegen der Gesetzesänderung und den daraus resultierenden Veränderungen – mit SOPART eine neue Software eingeführt, die mittelfristig bessere Auswertungsmöglichkeiten und die schnellere Abwicklung des Verfahrens erlaubt. Das bereits erfolgreich eingeführte Verfahren LogoDATA wurde um das Modul LogoDATA BSD erweitert, um die Außenstellen vor Ort zu entlasten. Die Erstellung des Hilfeplanes und des Kinderschutzbogens auf elektronischem Weg ist flächendeckend in allen Dependancen des Bezirkssozialdienstes eingeführt.

Auch in diesem Jahr fanden regelmäßig Arbeitsschutzsitzungen im Jugendamt statt. Beteiligte sind die Amtsleitung, der Notfallkoordinator, die Abteilungsleitungen, der Betriebsärztliche Dienst, das Amt für Zentrale Dienste und der Personalrat. Dort werden unter anderem Themen zur Förderung der betrieblichen Gesundheit diskutiert und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen vereinbart.

Die Umsetzung neuer gesetzlicher Grundlagen sowie die fachlichen Weiterentwicklungen des Jugendamtes werden durch die Amtsleitung mit der Unterstützung der Stabstellen „Jugendhilfeplanung“ und „Zentrale Aufgaben“ initiiert. Darüber hinaus fallen die jährlichen Controllingberichte sowie die Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) in die Steuerungshoheit der Amtsleitung.

Seit Mitte des Jahres beteiligt sich Düsseldorf als einzige Großstadtkommune an der Testphase des Auditierungsverfahrens „familiengerechte Kommune“, das das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration zusammen mit der BertelsmannStiftung und der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung entwickelt hat. Die Projektleitung liegt bei der Amtsleitung des Jugendamtes.

Um die vielfältigen zentralen Aufgaben in der Jugendhilfe umsetzen zu können, wird die Amtsleitung durch die Stabstellen 51/01 Jugendhilfeplanung, 51/03 Revision, 51/04 Zentrale Aufgaben, 51/05 Öffentlichkeitsarbeit, 51/06 Zentrales Controlling und 51/07 Notfallkoordination unterstützt.



Abteilung 51/1 – Allgemeine Verwaltung



Abteilungsleiter:
Thomas Feldmann

1. Geburtstag: 7.2.1958
2. Familienstand: ledig
3. Anzahl der Kinder: keine
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 1999

Generelles

Die Abteilung Allgemeine Verwaltung übernimmt überwiegend generelle Steuerungs- und Planungsaufgaben, aber auch interne und externe Dienstleistungen. Im Einzelnen werden folgende Aufgabenfelder wahrgenommen:

Steuerungsaufgaben

- Jugendhilfeplanung (seit Februar 2008 unmittelbar der Amtsleitung zugeordnet)
- Personalentwicklung
- Organisationsentwicklung
- Controlling
- Kosten- und Leistungsrechnung

Serviceleistungen für die Fachabteilungen

- Rechtsberatung
- Datenschutz
- Entgeltvereinbarungen
- IT-Koordination
- Personalsachbearbeitung
- Koordination und Abwicklung der Bauvorhaben

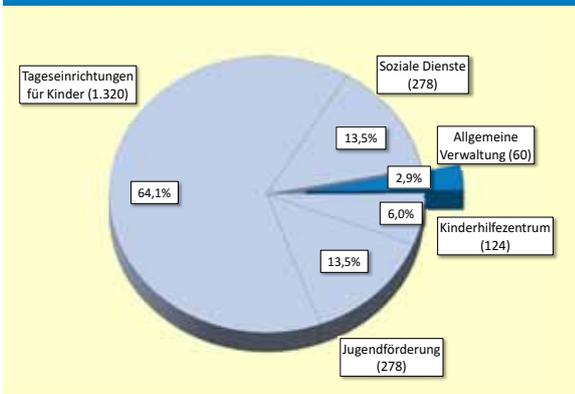
Abteilungsübergreifende Aufgaben

- Koordination der Öffentlichkeitsarbeit
- Koordination der Qualitätsentwicklung
- Planung und Durchführung der amtsinternen Fortbildungen
- Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses
- Geschäftsführung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII
- Erstellung des Geschäftsberichtes
- Grundsatzangelegenheiten
- Haushaltsplanung/Etataufstellung
- Fachstelle für Gewaltprävention

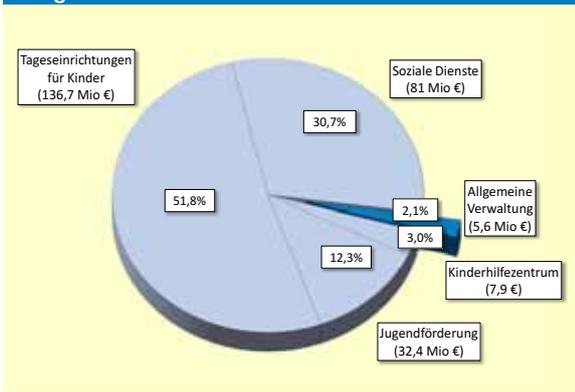
Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger

- Betreuungsstelle

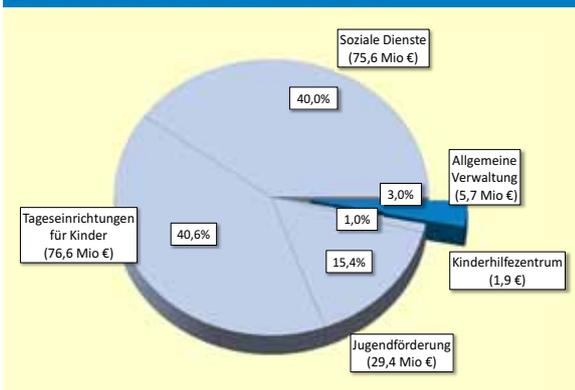
Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Ausgabenanteile der Fachbereiche



Zuschussanteile der Fachbereiche





Organisation

Aufgrund der zentralen Steuerungsfunktion wurde die Jugendhilfeplanung ab Februar 2008 unmittelbar der Amtsleitung unterstellt.

Im ersten Quartal 2009 wird eine grundlegende Umstrukturierung der Verwaltungsabteilung erfolgen. Vorgesehen ist, Verwaltungsaufgaben aus den Fachabteilungen herauszulösen und zukünftig zentral in der Verwaltungsabteilung abzuwickeln. So werden zum einen die Bereiche Kindergartenbeiträge/Verpflegungsentgelt, Betriebskostenabrechnung Kindertageseinrichtungen und Wirtschaftliche Erziehungshilfe verlagert aber auch die Personal- und Zuschussangelegenheiten zentralisiert und zusammengelegt.

Schwerpunkte

Personalentwicklung

Chancengleichheit im Jugendamt

Im Arbeitskreis Chancengleichheit des Jugendamtes waren 2008 die Umsetzung der Zielvereinbarungen mit dem Gleichstellungsbüro, die Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Werbung von Mitarbeitern in soziale und pädagogische Berufe die Schwerpunktthemen.

86 Prozent der aktiven Mitarbeitenden im Jugendamt sind Frauen. Neben den Angeboten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Beschäftigten spielen Fragen der Berufsrückkehr nach Mutterschutz, Elternzeit und Beurlaubung ebenso eine Rolle. Aktuell befinden sich 260 Mitarbeitende in Elternzeit und Beurlaubung. Das Jugendamt hat 2008 begonnen, zweimal jährlich regelmäßige Informationstermine für Berufsrückkehrende durchzuführen, um besser in Kontakt zu den Mitarbeitenden in Elternzeit und Beurlaubung zu kommen. So entsteht mehr Transparenz und Überblick über die Erwartungen der Rückkehrerinnen und Rückkehrer. Zudem wird über aktuelle Entwicklungen im Jugendamt informiert. „Kollege gesucht“ ist eine Aktion für mehr männliche pädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit im Jugendamt Düsseldorf. Mit Kollegen aus unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsbereichen wurden in der Agentur für Arbeit und auf der Messe „Berufe live“ Gesprächsrunden für Schüler angeboten.

Praxisbörse an der Fachhochschule

Am 6. November 2008 präsentierte das Jugendamt seine Arbeit auf einem umfangreichen Informationsstand an der Praxisbörse der Fachhochschule Düsseldorf. Der Stand war gut besucht und es gab viele Nachfragen zu Praktikumsplätzen und der Stellensituation im Jugendamt.

Einführungsseminare für neue Beschäftigte

Die Einführungsseminare sind zu einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe geworden, in der neue Beschäftigte einen umfassenden Einblick in die Struktur, die Ziele und die Aufgaben des Jugendamtes erhalten. Im Jahr 2008 haben 99 Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren teilgenommen.

Fortbildung

Im Jahr 2008 wurden jugendamtsübergreifend 43 Seminare mit insgesamt 823 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Neben den fachbezogenen Fortbildungen wurden abteilungsübergreifende Angebote realisiert. Schwerpunktthemen:

- Kinderschutz
- Gesundheitsförderung
- Förderung der Chancengleichheit
- Notfallmanagement
- Berufliche Perspektiventwicklung

Finanzangelegenheiten

2008 wurde in Düsseldorf letztmalig ein kameraler Haushalt bewirtschaftet. Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements erfolgte zum 1. Januar 2009 die endgültige Umstellung auf den doppischen Haushalt. Zeitgleich wurde gesamtstädtisch eine zentrale Finanzbuchhaltung eingerichtet, durch die nunmehr das gesamte Buchungsgeschäft der Stadt abgewickelt wird. Im Finanzbereich war daher das Jahr 2008 durch die umfangreichen vorbereitenden Umstellungsarbeiten geprägt. Für 2009 wurde erstmalig nur noch ein doppischer Haushalt geplant.

Baukoordination

Im Rahmen des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wurden im Sommer 2008 beim Land Nordrhein-Westfalen Förderanträge in einem Volumen von insgesamt 5,6 Millionen Euro eingereicht. Dadurch werden über 500 Plätze für Kinder unter drei Jahren zusätzlich in Düsseldorf geschaffen.



IT-Koordination

Im Jahr 2008 wurde folgende Fachsoftware im Jugendamt eingeführt:

- Im Bezirkssozialdienst erfolgte die Ausstattung aller Arbeitsplätze im Schwerpunkt Hilfe zur Erziehung mit der Software LogoData
- Das alte Elternbeitragsverfahren KIGA für die Einnahmeverwaltung im Bereich der Kindertagesstätten und OGATA (Offene Ganztagschule) wurde durch die neue Software SOPART KITA der ITK Rheinland abgelöst.

Betroffen von diesen beiden Maßnahmen waren rund 150 Arbeitsplätze.

Betreuungsstelle

In der Betreuungsstelle konnte die Anzahl der ausgestellten beglaubigten Vollmachten zur Vermeidung einer rechtlichen Betreuung im Jahr 2008 gegenüber 2007 nahezu verdoppelt werden. Insgesamt wurden 183 Vollmachten ausgestellt.

Die Information der Betreuungsstelle zu privaten Vorsorgemöglichkeiten insgesamt wurde von den Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürgern gerne angenommen. Sie erhielten unter anderem Informationen zu Vollmachten, Betreuungs- und Patientenverfügungen.

Hinzu kommt die Beratung von Vollmachtnehmern. Zu den vorgenannten Themenbereichen wurden 2008 erstmalig mehr als 550 Gesprächstermine vergeben.

Kennzahlen/Leistungsangaben

Leistungsdaten der Betreuungsstelle

- 6.676 laufende Betreuungen
- rund 1.300 Betreuungsanregungen
- 233 Beratungsgespräche mit Berufsbetreuerinnen und –betreuern
- 497 Beratungsgespräche zu bestehenden Betreuungen und zum Betreuungsverfahren
- 522 Beratungsgespräche zu Vorsorgemöglichkeiten (Vollmacht und Betreuungsverfügung)
- 46 Beratungsgespräche mit Vollmachtnehmern (Bevollmächtigten)
- 13 Informationsveranstaltungen (unter anderem zu Vorsorgemöglichkeiten)
- 183 beglaubigte Vollmachten
- 269 Sozialgutachten zur sozialen Situation der Betroffenen und zu ihrem Umfeld
- 102 Betreuungen werden im Rahmen der Garantenverpflichtung durch die Betreuungsstelle geführt

Leistungsdaten IT-Koordination

Zum 31. Dezember 2008 waren 745 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet, die durch Mehrfachnutzung von rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Anspruch genommen werden.

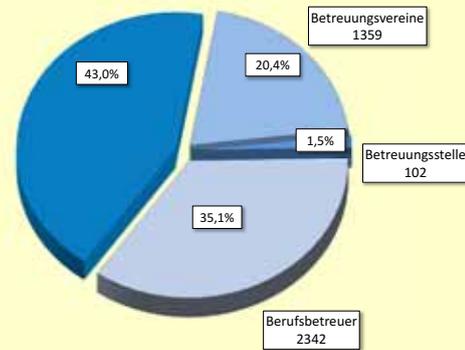
Abteilung 51/1 - Fortbildungsetat 2005-2007				
	2008	2007	2006	2005
Übergreifend:	50.000 Euro	60.000 Euro	35.000 Euro	30.000 Euro
51/1	5.000 Euro	7.400 Euro	6.100 Euro	11.000 Euro
51/2	112.000 Euro	128.700 Euro	118.700 Euro	113.700 Euro
51/3	30.500 Euro	29.500 Euro	27.500 Euro	14.500 Euro
51/4	17.600 Euro	15.000 Euro	15.000 Euro	20.000 Euro
51/5	35.100 Euro	50.600 Euro	34.650 Euro	34.650 Euro
Gesamt:	250.200 Euro	291.200 Euro	236.950 Euro	213.850 Euro



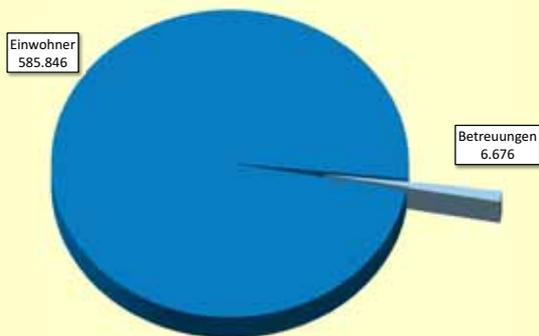
Gesetzliche Betreuungen und Betreuerwahl
(jeweils zum 31.12.2008)

	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Ehrenamtliche	2873	2813	2888	2870	2627	3438	2870
Berufsbetreuer	2342	2246	2248	2187	1962	1704	1287
Betreuungsvereine	1359	1389	1386	1370	1557	1499	1382
Betreuungsstelle	102	104	110	113	113	118	121
Gesamt	6676	6552	6632	6540	6259	6759	5660

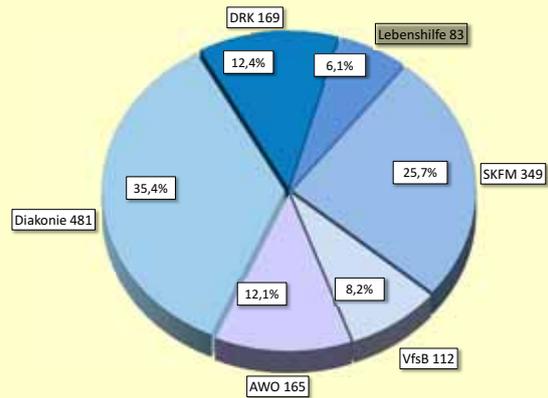
6676 Betreuungen
(Stand 31.12.2008)



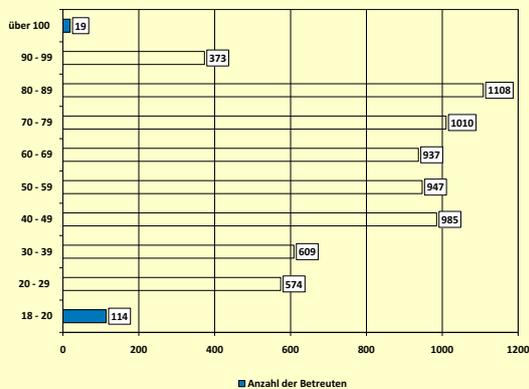
Einwohnerzahl/Betreuungen
(Stand 31.12.2008)



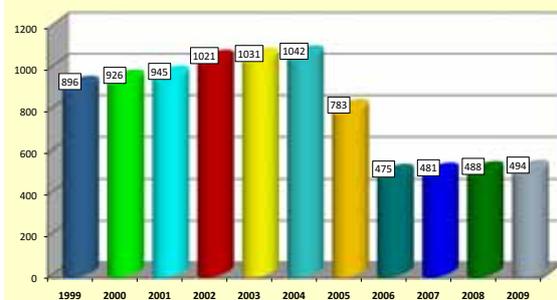
Vereinsbetreuungen 1359 Fälle
(Stand 31.12.2008)



Alter der Betreuten
(Auswertung von 6676 Betreuungen)



**Entwicklung der Zuschüsse an die Düsseldorfer
Betreuungsvereine (in Tausend Euro)**





3. Abteilung 51/2 – Tageseinrichtungen für Kinder



Abteilungsleiter:
Klaus Kaselofsky

1. Geburtstag: 12.04.1954
2. Familienstand: verheiratet
3. Anzahl der Kinder: 3
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 1978

Generelles

Kernaufgaben der Abteilung sind

- der Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder
- die Förderung von Tageseinrichtungen freier Träger
- die Vermittlung von Tagesbetreuungsplätzen.

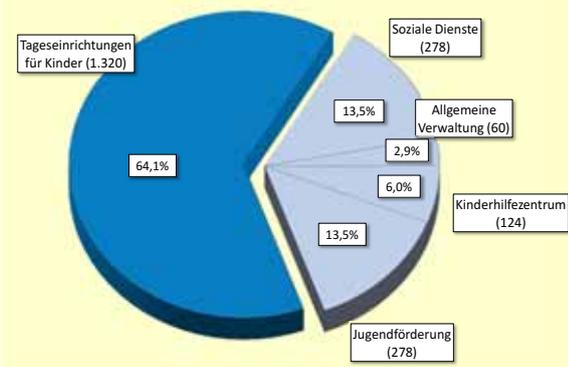
2008 veröffentlichte die Landeshauptstadt Düsseldorf die erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung. Die bisher weitgehend nebeneinander existierenden Planungsinstrumente des Schulverwaltungsamtes (Schüler- und Raumprognosen) und des Jugendamtes (Jugendhilfeplanung – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen) wurden auf eine gemeinsame Datengrundlage gestellt und abgestimmt. Aktuelle Planungsergebnisse wurden in einem Bericht veröffentlicht und in einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe- und Schulausschuss beschlossen.

In Düsseldorf werden Betreuungsplätze für Kinder von vier Monaten bis 14 Jahren

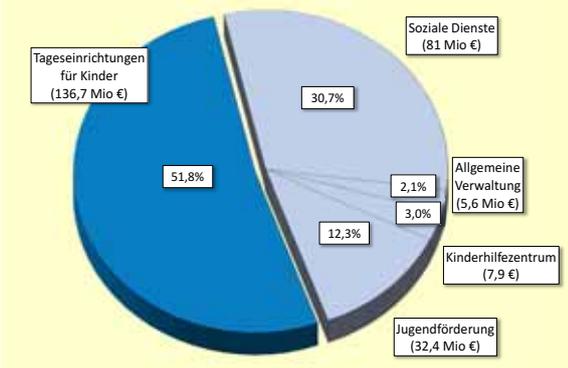
- in geförderten Tageseinrichtungen
- in privatgewerblichen Tageseinrichtungen
- durch Tagesmütter und Tagesväter (Tagespflege)
- sowie in geförderten Spielgruppen angeboten.

Im Alterssegment der Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt werden 95 Prozent der bestehenden Plätze insgesamt von den geförderten Tageseinrichtungen angeboten. Erheblich geringer ist die Bedeutung dieser Einrichtungen dagegen im Alterssegment der Kinder unter drei Jahren. Hier entfällt ein Anteil von rund 51 Prozent auf die geförderten Tageseinrichtungen. Geförderte Tageseinrichtungen werden in Düsseldorf von über 180 verschiedenen Einzelträgern geführt.

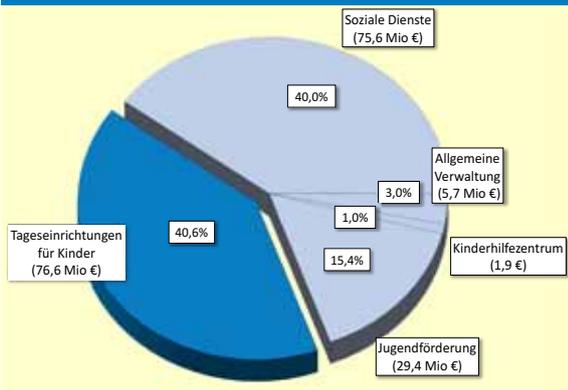
Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Ausgabenanteile der Fachbereiche



Zuschussanteile der Fachbereiche





Folgende Trägergruppen lassen sich unterscheiden:

Trägergruppe	Anzahl der Einrichtungen	Platzzahl	Anteil am Platzangebot insgesamt (%)
Arbeiterwohlfahrt	16	1.095	6,0
Deutsches Rotes Kreuz	7	484	2,7
Evangelische Träger	57	3.368	18,5
Elterninitiativen, Vereine	44	1.596	8,8
Katholische Träger	72	4.551	25,0
Sonstige Träger	5	217	1,2
Stadt Düsseldorf	107	6.863	37,8
Insgesamt	308	18.174*	100

*darin enthalten sind 1.121 Plätze für Kinder unter 3 Jahren und 2.283 Plätze für Schulkinder

In 36 privatgewerblichen Einrichtungen wurden laut Genehmigung des Landesjugendamtes im Kindergartenjahr 2007/2008 insgesamt 1.218 Plätze angeboten. Während privat-gewerbliche Einrichtungen für das Betreuungsangebot der Kinder ab drei Jahren auch in Düsseldorf eine quantitativ geringe Rolle spielen, beträgt ihr Anteil bei den Angeboten für Kinder unter drei Jahren fast 21 Prozent.

Eine weitere wichtige Option für die Eltern, die in Düsseldorf einen Betreuungsplatz für ihr Kind benötigen, ist eine Tagesmutter oder ein Tagesvater. Die Tagespflege hat in Düsseldorf als Ergänzung zur institutionellen Betreuung in den Kindertageseinrichtungen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, eine flexibilisierende Bedeutung. Tagespflege wird häufig als Ergänzung zum Besuch einer Kindertageseinrichtung außerhalb der Regelöffnungszeit angeboten.

280 Tagespflegen für Kinder wurden im Kindergartenjahr 2007/2008 durch das Jugendamt in Düsseldorf finanziert. Darüber hinaus werden Tagespflegen vermittelt ohne finanzielle Förderung des Jugendamtes. Im Kindergartenjahr 2007/2008 waren dies 294.

An 20 Standorten sind in Düsseldorf in den letzten drei Jahren 259 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in geförderten Spielgruppen entstanden. Rund 12 Prozent des Betreuungsangebotes für Kinder in diesem Alterssegment werden durch Spielgruppen abgedeckt. Bei der Einrichtung sogenannter Spielgruppen (Krabbelgruppen,

Spielkreise, Miniclubs) handelt es sich um ein sozialpädagogisches Angebot, welches eine Betreuungslücke zwischen den Eltern-Kind-Spielkreisen und den bestehenden Kindertageseinrichtungen schließt. Die Spielgruppen verfügen über eine geringere Gruppenstärke sowie über eine geringere Betreuungszeit.

Schwerpunkte

Sprachförderung

2007 wurde erstmalig im Rahmen des § 36 Abs. 2 Schulgesetz ein zweistufiges Sprachstandsfeststellungsverfahren für Kinder im vierten Lebensjahr flächendeckend in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Für die Durchführung des Verfahrens ist das Schulamt zuständig.

Sprachförderung wird in den Tageseinrichtungen als Querschnittsaufgabe verstanden, da jeder Bildungsbereich spezifische Sprachlernpotentiale beinhaltet. Sprache wird somit in ihren Facetten im Alltag systematisch wahrgenommen und gefördert, jedoch nicht als isolierte Trainingseinheit verstanden.

Zusätzlich werden in Tageseinrichtungen Elternschulungen in unterschiedlichen Formen angeboten:

- Frauenkurse
- Deutschkurse
- Alphabetisierungskurse
- Elternsprachcafés
- Rucksack-Gruppen und
- niedrigschwellige Angebote wie „Starke Kinder – starke Eltern“ und „FuN“.



Besonders Familien mit Migrationshintergrund sollen Sicherheit im Umgang mit der deutschen Kultur gewinnen und somit ihrem Kind die Akzeptanz der deutschen Sprache vermitteln. Die emotionale Annahme des deutschen Sprachgebrauchs durch die Eltern ist für den Lernerfolg der Kinder von unschätzbarem Wert.

Integration von behinderten und von Behinderung bedrohter Kinder

Die Tageseinrichtungen für Kinder verfolgen in besonderer Weise die Förderung sozialer Verhaltensweisen. In diesem Zusammenhang kommt auch der Integration behinderter Kinder eine besondere Bedeutung zu. Die gelebte Gemeinsamkeit behinderter und nichtbehinderter Kinder soll als integrative Erziehung Sonderstellung und Sondereinrichtungen vermeiden und die gesellschaftliche Integration befördern. Mit dem Ziel der beiderseitigen besseren Förderung und Integration gibt es das Angebot der „Integrativen Gruppen“ in Tageseinrichtungen. In heilpädagogischen Tagesstätten oder in heilpädagogischen Gruppen werden Kinder mit einer Schwerst- oder Mehrfachbehinderung gefördert, sowie Kinder, die aufgrund ihrer spezifischen Bedürfnisse unabdingbar eine Kleingruppe benötigen.

Im Kindergartenjahr 2007/2008 wurden in den Tageseinrichtungen 299 Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderung angeboten.

- 175 Betreuungsplätze in integrativen Gruppen
- 124 in heilpädagogischen Gruppen.

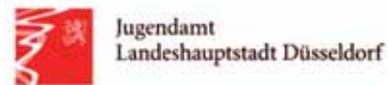
Mit diesem Betreuungsplatzangebot können bisher rechnerisch 1,9 Prozent der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren versorgt werden.

Familienzentren

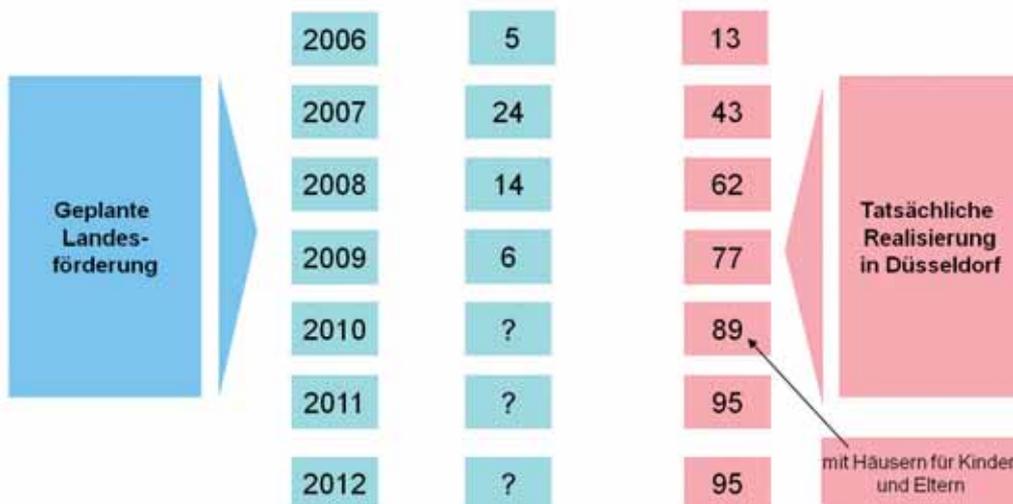
Die Landeshauptstadt Düsseldorf baut einen Großteil der Tageseinrichtungen für Kinder zu sogenannten Familienzentren aus. So entstehen in jedem Stadtteil wohnortnahe Anlaufstellen, in denen Eltern in vertrauter Umgebung frühzeitige Hilfe bei Fragen und Problemen zur Erziehung und Förderung ihrer Kinder erhalten.

Familienzentren vernetzen alle wichtigen Angebote im Stadtteil für Kinder und Familien. Ob Bildung, Freizeit, Beratung, medizinische Versorgung, Treffpunkte für verschiedene Altersgruppen – in den Familienzentren haben Familien direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu allen Themen, die Eltern und Kinder betreffen. Im Jahr 2008 gab es 62 Familienzentren in Düsseldorf, davon 38 im Landesprojekt und 24 kommunal gefördert.

Familienzentren in Düsseldorf



Ausbauziele





Projekt „Haus der kleinen Forscher“

Das „Haus der kleinen Forscher“ hat das Ziel, Naturwissenschaft und Technik für Kinder im Kindergartenalter erlebbar zu machen. Ziel der Initiative ist es, die naturwissenschaftliche und technische Bildung bereits im Elementarbereich zu fördern. In einem praxisnahen Ansatz wird in Kindertageseinrichtungen die Begegnung mit Phänomenen aus Naturwissenschaft und Technik ermöglicht. Darüber hinaus fördern die Experimente durch ihren didaktischen Aufbau die Entwicklung übergeordneter Fähigkeiten wie Lern- und Sprachkompetenz, Sozialkompetenz und Feinmotorik.

Im Bereich des Jugendamtes beteiligen sich 48 von 104 Einrichtungen an dem Projekt. Das ist innerhalb der Initiative eines der größten Netzwerke.

Als Netzwerkpaten stehen der Aquazoo, das Umweltamt, die IHK Düsseldorf, die Stadtwerke Düsseldorf und die Stadtentwässerung zur Verfügung. Die Henkel AG fördert und unterstützt die Ausbildung der „Trainer“.

Mit Durchführung von Einführungsworkshops ist das Netzwerk Jugendamt Düsseldorf im März 2008 an den Start gegangen. Finanziert wird das Projekt über den laufenden pädagogischen Etat, da ausschließlich Gebrauchsmaterial beziehungsweise sogenanntes „wertfreies“ Material genutzt wird. Die Trainerausbildung übernimmt das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ in Berlin.



Kennzahlen/Leistungsangaben

Kindertageseinrichtungen	2009	Stand	2008	Stand	2007	Stand
Anzahl Tageseinrichtungen	310	März	308	März	303	März
- davon in städtischer Trägerschaft	106	März	107	März	106	März
- davon in kirchlicher Trägerschaft (rk./ev.)	126 (72/54)	März	129 (72/57)	März	128 (72/56)	März
- davon in Trägerschaft der AWO	18	März	16	März	15	März
- davon „Andere“ und Initiativen	56	März	52	März	50	März
- davon Sondereinrichtungen	4	März	4	März	4	März
Plätze in Tageseinrichtungen insgesamt	18.325	März	18.174	März	18.273	März
Plätze für Kinder unter 3	3.554	März	2.209	März	1.804	März
- Versorgungsquote	24,8%	März	16,0%	März	13,0%	März
- davon in Tageseinrichtungen	2.128	März	1.121	März	900	März
- Versorgungsquote	14,9%	März	8,1%	März	6,5%	März
- davon in Tagespflege	500	März	376	März	296	März
- davon in Spielgruppen und privatgewerblichen Einrichtungen	926	März	712	März	608	März
Plätze für Kinder von 3 bis Schuleintritt	15.462	März	15.421	März	15.112	März
- Versorgungsquote	99,7%	März	98,7%	März	97,7%	März
- davon Plätze in Tageseinrichtungen	14.815	März	14.770	März	14.489	März
Plätze für Grundschulkinder	9.851	März	9.234	März	7.889	März
- Versorgungsquote	52,8%	März	48,6%	März	41,3%	März
- davon Plätze in Tageseinrichtungen	1.382	März	2.283	März	2.884	März
- davon Plätze in offener Ganztagschule	8.348	März	6.889	März	4.640	März
Angebote für behinderte Kinder in Kitas	319	März	309	März	299	März
Ausgaben/Aufwendungen	168,34 Mio	Ansatz	136,65	01-12	128,37 Mio	RE
- davon Betriebskostenzuschüsse	84,61 Mio	Ansatz	70,18	01-12	67,34 Mio	RE
Einnahmen/Erträge	66,67 Mio	Ansatz	60,05	01-12	55,43 Mio	RE
- davon Zuschüsse vom Land (einschließlich Zuweisungen für Sprachförderung und Familienzentren)	45,87 Mio	Ansatz	38,65	01-12	31,50 Mio	RE
- davon Elternbeiträge	8,57 Mio	Ansatz	18,36	01-12	20,93 Mio	RE



Standorte und Sollplätze der städtischen Kindertageseinrichtungen

Einrichtung	Stadt- bezirk	Stadt- teil	Sollplätze 2008/2009 für								Plätze insge- samt	
			Kinder unter 3 Jahren			Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt			Schul- kinder			
			Gesamt	Stunden			Gesamt	Stunden				
25	35	45		25	35	45		Gesamt				
Altstadt 9	1	11	14	1	2	11	23	0	3	20	0	37
Klosterstraße 96	1	13	9	1	0	8	49	2	9	38	1	59
Düsselthaler Straße 28-30	1	14	9	1	0	8	70	5	22	43	7	86
Eulerstraße 46	1	14	5	0	2	3	52	5	8	39	3	60
Sternstraße 35	1	14	9	1	0	8	70	0	17	53	2	81
Kanonierstraße 30	1	15	5	0	2	3	31	0	8	23	4	40
Metzer Straße 11-13	1	15	5	0	2	3	56	5	11	40	1	62
Felix-Klein-Straße 5	1	16	5	0	2	3	52	0	13	39	7	64
Hans-Böckler-Straße 34	1	16	0	0	0	0	60	0	12	48	0	60
Kaiserswerther Straße 209	1	16	0	0	0	0	66	5	32	29	0	66
Höherweg 6	2	21	9	1	0	8	86	5	40	41	7	102
Lindenstraße 128	2	22	0	0	0	0	21	1	5	15	0	21
Porschestraße 7	2	22	9	1	0	8	86	5	34	47	6	101
Schlüterstraße 99	2	22	9	1	0	8	66	4	15	47	6	81
Schwabstraße 1	2	22	0	0	0	0	25	5	20	0	0	25
Sterntaler Weg 50	2	22	0	0	0	0	65	5	20	40	0	65
Altdorfer Straße 10	2	23	5	0	2	3	57	0	15	42	0	62
Ivo-Beucker-Straße 2	2	23	9	1	0	8	64	0	19	45	8	81
Paulusplatz 1	2	23	5	0	2	3	31	0	8	23	4	40
Weberstraße 15	3	31	9	1	0	8	68	5	24	39	9	86
Fürstenwall 13	3	32	18	2	0	16	38	0	7	31	0	56
Lippestraße 5	3	32	14	1	2	11	45	1	9	35	0	59
Viehfahrtsweg 2	3	35	9	1	0	8	50	0	12	38	0	59
Brinckmannstraße 24	3	36	14	1	2	11	63	0	13	50	0	77
Brinckmannstraße 8	3	36	0	0	0	0	31	0	0	31	0	31
Gurlittstraße 47	3	36	14	1	2	11	65	0	15	50	0	79
Himmelgeister Straße 236	3	36	9	1	0	8	41	0	12	29	9	59
Universitätsstraße 1, Gebäude 2113	3	36	9	1	0	8	28	0	5	23	0	37
Borsigstraße 13a und b	3	37	0	0	0	0	42	4	18	20	0	42
Schmiedestraße 55	3	37	0	0	0	0	20	4	16	0	0	20
Siegburger Straße 12	3	37	0	0	0	0	62	0	17	45	0	62
Siegburger Straße 139	3	37	0	0	0	0	47	5	22	20	0	47
Siemensstraße 44	3	37	0	0	0	0	50	10	40	0	0	50
Stahlwerkstraße 2	3	37	9	1	0	8	95	5	39	51	2	106
Velberter Straße 26	3	37	9	1	0	8	89	5	39	45	8	106
Oberkasseler Straße 57- 59	4	41	18	2	0	16	51	0	10	41	7	76
Pastor-Busch-Weg 7	4	41	0	0	0	0	35	0	12	23	7	42



Einrichtung	Stadt- bezirk	Stadt- teil	Sollplätze 2008/2009 für								Plätze insge- samt	
			Kinder unter 3 Jahren				Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt					Schul- kinder
			Gesamt	Stunden			Gesamt	Stunden				
25	35	45		25	35	45						
Aldekerkstraße 25	4	42	9	1	0	8	55	5	27	23	0	64
Stürzelberger Straße 33	4	43	9	1	0	8	83	2	20	61	7	99
Weißdornstraße 14a	5	51	14	1	2	11	45	0	5	40	0	59
Im Grund 99	5	52	0	0	0	0	47	0	25	22	0	47
Kesselsbergweg 23	5	53	18	2	0	16	83	0	37	46	0	101
Zeppenheimer Weg 7i	5	53	27	3	0	24	44	0	5	39	0	71
Heinrich-Holtschneider-Weg 20	5	54	9	1	0	8	87	2	30	55	3	99
Wittlaerer Kirchweg 5	5	54	0	0	0	0	75	0	30	45	5	80
Angeraue 3	5	55	0	0	0	0	76	0	30	46	6	82
Volkardeyer Weg 5	6	61	5	0	2	3	52	25	3	24	8	65
Am Walbert 10	6	62	5	0	2	3	60	5	23	32	0	65
Cloppenburger Weg 32	6	62	9	1	0	8	48	0	10	38	0	57
David Straße 17	6	63	18	2	0	16	31	0	5	26	5	54
Dülmener Weg 25a	6	63	18	2	0	16	61	5	20	36	0	79
Lünener Straße 1	6	63	9	1	0	8	67	25	14	28	10	86
Sankt- Franziskus-Straße 157	6	63	9	1	0	8	39	0	10	29	9	57
Sankt- Franziskus-Straße 175	6	63	5	0	2	3	15	0	3	12	0	20
Erwin-Rommel-Straße 17	6	64	14	1	2	11	56	5	20	31	12	82
Hördtweg 4	6	64	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Scheffelstraße 26	6	64	10	0	4	6	95	25	18	52	2	107
Zaunkönigweg 1	6	64	0	0	0	0	30	0	6	24	0	30
Aloys-Odenthal-Platz 1	7	71	0	0	0	0	50	10	30	10	0	50
Diepenstraße 28	7	71	0	0	0	0	38	0	0	38	0	38
Gustav-Kneist-Weg 4	7	71	9	1	0	8	87	7	35	45	8	104
Heinrich-Könn-Straße 36a	7	71	5	0	2	3	55	2	13	40	2	62
Katharinenstraße 28	7	71	5	0	2	3	35	0	17	18	24	64
Sulzbachstraße 6	7	72	9	1	0	8	65	5	22	38	10	84
Hülsmeierstraße 28	7	73	14	3	3	8	43	3	12	28	0	57
Am Hackenbruch 29	8	81	9	1	0	8	98	25	25	48	0	107
Kuthsweg 20	8	81	8	1	0	7	9	0	0	9	0	17
Posener Straße 128	8	81	0	0	0	0	20	20	0	0	15	35
Am Pflanzkamp 28a	8	82	5	0	2	3	43	0	13	30	12	60
Annweiler Straße 15	8	82	9	1	0	8	63	4	28	31	7	79
Büllenkothenweg 51	8	82	9	1	0	8	53	5	20	28	0	62
Fuldaer Straße 33a	8	82	9	1	0	8	68	5	27	36	7	84
Hasseler Richtweg 78	8	82	0	0	0	0	20	4	16	0	15	35
Offenbacher Weg 43	8	82	9	1	0	8	76	15	20	41	7	92
Richardstraße 8	8	82	9	1	0	8	55	5	22	28	20	84



Einrichtung	Stadt- bezirk	Stadt- teil	Sollplätze 2008/2009 für								Plätze insge- samt	
			Kinder unter 3 Jahren				Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt					Schul- kinder Gesamt
			Gesamt	Stunden			Gesamt	Stunden				
25	35	45		25	35	45						
Chemnitzer Straße 43	8	83	9	1	0	8	69	5	22	42	6	84
Gothaer Weg 59	8	83	0	0	0	0	46	0	0	46	0	46
Pirolstraße 26	8	83	14	1	2	11	62	5	20	37	6	82
Gerresheimer Landstraße 91	8	84	0	0	0	0	53	5	20	28	12	65
Opladener Straße 60	9	91	5	0	2	3	36	1	8	27	0	41
Otto-Hahn-Straße 40	9	91	0	0	0	0	66	6	25	35	0	66
Reusrather Straße 3	9	91	9	1	0	8	71	5	20	46	2	82
Werstener Feld 12	9	91	9	1	0	8	53	5	20	28	0	62
Kaldenberger Straße 45	9	93	9	1	0	8	85	5	40	40	8	102
Buchenstraße 14a	9	94	5	0	2	3	35	0	13	22	20	60
Balckestraße 11	9	95	14	1	2	11	55	0	13	42	8	77
Kolhagenstraße 11	9	95	18	2	0	16	42	0	10	32	14	74
Melanchtonstraße 2	9	95	0	0	0	0	20	4	16	0	0	20
Robert- Kratz- Weg 20	9	96	9	1	0	8	48	0	10	38	0	57
Altenbrückstraße 57	9	98	9	1	0	8	51	0	13	38	0	60
Am Köhnen 71	9	98	14	1	2	11	48	5	23	20	0	62
Braunsberger Straße 19	9	98	5	0	2	3	60	5	23	32	0	65
Fröhlenstraße 9	9	98	9	1	0	8	68	5	20	43	25	102
In der Donk 66	9	98	18	2	0	16	79	5	25	49	0	97
Potsdamer Straße 39	9	98	0	0	0	0	25	5	20	0	0	25
Rathenower Straße 15	9	98	5	0	2	3	73	5	23	45	7	85
Carl-Friedrich-Goerdeler Straße 19b	10	101	14	1	2	11	48	5	23	20	15	77
Carl- Friedrich- Goerdeler Straße 2	10	101	0	0	0	0	60	0	12	48	0	60
Emil-Barth-Straße 157	10	101	14	1	2	11	48	5	23	20	0	62
Otto-Braun-Straße 20	10	101	0	0	0	0	55	5	20	30	0	55
Stettiner Straße 32	10	101	14	1	2	11	52	0	13	39	11	77
Stralsunder Straße 28	10	101	14	1	2	11	33	0	8	25	10	57
Wittenberger Weg 44	10	101	9	1	0	8	18	0	0	18	25	52
Dresdener Straße 59	10	102	10	0	4	6	40	0	6	34	10	60
Graf-von-Staufenberg- Straße 71	10	102	19	3	5	11	38	3	15	20	0	57
Ingeborg-Bachmann- Straße 29	10	102	14	1	2	11	23	0	7	16	20	57
Philipp-Scheidemann- Straße 15	10	102	9	1	0	8	34	0	20	14	19	62
			814	74	76	664	5.571	384	1.793	3.394	510	6.895



4. Abteilung 51/3 – Jugendförderung



Abteilungsleiter:
Stephan Glaremin

1. Geburtstag: 7.8.1974
2. Familienstand: verheiratet
3. Anzahl der Kinder: 2
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 2005

Generelles

Die Abteilung Jugendförderung war 2008 für die Aufgabenfelder Jugendarbeit, Einrichtungen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit einschließlich erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und die Bürgerhäuser zuständig. Sie ist außerdem Kooperationspartner und Bildungsanbieter in der Offenen Ganztagsgrundschule und Vertragspartner zahlreicher Schulen im Rahmen von verlässlichen Angeboten für Schulkinder.

Handlungsfelder

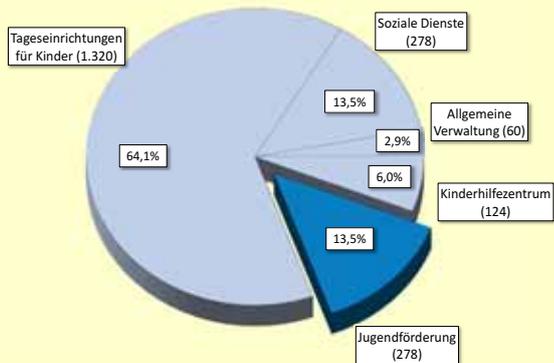
Offene Kinder- und Jugendarbeit

Das Jugendamt ist Träger von 35 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. In den Einrichtungen der Abteilung arbeiteten 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Jahr 2008 wurden in den städtischen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen rund 824.000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Der Anteil der Mädchen an der Besucherzahl lag bei etwa 40 Prozent. Die Einrichtungen waren durchschnittlich an 235 Tagen im Jahr geöffnet. Die wöchentliche Öffnungszeit lag im Durchschnitt bei 30 Öffnungsstunden. Zusätzlich wurden 3.500 Stunden an Wochenenden angeboten. Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit in den Einrichtungen sind:

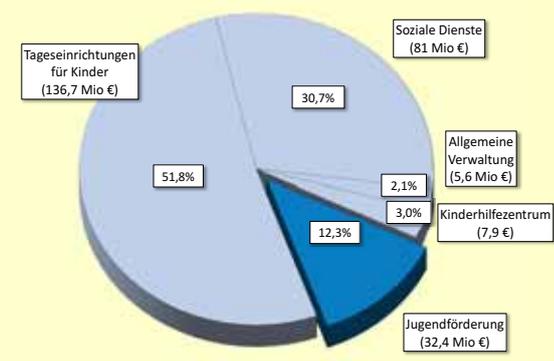
- politische und soziale Bildung
- schulbezogene Jugendarbeit
- kulturelle Jugendarbeit
- sportliche und freizeitorientierte Jugendarbeit
- Kinder- und Jugenderholung
- medienbezogene Jugendarbeit
- interkulturelle Jugendarbeit
- geschlechtsspezifische Mädchen- und Jungenarbeit
- internationale Jugendarbeit

Das Jugendamt, Abteilung Jugendförderung, ist darüber hinaus an neun Standorten Träger der offenen Ganztagschule mit insgesamt 36 Gruppen und 900 Grundschülerinnen und Grundschulern. Weitere zehn Einrichtungen sind Bildungsanbieter zahlreicher Grundschulen und stellen darüber hinaus eine verlässliche Schulkindbetreuung und Mittagsversorgung sicher.

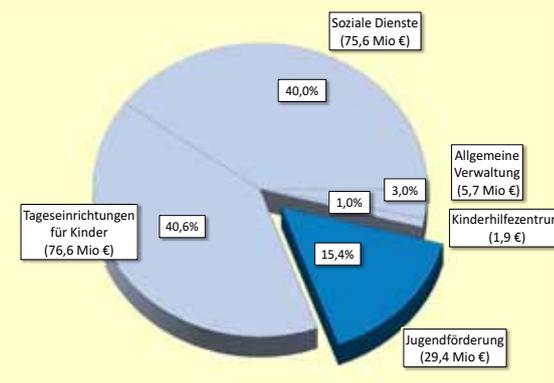
Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Ausgabenanteile der Fachbereiche



Zuschussanteile der Fachbereiche



§ 13 SGB VIII – Jugend- und Schulsozialarbeit

Das Sachgebiet Jugendsozialarbeit umfasst die Arbeitsfelder:

- Jugendberufshilfe mit der Beratung Übergang Schule-Beruf
- Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene
- Angebote der Berufsorientierung/-vorbereitung, Ausbildung
- der Schulsozialarbeit
- Schulverweigerungsprojekte wie im „Rather Modell“
- Jugendwohnen
- Prävention und Intervention für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Lebensmittelpunkt auf der Straße

Seit dem 1. Oktober 2008 bildet das Sachgebiet Jugendsozialarbeit zusammen mit den zuständigen Einheiten der ARGE und der Bundesagentur für Arbeit als Bürogemeinschaft das Jugend-Job-Center Plus auf der Grafenberger Allee 300. Hier ist es gelungen, eine gemeinsame Anlaufstelle für alle Fragen rund um den Übergang in den Beruf für Jugendliche zu installieren.

Bürgerhäuser

Im Jahr 2008 wurden ca. 275.000 Besucherinnen und Besucher in den Düsseldorfer Bürgerhäusern gezählt. Sie nahmen an den unterschiedlichsten Veranstaltungen teil, nutzten die vielfältigen Gruppenangebote der Bürgerhäuser oder nutzten die Räume über Dauer- und Einzelmietverträge zur Realisierung ihrer Bedürfnisse.

Eröffnung Bürgerhaus Gerresheim und Stadtteilzentrum Bilk

In Gerresheim war aufgrund des Umzugs des Kindergartens in das bestehende Bürgerhaus eine neue Lösung nötig. So ist es gelungen, am Wallgraben ein neues Bürgerhaus zu errichten. Unter einem Dach können nun Zentrum plus und Bürgerhaus die Arbeit in Gerresheim fortsetzen.

Durch den Neubau des Stadtteilzentrums Bilk haben die Bürgerinnen und Bürger eine zusätzliche Anlaufstelle mit Bücherei, Einwohnermeldeamt, Bezirksverwaltungsstelle und Schwimmbad bekommen. Auch das Jugendamt ist mit einem Bürgerhaus im Zentrum vertreten. Neben dem großen Bürgersaal gibt es noch verschiedene Tagungs-

möglichkeiten. Als Schwerpunkt entstand dort eine Anlaufstelle zum Thema Ehrenamt (Leihoma, Leihopa). Mit einem großen Bürgerfest wurde das Stadtteilzentrum im September eröffnet.

Düsselferien

Auch im Jahr 2008 waren die Düsselferien wieder ein beliebtes Angebot für Kinder und Jugendliche. Es war 2008 wiederholt möglich, über 10.000 Kinder und Jugendliche zu erreichen. Insgesamt standen 1.059.237 Euro zur Verfügung. Neben den örtlichen Ferienangeboten der Stadt und der freien Träger mit mehr als 4.100 Plätzen konnten weitere 6.000 Kinder an außerörtlichen Ferienfreizeiten von vier bis 20 Tagen Dauer teilnehmen. Anbieter waren freie Träger der Jugendhilfe und Düsseldorfer Sportvereine. Sie wurden durch das Jugendamt finanziell gefördert.

Die Ferienbroschüre „Düsselferien 2008“ wurde mit 3.000 Exemplaren zum dritten Mal aufgelegt. Sie konnte auch im Internet unter www.duesseldorf.de/jugendamt eingesehen werden. Bürgerinnen und Bürger konnten sich so über die große Auswahl an Anbietern und Ferienplätzen innerhalb und außerhalb von Düsseldorf informieren.

2008 wurde aufgrund der großen Nachfrage die Platzkapazität der Ferienangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen auf insgesamt 172 erweitert. Auch bei den Ferienfahrten für sozial Benachteiligte war die Nachfrage sehr groß. Sie führte zu einer Ausweitung des Platzangebotes von 105 auf 120 Plätze.

Gender-Mainstream

Im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeit wurde 2008 die Projektreihe „77 Wege für Jungs“ gestartet. Damit war es möglich, an den 77 weiterführenden Schulen in Düsseldorf jeweils gemeinsam mit Trägern der Jugendhilfe Projekte im Rahmen der Jungenarbeit an 50 Standorten durchzuführen. Darüber hinaus ist es gelungen, ein Netzwerk zur Mädchen- und ein Netzwerk zur Jungenarbeit aufzubauen, um alle handelnden Personen in diesem Feld zu vernetzen.



zeTT (zentrale Tipps und Themen)

Am 2. April 2008 konnte das neue Jugendinformationszentrum zeTT am Hauptbahnhof eröffnet werden. Maßgeblich geplant von Jugendlichen können nun an sechs Tagen pro Woche junge Menschen und deren Eltern alle möglichen Informationen für Jugendliche abrufen. Es ist schwerpunktmäßig auf die Zielgruppe der 12- bis 21-Jährigen ausgerichtet.

Zu den Aufgaben der Arbeit zählen:

- Infos zu Jugendangeboten in der Stadt (Freizeit, Schule, Ausbildung),
- politisches und soziales Engagement fördern und
- Anlaufstelle bei Problemen und Fragen.

In der Zeit vom 2. April bis 31. Dezember 2008 wurden insgesamt 3.645 Kontakte erfasst, davon 3.044 vor Ort, 489 telefonisch und 112 per E-Mail. Hinzu kommen Schulbesuche und die Beteiligung an Festen und Veranstaltungen. Der Anteil der Jugendlichen lag bei 58 Prozent, gefolgt von Eltern (24,5 Prozent) und Multiplikatoren (17,4 Prozent).

Geschäftsstelle Düsseldorfer Jugendrat

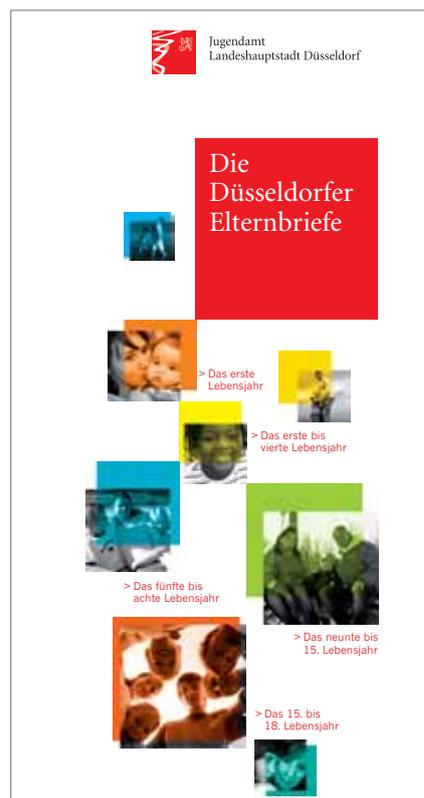
Am 23. Oktober 2007 wurde der Düsseldorfer Jugendrat erstmalig gewählt. Das neue Gremium konstituierte sich im November 2007 und wird von einer Geschäftsstelle begleitet, die in der Abteilung Jugendförderung des Jugendamtes (51/3) angesiedelt ist. Im Jahr 2008 fanden insgesamt acht öffentliche Sitzungen und ein gemeinsames Planungswochenende statt. Sitzungsthemen waren unter anderem:

- Besetzung der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen durch den Jugendrat
- Internationales und die Düsseldorfer Städtepartnerschaften
- Bildung und Schule
- Prävention und Jugendschutz
- Soziales – Lokale AGENDA
- Übergang Schule/Beruf

Elterninformationsdienst

„Düsseldorf begrüßt Ihr Kind - Herzlichen Glückwunsch zur Geburt Ihres Kindes“ – mit diesen Worten empfängt die Landeshauptstadt Düsseldorf in den Düsseldorfer Elterninformationen seit September ihre neugeborenen Bürger. Die Landeshauptstadt Düsseldorf steht Eltern mit Rat und Tat zur Seite. Mit den Düsseldorfer Elterninformationen wird nun ein Wegweiser durch die vielfältigen Angebote vorgelegt. In insgesamt fünf Etappen – je nach Alter des Kindes - erhalten Eltern ab sofort ein Nachschlagewerk mit Adressen, Öffnungszeiten und Beschreibungen von Beratungs-, Hilfs- und Freizeitangeboten von Stadt, Freien Trägern und privaten Anbietern:

1. Elterninformation – erstes Lebensjahr
Verteilung Bürgerbüro/Besuchsdienst
2. Elterninformation – zweite bis vierte Lebensjahr
Verteilung Post
3. Elterninformation – fünfte bis achte Lebensjahr
Verteilung Kindertagesstätten
4. Elterninformation – neunte bis 15. Lebensjahr
Verteilung Schule
5. Elterninformation – 15. - 18. Lebensjahr
Verteilung Schule



Familienkarte

Anfang 2008 wurde die neue Auflage der Familienkarte verschickt. Zum Jahresende 2008 waren 42.478 Familien im Besitz der Karte. 5.463 Familienkarten wurden 2008 neu ausgestellt. Seit Sommer 2008 werden den Familien eine Zweitkarte beziehungsweise auf Wunsch mehrere Karten ausgestellt, um allen Familienmitglieder unabhängig voneinander die Nutzung zu ermöglichen.

Veranstaltungen

Auch im Jahr 2008 hat es wieder eine Reihe von Großveranstaltungen des Jugendamtes mit zahlreichen Kooperationspartnern gegeben:

- Girls´Day
- Jungen-Aktionstage
- Olympic-Adventure-Camp
- Weltkindertag
- Kinder-Kino-Fest

Familien
haben in
Düsseldorf
gute Karten.



www.duesseldorf.de/familienkarte

In vielen Stadtteilen und Wohngebieten unterstützen die Jugendfreizeiteinrichtungen Stadtteil-, Straßen- und Einrichtungsfeiern mit vielen tollen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Feste und Aktionen standen im Jahr 2008 vor allem unter dem Aspekt der Partnerschaft mit der Welthungerhilfe.



Standorte der städtischen Einrichtungen und Bürgerhäuser

Städtische Jugendfreizeiteinrichtungen (Stand 31. Dezember 2008)		
BV	Einrichtung	Stadtteil
01	Franklinstraße 5	Pempelfort
01	Klosterstraße 98	Stadtmitte
01	Schirmerstraße 33	Pempelfort
01	Ulmenstraße 65	Derendorf
02	Dorotheenstraße 39	Flingern
02	Hellweg 70a	Flingern
02	Höherweg 12/An der Icklack	Flingern
02	Kiefernstraße 21	Flingern
02	Lacombletstraße 10	Düsseltal
03	Oberbilker Allee 1	Friedrichstadt
03	Schmiedestraße 55	Oberbilk
03	Suitbertustraße 163	Bilk
03	Velberter Straße 24	Oberbilk
04	Lewitstraße 2a	Niederkassel
04	Malmedyer Straße 3	Heerdt
04	Schießstraße 21	Heerdt
06	Ammerweg 14-16	Unterrath
06	Eggerscheidter Straße 1	Rath
06	Ekkehardstraße 2a	Mörsenbroich
06	Lichtenbroicher Weg 96	Lichtenbroich
06	Sankt-Franziskus-Straße 125	Mörsenbroich
07	Gräulinger Straße 56	Gerresheim
07	Torfbruchstraße 35	Gerresheim
08	Chemnitzer Straße 51a	Vennhausen
08	Jägerstraße 31	Eller
08	Kuthsweg 43	Eller
09	Altenbrückstraße 14	Reisholz
09	Hospitalstraße (Spektakulum)	Benrath
09	In der Donk 66	Hassels
09	Kamperstraße 17	Holthausen
09	Leichlinger Straße 65	Wersten
10	Frankfurter Straße 255	Garath
10	Lüderitzstraße 75 + 81	Garath
10	Reinhold-Schneider-Straße 2a	Garath
10	Wittenberger Weg 92	Garath

Städtische Bürgerhäuser (Stand 31. Dezember 2008)		
BV	Einrichtung	Stadtteil
03	Himmelgeister Straße 107	Bilk
03	Bachstraße 145 (Stadtteilzentrum Bilk)	Bilk
07	Neußer Tor 19	Gerresheim
09	Kappeler Straße 231	Reisholz
09	Telleringstraße 56	Benrath
09	Werstener Dorfstraße 90a	Wersten
10	Fritz-Erler-Straße 21	Garath

Kennzahlen/Leistungsangaben

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen	2008	2007	2006
Anzahl Kinder- u. Jugendfreizeiteinrichtungen	71	71	71
- davon in städtischer Trägerschaft	35	35	35
- davon in kirchlicher Trägerschaft (ev./rk.)	23 (16/7)	23 (16/7)	23 (15/8)
- davon in anderen Trägerschaften/Initiativen	13	13	13
Teilnehmerinnen/Teilnehmer			
Düsselferien - inklusive freier Träger	10.293	10.042	9.131
Kinder Kino Tage	13.400	13.250	13.249
Schulaufgaben-Hilfen	300	430	430
OGATA- Verträge (Betreuung)	900	725	475
Ausgaben für Jugendförderung	21.804.055 Euro	20.131.973 Euro	19.551.492 Euro

Städtische Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen	2008	2007	2006
BesucherInnen	655.868	593.936	542.805
Mädchenanteil	39,9 %	40,5 %	40,3 %
Öffnungstage im Jahr (Mittelwert)	251,6 Tage	248,6 Tage	247,9 Tage
Öffnungsstunden pro Woche	30,0 Std.	30,0 Std.	30,4 Std.
Öffnungsstunden am Wochenende	3.586 Std.	4.101 Std.	3.449 Std.

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger	2008 (Plan PuA)	2007 (Stand 31.12.)	2006 (Stand 31.12.)
BesucherInnen	357.093	359.310	358.906
Mädchenanteil	43,5%	43,5 %	43,3 %
Öffnungstage im Jahr	228,0 Tage	222,2 Tage	220,3 Tage
Öffnungsstunden pro Woche	30,0 Std.	30,5 Std.	30,3 Std.
Öffnungsstunden am Wochenende	2.179 Std.	1.969 Std.	1.768 Std.

Städtische Bürgerhäuser	2008	2007	2006
BesucherInnen insgesamt	247.668	258.656	252.263
- Bürgerhaus Benrath	57.610	57.500	57.175
- Bürgerhaus Bilk	54.678	56.385	55.960
- Freizeitstätte Garath	75.523	75.525	66.884
- Bürgerhaus Gerresheim	16.147	25.500	28.540
- Bürgerhaus Reisholz	33.090	33.106	33.084
- Bürgerhaus Wersten	10.620	10.640	10.620
Öffnungstage pro Jahr (Durchschnitt)	324 Tage	324 Tage	322 Tage
Öffnungsstunden pro Woche (Durchschnitt)	76 Std.	76 Std.	76 Std.

Familienkarte	2008	2007	2006
Anzahl ausgestellte Karten	42.703	44.951	41.165
Versorgungsquote Familienkarte	74%	78%	72%



Jugendsozialarbeit				
Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene				
	2008	2007	2006	2005
Beratungsfälle (neu)	395	326	384	725
Beratungsgespräche insgesamt	656	603	798	1370

Beratung Übergang Schule – Beruf an Haupt- und Gesamtschulen				
	2008	2007	2006	2005
Betreute SchülerInnen insgesamt	463	228	213	163
Beratungsgespräche insgesamt	880			

Beratung Übergang Schule – Beruf an Berufskollegs				
	2008	2007	2006	2005
Betreute SchülerInnen insgesamt	475	330	444	419
Beratungsgespräche insgesamt	1.030			
Bildungsfahrten	5	3	3	6

Freie Träger: Jugendberufshilfe				
Beratungsstelle Übergang Schule – Beruf der Diakonie				
	2008	2007	2006	2005
Betreute SchülerInnen insgesamt	380	333	316	272
Beratungsgespräche insgesamt	1.409	1.283	1.561	1.571

Maßnahmen/Angebote Jugendberufshilfe				
1. Berufsorientierung und –vorbereitung (SGB VIII)				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	30	30	30	30
Jugendberufshilfe gGmbH	125	125	125	130
Deutsches Rotes Kreuz	25	25	25	25
Kabawil e.V.	16			
Gesamt	196	180	180	185

2. Berufs- und Ausbildungsvorbereitung (SGB III)				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	193	144	149	184
Jugendberufshilfe gGmbH	140	91	91	86
Renatec			18	18
Gesamt	333	235	258	288

3. Berufsausbildung (SGB III)				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	279	267	211	165
Jugendberufshilfe gGmbH	193	175	162	123
Gesamt	472	442	373	288

4. Ausbildungsbegleitende Hilfen (SGB III)				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	144	140	144	144

5. SGB II – Maßnahmen				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	371	221	263	218
Caritasverband	111	149	110	104
Jugendberufshilfe gGmbH	230	237	273	253
Gesamt	712	607	646	575

6. Sonstige Maßnahmen				
Träger/Plätze	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ	60	60		
Jugendberufshilfe gGmbH	54	45		
Gesamt	114	105		

Freie Träger: Schulsozialarbeit				
Träger/Standorte	2008	2007	2006	2005
AWO BBZ (Grundschulen)	6	6	6	6
AWO BBZ (Haupt- und Förderschulen)	6	6	6	6
Caritasverband (Hauptschulen)	9	9	8	8
Caritasverband (Förderschulen Geistige Entwicklung)	3			
Caritasverband (Grundschulen)	1	1	1	
Diakonie (Haupt- und Förderschulen)	6	6	7	7
Diakonie (Grundschulen)	4	1	1	
IN VIA (Förderschulen)	2	2	2	2
Gesamt	37	31	31	29



Freie Träger: Rather Modell/Schulverweigererprojekte

Trotzdem e.V. Projekt, Halle 14, Fürstenwall 239 (bis 31. Juli 2008)

25 Plätze (ausschließlich für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf) Kooperationschule: Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung
Schönaustraße

Jugendberufshilfe gGmbH, Projekt Halle 14, Oberbilker Allee 310 (seit 1. August 2008)

25 Plätze (ausschließlich für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf) Kooperationschule: Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung
Schönaustraße

Caritasverband, Projekt Düsseldorf-Süd, Walzwerkstraße 14

25 Plätze (ausschließlich für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf) Kooperationschule: Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung
Schönaustraße

Diakonie, Projekt Prävention, Graf-Recke-Straße 230

30 Plätze (Klassen 5 – 10), Kooperationschule: GHS Graf-Recke-Straße. Besonderheit: präventives Modell zur Vermeidung von Schulverweigerung

AWO BBZ, Projekt Düsseldorf-Mitte, Bogenstraße 17

20 Plätze, Kooperationschule: GTS Diepenstraße

Freie Träger: Jugendwohnen

Kolpingwerk, Kolpinghaus Düsseldorf

36 Plätze (weibliche und männliche Jugendliche, bis zu 10 Plätze für minderjährige Jugendliche)

Prävention und Intervention für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Lebensmittelpunkt auf der Straße

AWO BBZ Treffpunkt & Werkstatt	Beratungseinrichtung Streetwork
Diakonie TrebeCafé	Beratungseinrichtung Streetwork
SKFM KnackPunkt	Beratungseinrichtung Streetwork

5. Abteilung 51/4 – Kinderhilfezentrum



Abteilungsleiter:
Stephan Siebenkotten-Dalhoff

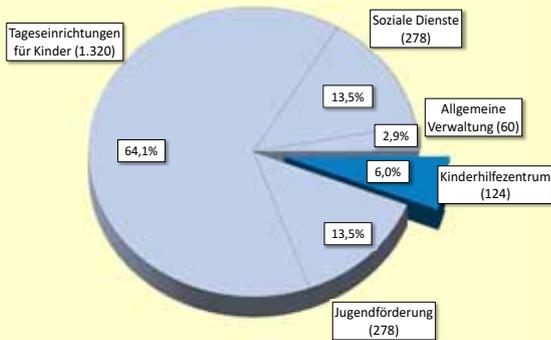
1. Geburtstag: 13.2.1960
2. Familienstand: verheiratet
3. Anzahl der Kinder: 1
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 1.1.2006

Generelles

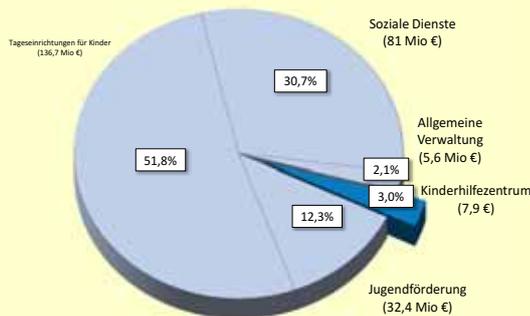
Das Kinderhilfezentrum – Abteilung des Jugendamtes – ist Leistungserbringer in den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahme und Offene Ganztagsgrundschule. Das derzeitige Leistungsspektrum umfasst:

- Wohngruppen (intern und extern)
- Tagesgruppen
- Stationäre Inobhutnahme
- Inobhutnahme bei geeigneten Personen und in Bereitschaftspflegestellen
- Betreutes Wohnen für Familien (stationär und ambulant)
- Pflegekinderdienst- und Adoptionsvermittlung
- Ambulante Hilfen zur Erziehung für Jugendliche und Familien (kontraktierter Anbieter)
- ergänzende Heilpädagogik, Diagnostik und Therapie
- pädagogisch betreuter „Anna-Spielplatz/ Treffpunkt für Familien im Stadtteil
- Offene Ganztagsgrundschule
- Hilfen zur Erziehung in Regeleinrichtungen

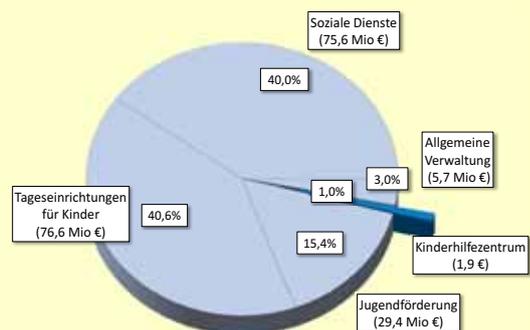
Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Ausgabenanteile der Fachbereiche



Zuschussanteile der Fachbereiche



Auf insgesamt 121 Vollzeitplanstellen sind derzeit 99 vollzeitbeschäftigte und 22 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Pädagogik, Verwaltung, Hauswirtschaft und Technik beschäftigt. Der Jahresumsatz betrug im Jahr 2008 rund 7,6 Millionen Euro für Personal- und Sachkosten. Die Finanzierungsgrundlagen ergeben sich aus den vereinbarten Entgelten gemäß §§ 78 a-g SGB VIII und den auf dieser Basis abgeschlossenen Rahmenverträgen I und II.

Zum Stichtag 31. Dezember 2008 wurden 95 Kinder stationär, 15 Kinder teilstationär und 54 Kinder/Jugendliche und Familien ambulant betreut. 100 Kinder besuchten das Betreuungsangebot der Offenen Ganztagschule an der Lennéstraße, das sich in Trägerschaft des Kinderhilfezentrums befindet. In den Pflegefamilien des Jugendamtes wurden 291 Kinder betreut.



Schwerpunkte und Besonderheiten

Abschluss des Projektes zur betrieblichen Gesundheit mit dem Titel „Fit im Job – Gesundheit für Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Kinder“ am Beispiel der beiden Inobhutnahmewohngruppen des Kinderhilfezentrums unter der Mitwirkung der Fachhochschule Düsseldorf und des Betriebsarztes mit folgenden Schwerpunkten:

- Entwicklung von gesundheitsfördernden Maßnahmen zum Umgang mit emotionalen Belastungsfaktoren in der Inobhutnahme
- Arbeitszeitgestaltung im Spannungsfeld Recht/pädagogische Anforderungen/Arbeitsmedizin und Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die wichtigsten Konsequenzen aus diesem Projekt sind in der hierzu erstellten Broschüre „Fit im Job“ zusammengefasst, die auf die Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinweist. Dieser Leitfaden fordert dazu auf, die Möglichkeiten und Verpflichtungen wahrzunehmen und langfristig und kontinuierlich die Aufmerksamkeit für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten. Die Broschüre wurde Anfang 2009 an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilt.

Was die Einrichtung von Erziehungsstellen und Sozialpädagogischen Pflegestellen (SPP) mit dem Ziel der Rückführung beziehungsweise Verselbstständigung betrifft, wurde eine erste größere Werbeaktion durchgeführt, bei der jedoch noch nicht ausreichend Fachkräfte gefunden werden konnten.

Zum Schuljahr 2008 wurde die vierte Gruppe in der Offenen Ganztagschule Lennéstraße eröffnet.

Das im August 2006 begonnenen Kooperationsprojektes „Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Rahmen erzieherischer Hilfen durch das Kinderhilfezentrum der Stadt Düsseldorf“ wurde in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Düsseldorf weitergeführt. 2008 wurden hierzu folgende Schritte realisiert:

- Erarbeitung eines Rechtekataloges für die Kinder/Jugendlichen/jungen Volljährigen
- Durchführung einer Befragung der Kinder/Jugendlichen/jungen Volljährigen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einer Veranstaltung gemeinsam mit der Fachhochschule Düsseldorf zur Präsentation der Ergebnisse
- Arbeit in Projektgruppen für Kinder und Jugendliche zum Thema Rechte und Regeln
- Durchführung einer Pädagogischen Konferenz mit Kindern und Jugendlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Umgang mit Regeln sowie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an deren Gestaltung

Zu Beginn des Schuljahres 2008/2009 wurde in den Räumlichkeiten des Kinderhilfezentrums eine jahrgangsübergreifende Schulklasse für die Primarstufe der Martin-Luther-King-Schule – Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung – eröffnet. Dieses Angebot besteht sowohl für Kinder, die im Kinderhilfezentrum leben als auch für Kinder aus dem Stadtteil. Die Partnerschaft dient einer verbesserten Chance auf Rückschulung, der von Kinderhilfezentrum und Martin-Luther-King-Schule gemeinsam betreuten Kinder, in die allgemeine Schule.

Ebenfalls erfolgte 2008 eine weitere Qualifizierung der Inobhutnahme bezüglich der aktuellen Bedarfe – vornehmlich bei besonders verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen, sowie Kleinkindern und Säuglingen. Daneben erfolgt eine Erweiterung und Differenzierung der Inobhutnahmegruppen. Bis zum Frühjahr 2009 soll folgende Planung realisiert sein:

- Eine der beiden derzeit bestehenden Inobhutnahmegruppen wird auf neun Plätze reduziert und als Diagnostik- und Übergangsgruppe für Kinder ab circa neun Jahren nach der Inobhutnahme umgestaltet (Gruppe Diagnostik)
- Eine Inobhutnahmegruppe mit sechs Plätzen für kleine Kinder wird neu eingerichtet (Gruppe kleine Kinder und Geschwistergruppen)
- Die zweite Inobhutnahmegruppe wird mit zehn Plätzen die bisherige Aufgabe weiterführen.

Bereits seit Januar 2007 beteiligt sich das Kinderhilfzentrum am WIMES-Projekt (Methode und Instrument zur Wirkungsmessung bei Hilfen zur Erziehung). Dieses endete nunmehr zum 31. Dezember 2008. Die Auswertung und Beratung der Konsequenzen soll 2009 erfolgen.

Alle Schlüsselprozesse in der Adoptionsvermittlung sind beschrieben.

Wirtschaftliches

Trotz der Erhöhung der Personalkosten (Tarifabschluss) und der Steigerung der Lebenshaltungskosten konnte durch Nutzung von Einsparungspotenzialen eine Kostendeckung erreicht werden.



Kennzahlen/Leistungsangaben

Inobhutnahme

Aufnahmen Inobhutnahme						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	129		172		160	
männlich	63	48,8	78	45,3	68	42,5
weiblich	66	51,2	94	54,7	92	57,5
deutsch	101	78,3	147	85,5	75	46,9
ausländisch	28	21,7	25	14,5	85	53,1

Alter der aufgenommenen Kinder						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
0-3 Jahre	17	13,2	20	11,6	12	7,5
4-6 Jahre	15	11,6	28	16,3	9	5,6
7-10 Jahre	26	20,2	25	14,5	31	19,4
11-12 Jahre	31	24,0	50	29,1	55	34,4
13 Jahre	34	26,3	46	26,7	46	28,8
14 Jahre und älter	6	4,7	3	1,7	7	4,4

Entlassung Inobhutnahme						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	124		151		140	
Einvernehmlich	116	93,6	133	88,1	121	86,4
Abbruch durch Entweichung	8	6,4	17	11,3	19	13,6

Entlassungsziele						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Nach Hause	74	59,7	103	68,2	86	61,4
Verlegung extern	42	33,8	31	20,5	35	25,0
Entweichung	8	6,5	17	11,3	19	13,6

Verweildauer						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
1-5 Tage	66	51,2	106	61,6	140	100
6-42 Tage	35	27,1	32	18,6		
bis 12 Monate	28	21,7	32	18,6		
bis 24 Monate	0	0	2	1,2		



Anschlusshilfen bei Entlassung nach Hause						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
ohne Anschlusshilfe	50	67,6	70	68,0	70	81,4
nicht bekannt	9	12,2	11	10,7	9	10,5
Sozialpädagogische Familienhilfe	0	0	1	1,0	0	0,0
Erziehungsbeistand	0	0	0	0,0	0	0
ambulante Hilfen	15	20,2	21	20,4	7	8,1

Externe Verlegung in						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Pflegestelle	2	4,8	2	6,5	2	5,7
Tagesgruppe	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Betreutes Wohnen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Wohngruppe	29	69,0	15	48,4	9	24,7
Verselbstständigungshilfen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Keine Angaben	11	26,2	14	45,2	24	68,6

Familiäre Bereitschaftsbetreuung (FBB)/Vorübergehende Inobhutnahme bei geeigneten Personen (ViP)

Aufnahmen FBB/ViP				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	48		53	
männlich	19	39,6	21	39,6
weiblich	29	60,4	32	60,4
deutsch	41	85,4	53	100
ausländisch	7	14,6	0	0,00

Entlassung FBB/ViP				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	52		39	
Einvernehmlich	52	100	39	100
Abbruch durch Entweichung	0	0,0	0	0,0

Alter der aufgenommenen Kinder				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
0-3 Jahre	10	20,7	18	34,0
4-6 Jahre	3	6,2	7	13,2
7-10 Jahre	3	6,3	4	7,5
11-12 Jahre	3	6,3	2	3,8
13 Jahre	3	6,3	2	3,8
14 Jahre und älter	26	54,2	20	37,7

Entlassungsziele				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Nach Hause	48	92,3	37	94,9
Verlegung extern	4	7,7	2	5,1
Entweichung	0	0,0	0	0,00



Verweildauer				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
1-5 Tage	1	1,9	4	7,6
6-42 Tage	14	26,9	15	28,3
bis 12 Monate	29	55,8	32	60,4
bis 24 Monate	8	15,4	2	3,8

Anschlussdiensten bei Entlassung nach Hause				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
ohne Anschlussdienste	45	93,7	0	0,00
Sozialpädagogische Familienhilfe	0	0,0	0	0,00
Erziehungsbeistand	0	0,0	0	0,0
ambulante Dienste	0	0,0	0	0,0
nicht bekannt	3	6,3	37	100

Externe Verlegung in				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Pflegestelle	2	50,0	1	50,0
Tagesgruppe	0	0,0	0	0,0
Betreutes Wohnen	0	0,0	0	0,0
Wohngruppe	2	50,0	0	0,0
Verselbstständigungsdienste	0	0,0	1	50,0
Keine Angaben	0	0,0	0	0,0

Familiäre Bereitschaftsbetreuung (FBB)					
	2008			2007	
	JA	Diakonie	AWO	Diakonie	AWO
Familien gesamt	10	14	21	17	14
Plätze gesamt	7	10	10,5	10	10,5
Plätze belegt (31.12.)	13	14	23	13	20
Neuaufnahmen	1	7	5	10	25
Entlassungen	5	4	6	10	22
zu den Eltern	2	1	4	3	14
Vermittlung in andere Familien	3	2	2	7	7
Sonstige	0	1	0	0	1
Jahresauslastung in %	173	114	225	114	155

Regelbereich

Aufnahmen Regelbereich						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	26		31		142	
männlich	18	69,2	14	45,2	74	52,1
weiblich	8	30,8	17	54,8	68	47,9
deutsch	19	73,1	29	93,5	121	85,2
ausländisch	7	26,9	2	6,5	21	14,8

Alter der aufgenommenen Kinder						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
0-3 Jahre	3	11,5	3	9,7	15	10,6
4-6 Jahre	6	23,1	6	19,4	18	12,7
7-10 Jahre	8	30,8	6	19,4	29	20,4
11-12 Jahre	1	3,8	6	19,4	31	21,8
13 Jahre	2	7,7	1	3,2	20	14,1
14 Jahre und älter	6	23,1	9	29,0	29	20,4

Entlassungen Regelbereich						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	23		34		163	
Einvernehmlich	23	100	34	100	157	96,3
Abbruch durch Entweichung	0	0,0	0	0,0	6	3,7

Entlassungsziele						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Nach Hause	17	73,9	24	70,6	116	71,2
Verlegung extern	6	26,1	10	29,4	42	25,8
Entweichung	0	0,0	0	0,0	5	3,1

Verweildauer						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
1-5 Tage	1	4,4	0	0,0	0	0,0
6-42 Tage	2	8,7	2	5,9	53	32,5
bis 12 Monate	3	13,0	10	29,4	67	41,1
bis 24 Monate	5	21,7	6	17,7	15	9,2
bis 36 Monate	5	21,7	8	23,5	11	6,8
über 36 Monate	7	30,5	8	23,5	17	10,4



Anschlusshilfen bei Entlassung nach Hause						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
ohne Anschlusshilfe	11	64,7	22	91,7	102	87,9
Sozialpädagogische Familienhilfe	0	0,0	0	0,0	1	0,9
Erziehungsbeistand	0	0,0	0	0,0	0	0,0
ambulante Hilfen	6	35,3	2	8,3	9	7,8
nicht bekannt	0	0,0	0	0,0	4	3,5

Externe Verlegung in						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Pflegestelle	1	16,7	0	0,0	7	16,7
Tagesgruppe	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Betreutes Wohnen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Wohngruppe	4	66,6	8	80,0	12	28,6
Verselbstständigungshilfen	0	0,0	0	0,0	1	2,2
Keine Angaben	1	16,7	2	20,0	23	54,8

Ambulante Hilfe

Aufnahmen Ambulante Hilfe				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	29		27	
männlich	21	72,4	15	55,6
weiblich	8	27,6	12	44,4
deutsch	28	96,6	27	100
ausländisch	1	3,4	0	0,00

Beendigung Ambulante Hilfe				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	27		24	
Einvernehmlich	24	88,9	22	91,7
Abbruch durch Entweichung	3	11,1	2	8,3

Alter der aufgenommenen Kinder				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
0-3 Jahre	4	13,8	8	29,6
4-6 Jahre	5	17,2	3	11,1
7-10 Jahre	4	13,8	8	29,6
11-12 Jahre	5	17,3	0	0,0
13 Jahre	2	6,9	3	11,1
14 Jahre und älter	9	31	5	18,5

Dauer				
	2008		2007	
	Kinder	%	Kinder	%
bis 12 Monate	14	51,9	12	50
bis 24 Monate	7	25,9	12	50
bis 36 Monate	6	22,2		

Vollzeitpflege

Kinder in der Pflegefamilie						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	291		280		272	
davon in Verwandtenpflege	109	38,9	91	32,5	82	30,1

Alter der Kinder						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
0-3 Jahre	36	12,4	42	15,0	42	15,4
4-6 Jahre	66	22,7	66	23,6	61	22,4
7-13 Jahre	108	37,1	99	35,4	82	30,1
14-18 Jahre	67	23,0	61	21,8	67	24,6
über 18 Jahre	14	4,8	12	4,3	20	7,4

Beendete Pflegeverhältnisse						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	47		43		24	
durch Rückführung	4	8,5	7	16,3	3	12,5
Verselbstständigung	15	31,9	20	46,5	8	33,3
Überleitungs gem. § 41 SGB VIII	2	4,3	5	11,6	4	16,7
Überleitungs gem. § 34 SGB VIII	4	8,5	8	18,6	3	12,5
Adoptionspflege	5	10,6	3	7,0	6	25,0
Abgabe an ein anderes Jugendamt gem. § 86 SGB VIII	11	23,4	0	0,0	0	0,0
sonstige Gründe	6	12,8				

Geworbene und qualifizierte Pflegefamilien						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	48		52		60	
davon Düsseldorfer Bewerber	18	37,5	17	32,7	35	58,3
freie Plätze	43		33		16	
davon Düsseldorfer Bewerber	14	32,6	9	27,3	16	100

Vermittelte Pflegekinder						
	2008		2007		2006	
	Kinder	%	Kinder	%	Kinder	%
Insgesamt	19		26		23	
davon aus Einrichtung	2	10,5	3	11,5	2	8,7
davon aus Bereitschaftspflegefamilie	12	63,2	19	73,1	15	65,2
davon aus Herkunftsfamilie	5	26,3	4	15,4	6	26,1



6. Abteilung 51/5 – Soziale Dienste



Abteilungsleiter:
Peter Lukasczyk

1. Geburtstag: 28.2.1957
2. Familienstand: verheiratet
3. Anzahl der Kinder: 3
4. Bei der Stadt beschäftigt seit: 1982

Sachgebiet Verwaltung/ Wirtschaftliche Erziehungshilfe

Durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsrechts zum 1. Januar 2008 wurde seitens des Gesetzgebers die Rangfolge der Unterhaltsansprüche nach § 1609 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) neu festgelegt. Durch diese Neuerung mussten alle nach altem Recht ermittelten Kostenbeiträge umgerechnet werden, da die Ehepartner nunmehr nicht mehr im gleichen Rang wie die untergebrachten Kinder standen. Nach entsprechender Prüfung und Neuberechnung waren die bestehenden Kostenfestsetzungsbescheide aufzuheben und die neu errechneten Beträge festzusetzen.

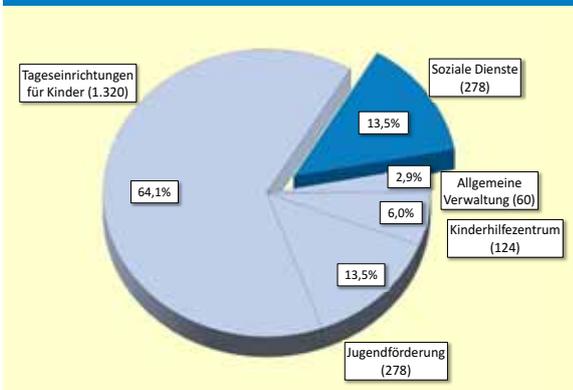
Zum Ende des Jahres konnte das Verfahren Logo-Data welches in der wirtschaftlichen Erziehungshilfe zur Auszahlung und dem Einnahmebereich der Kosten für Hilfe zur Erziehung genutzt wird, um die Schnittstelle besondere Soziale Dienste erweitert werden. Die Datenlage wird somit aktueller, die Abwicklung beschleunigt und um die Interventionsdaten des besonderen Sozialdienstes im Bereich des Berichtswesens ergänzt.

Der Bereich der wirtschaftlichen Erziehungshilfe unterlag in den letzten Jahren aufgrund veränderter rechtlicher Situationen einem Wandel. Um eine sachgerechte Einschätzung zum Personalbedarf für die kommenden Jahre zu haben, wurde eine interne Personaluntersuchung inklusive einer vierwöchigen täglichen Selbstaufschreibung begonnen.

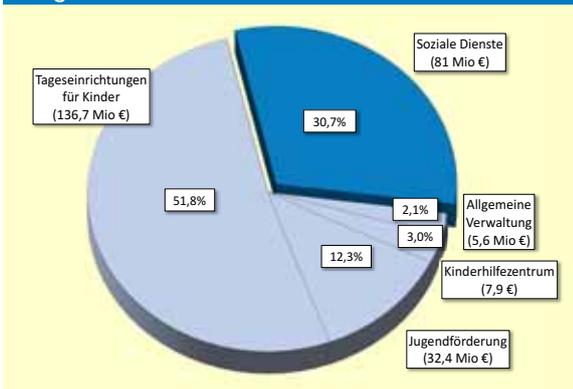
Sachgebiet Jugendhilfe im gerichtlichen Verfahren

Im Jahr 2008 wurden die Diversionstage ab Februar auf den Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Mitte und ab August auf den Düsseldorfer Norden ausgeweitet, sodass zum Jahresende eine Ausweitung dieses Angebotes für das gesamte Stadtgebiet gegeben war. An den Diversionstagen werden straffällige Jugendliche mit ihren Eltern in die Polizeiinspektion geladen. Dort findet dann ein Gespräch mit der Jugendgerichtshilfe statt, welches dazu genutzt wird, festzustellen, welche pädagogischen Maßnahmen geeignet sein könnten, das Strafverfahren ohne eine Gerichtsverhandlung einzustellen. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft

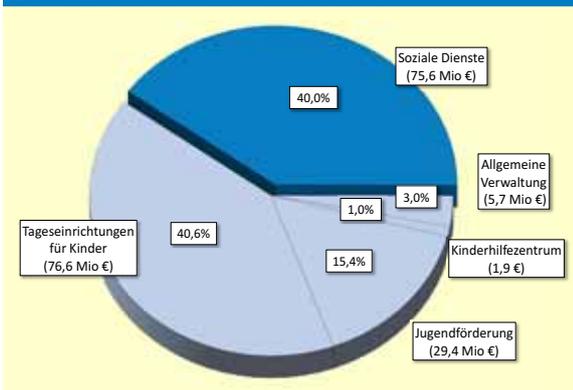
Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Ausgabenanteile der Fachbereiche



Zuschussanteile der Fachbereiche



entscheidet unmittelbar nach dem Gespräch mit der Jugendhilfe im Strafverfahren in enger Kooperation mit ihr über erzieherische Maßnahmen.

Im Jahr 2008 wurden im Bereich der Kinderdelinquenz sechs Intensivtäter gezählt. Bei den Jugendlichen gab es 2008 nach polizeilichen Erkenntnissen 95 Intensivtäter. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Arbeit mit Intensivtätern und dort ganz besonders die ab Mai 2008 einmal im Monat stattfindenden Fallkonferenzen für Intensivtäter. Auf diesen Fallkonferenzen beraten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Strafverfahren gemeinsam darüber, wie sich der jeweilige Fall aus Sicht der drei Institutionen darstellt und welche Schritte die Institutionen einleiten können, um eine weitere Verfestigung der kriminellen Karriere zu vermeiden. Die besondere Form der gegenseitigen Information erlaubt dabei jeweils einzelfallabhängig und gut abgestimmt vorzugehen. Auf den Fallkonferenzen werden bestehende Hilfen reflektiert oder Hilfsmöglichkeiten angeregt, aber auch polizeiliche Maßnahmen wie „Gefährderansprachen“ und strafprozessuale Möglichkeiten der Bündelung und Verfahrensbeschleunigung beschlossen. Laufen alle Hilfebemühungen ins Leere, kann auch die Verhängung eines Arrestes oder die Beantragung eines Haftbefehles die Folge sein.

Sachgebiet Vormundschaften

Durch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 14. März 2007 sind Verbände nun berechtigt, Vergütungen für den Arbeitsbereich Vormundschaften mit der Justizkasse abzurechnen. Seit 2008 wird diese Möglichkeit hier genutzt; die dadurch zusätzlich zu den Zuschüssen durch das Jugendamt akquirierten Mittel werden in Düsseldorf einvernehmlich in die Verbesserung der Qualität investiert: Die Anzahl der Mündel, für die ein Vormund/eine Vormünderin verantwortlich ist, wird perspektivisch von 70 bis zum Jahr 2009 bei allen Trägern auf 50 abgesenkt.

Am 11. November 2008 hat der 4. Fachtag für Vormünder in Düsseldorf stattgefunden. Dr. Heinz Kindler, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Jugendinstitut, hat mit den Vormündern

der Verbände und den Amtsvormündern zu den Themen Bindungsdiagnostik und Umgang zwischen Kindern und ihrer Herkunftsfamilie gearbeitet.

2008 haben die Amtsvormünder in Zusammenarbeit mit den Verbänden unter der Überschrift „Partizipation“ eine Mündelbefragung durchgeführt und die Ergebnisse mit interessierten Mündeln in Form eines Workshops am 10. Oktober 2008 diskutiert. Die Ergebnisse sind dokumentiert und werden in die tägliche Arbeit einfließen.

Mit der Amtsvormundschaft ist das Jugendamt Düsseldorf in einem Arbeitskreis des Landesministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration an der Entwicklung eines „Handlungsleitfadens zur Bekämpfung von Zwangsheirat – Maßnahmen für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen“ beteiligt. Nicht zuletzt hat die Amtsvormundschaft an der Organisation des 1. Nordrhein-Westfälischen Vormundschaftstages, der vom 12. bis 14. November 2008 in Köln stattfand, mitgewirkt.

Sachgebiet Erziehungsberatungsstelle

Die 2007 begonnene Kindertherapie konnte als Angebot des Jugend- und Elternberatungsdienstes weiterentwickelt und wegen der zunehmenden Nachfrage verstärkt werden.

Die Online-Beratung für Jugendliche und Eltern wurde in 2008 fortgeführt und hat sich als Zugang insbesondere für Kinder und Jugendliche bewährt.

Im Bereich von Betreuten Umgängen wurden weiterhin Leistungen erbracht. Insbesondere türkischen Familien konnte durch den Einsatz einer türkischen Psychologin Betreute Umgänge und psychologische Beratung muttersprachlich angeboten werden.

Auch 2008 wurde das bewährte Angebot der Trennungs-/Scheidungs-Kindergruppe für Kinder aus hochstrittigen Trennungsfamilien durchgeführt.



Das Angebot für eine „Trauerberatung“ für Familien, Kinder und Jugendliche, das bereits 2007 in das Programm aufgenommen wurde, konnte durch Fachpersonal 2008 fortgeführt werden.

Sachgebiet Beistandschaft

Das Jahr 2008 stand im Sachgebiet der Beistandschaft ganz im Zeichen der Unterhaltsrechtsreform. Die bisher gültige Regelbetragsverordnung wurde abgeschafft und zum 1. Januar 2008 trat der „gesetzliche Mindestunterhalt“ in Kraft. Gleichzeitig zum 1. Januar 2008 wurde erstmalig die neue Düsseldorfer Tabelle neu aufgelegt. Alle bisherigen Unterhaltstitel mussten an das neue Recht angepasst und in einen Mindestunterhaltsbetrag umgerechnet werden.

Eine spezielle Übergangsvorschrift der Zivilprozessordnung wurde extra für die bereits vorhandenen Titel geschaffen. Darüber hinaus hat sich eine wesentliche Vorschrift im Bürgerlichen Gesetzbuch hinsichtlich der Rangfolge der Unterhaltsberechtigten im Mangelfall geändert. Da Minderjährigen nun im Mangelfall grundsätzlich Vorrang vor Ehegatten und Ex-Ehegatten eingeräumt wird, musste diese Änderung in allen betreffenden Fällen berücksichtigt werden.

Die veränderten Unterhaltsbeträge in Verbindung mit dem neuen Recht machten eine Sichtung und Bewertung jedes einzelnen Falles unter mehreren Gesichtspunkten notwendig.

Kennzahlen/Leistungsangaben

Bezirkssozialdienst			
Fallzahlen	2008	2007	2006
Allgemeine Beratung und Information	37.368	11.800	6.240
Niedrigschwellige Hilfen, Versorgung in Notsituationen, längerfristige Beratung etc.	9.120	2.800	3.310
Hilfen zur Erziehung gemäß § 27 ff SGB VIII	2.441	2.304	
Sozialberichte nach Betreuungsgesetz	622	648	461
Stellungnahmen für das Amt für soziale Sicherung und Integration	669	610	558
Altenhilfe vor Ort	1.341	1010	996

Jugend- und Elternberatungsdienst			
Fallübersicht	2008	2007	2006
Anmeldungen	993	940	891
Gesamtfallzahl	949	1.053	952
Familien	726	940	891
Personen	2.212	3.346	1.860
davon E-Mail-Beratungen	33	111	61

Wartezeiten zwischen Anmeldung und erstem Fachgespräch der neuen Fälle			
Dauer	2008	2007	2006
bis zu 14 Tagen	374	405	398
bis zu einem Monat	221	241	221
bis zu zwei Monaten	99	105	109
länger als zwei Monate	32	37	21
davon E-Mail-Beratungen	33	111	61

Anregung zur Vorstellung	2008	2007	2006
eigene Initiative	510	505	499
durch andere Institutionen	273	301	246
durch das Jugendamt selbst	210	134	146

Jugendgerichtshilfe			
Einzelfallhilfe	2008 (Neufälle)	2007 (Neufälle)	2006 (Neufälle)
Träger			
AWO	789 (380)	729 (395)	651 (381)
DPWV	529 (270)	474 (286)	341 (247)
Diakonie	392 (182)	373 (189)	321 (179)
Jugendamt	1.355 (896)	1449 (878)	1.608 (970)
Gesamt	3.065 (1.728)	3025 (1.748)	2.921 (1.777)

Gruppenhilfe			
Ambulante Hilfen	Kurse (Teilnehmer) 2008	Kurse (Teilnehmer) 2007	Kurse (Teilnehmer) 2006
Soziale Gruppenarbeit	2 (17)	3 (23)	4 (32)
Anti-Gewalttraining	5 (64)	9 (92)	7 (74)
Anti-Aggressivitätstraining	1 (7)		
Warenhauskurs	2 (26)	4 (39)	5 (50)
Verkehrserziehungskurs	2 (19)	3 (28)	3 (36)
Rheinbahnkurs	2 (20)	2 (15)	2 (27)
JVA Geldern	2 (12)	2 (10)	3 (20)
Kurse für Konsumenten von Cannabis und Partydrogen	3 (27)	7 (18)	3 (13)
Gesamt	19 (192)	30 (225)	30 (252)

Täter Opfer Ausgleich	2008	2007	2006
Fälle	162	157	125



Beistandschaften					
Fallzahlen	2008	2007	2006	2005	2004
Beistandschaften im gesamten Jahr	4.343	4.600	4.954	5.554	5.954
Beistandschaften zum Stichtag 31.12.	4.150	4.463	4.762	5.171	5.790
Zugänge im Jahr	402	416	438	493	481
Abgänge im Jahr	730	728	939	1.098	986
Beratungen im Jahr	6.120	4.895	6.820	6.602	
Prozessvertretungen im Jahr	301	296	374	437	392
Prozessvertretungen zum Stichtag 31.12.	269	295	366	432	440
Zugänge im Jahr	265	233	297	313	295
Abgänge im Jahr	305	285	349	339	257
Beurkundungen im Jahr	1.928	1.798	1.681	1.698	2.028
davon Vaterschafts- anerkennungen	774	747	705	674	855
davon Sorgerechts- erklärungen	644	621	402	557	656
davon Unterhaltsverpflichtungen	494	394	561	476	473
davon sonstige Urkunden	16	27	51	29	44

Vormundschaften und Pflegschaften				
Stichtag 31.12.2008 (31.12.2007)	Diakonie	SKFM	JA	Gesamt
Vormundschaften gesamt	148 (152)	107 (106)	204 (205)	459 (463)
Gesetzliche Amtsvormundschaften	0 (0)	0 (0)	67 (53)	67 (53)
Bestellte Vormundschaften	148 (152)	107 (106)	130 (142)	385 (400)
Adoptionsvormundschaften	0 (0)	2 (0)	7 (10)	9 (10)
Pflegschaften	193 (191)	103 (95)	151 (145)	447 (431)

Fallveränderungen 2008				
Stichtag 31.12.2008 (31.12.2007)	Diakonie	SKFM	JA	Gesamt
Neufälle 2008	50	20	102	172
Abgeschlossene Fälle 2008	56	23	93	172

Unterbringungsort				
Stichtag 31.12.2008 (31.12.2007)	Diakonie	SKFM	JA	Gesamt
In Düsseldorf	202 (196)	141 (127)	295 (288)	638 (611)
Außerhalb Düsseldorfs	139 (147)	64 (74)	60 (62)	263 (283)



Vormundschaften und Pflegschaften nach Alter				
Stichtag 31.12.2008 (31.12.2007)	Diakonie	SKFM	JA	Gesamt
Mündel insgesamt	341 (343)	205 (201)	355 (350)	901 (894)
davon 0 bis 3 Jahre	23 (21)	13 (12)	64 (60)	100 (93)
davon 3 bis unter 6 Jahre	47 (39)	28 (27)	43 (44)	118 (110)
davon 6 bis unter 12 Jahre	124 (111)	73 (69)	94 (93)	291 (273)
davon 12 bis unter 18 Jahre	147 (165)	91 (89)	144 (141)	382 (395)
davon über 18 Jahre*	0 (7)	0 (4)	10 (12)	10 (23)





Teil C

Das Jugendamt im Überblick





1. Der Jugendhilfeausschuss

Aufgaben

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit

- der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe,
- der Jugendhilfeplanung und
- der Förderung der freien Jugendhilfe.

a) stimmberechtigte Mitglieder (Stand 31. Dezember 2008)

Mitglied	persönliche/r Vertreter/in
Fraktionen:	
CDU: Bürgermitglied Monika Bos Ratsfrau Hildegard Kempkes (stellv. Vorsitzende) Ratsfrau Sylvia Pantel Ratsherr Florian Tussing	Frau Heike Pröpper Ratsherr Stephan Friedel Ratsfrau Bettina Wiedbrauk Ratsherr Helmut Kurth
SPD: Ratsfrau Walburga Benninghaus (Vorsitzende) Ratsherr Ioannis Vatalis Ratsherr Martin Volkenrath	Ratsherr Rajiv Strauß Ratsherr Alfred Syska Bürgermitglied Marion Warden
FDP: Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Ratsfrau Gerhild Kocks
Bündnis 90/Grüne: Ratsfrau Angela Hebler	Bürgermitglied Jens Petring
freie Träger:	
Diakonie in Düsseldorf Pfarrer Thorsten Nolting	Diakonie in Düsseldorf Adolf-Leopold Krebs
Jüdische Gemeinde Michael N. Szentei-Heise	Caritas für Düsseldorf Marita Willwer
Deutsches Rotes Kreuz Thomas Jeschkowski	Deutsches Rotes Kreuz Jutta Göttel-Wichmann
Evangelische Jugend Karl-Hermann Otto	DGB-Jugend Esther Keuper
SJD „Die Falken“ Diana Kemper	DGB-Jugend You-Lee Hyun
BDKJ Daniel Müller	Deutsche Pfadfinderschaft Susanne Banz



b) beratende Mitglieder (Stand 31. Dezember 2008)

Mitglied	persönliche/r Vertreter/in
Beigeordneter Burkhard Hintzsche (Jugend- und Sozialdezernent als Vertreter des Oberbürgermeisters)	Beigeordneter Lohe (Vertreter des Jugend- und Sozialdezernenten als Vertreter des Oberbürgermeisters)
Johannes Horn (Leiter des Jugendamtes)	Klaus Kaselofsky (Stellvertretender Leiter des Jugendamtes)
Anita Garth-Mingels (Arbeiterwohlfahrt)	Gudrun Siebel (Arbeiterwohlfahrt)
Günther Fuchs (Caritas für Düsseldorf)	Ronald Vogel (Caritas für Düsseldorf)
Iris Bellstedt (Paritätischer Wohlfahrtsverband)	Gerhard Siegner (Paritätischer Wohlfahrtsverband)
Pfarrer Dr. Martin Fricke (Evangelischer Kirchenkreis Düsseldorf)	Ingrid Willetts (Evangelischer Kirchenkreis Düsseldorf)
Michael Hänsch (Kath. Kirche)	Michael Esser (Fachstelle für Jugendpastoral und Jugendhilfe)
Frank Pint (Agentur für Arbeit)	Franz-Josef Rabeneck (Agentur für Arbeit)
Frank Schier (Polizei)	Steffen Franke (Polizei)
Marianne Goralska (Familiengericht)	Hans-Dieter Ziegenbein (Familiengericht)
Michael Fischer (Vertreter der Schulen)	Bertram Boeddinghaus (Vertreter der Schulen)
Ziya Kilic (Sachkundiger ausländischer Einwohner)	Dr. Valeria Geller (Sachkundige ausländische Einwohnerin)
Fahri Agzikara (Sachkundiger ausländischer Einwohner)	Kiriakos Kiourtsidis (Sachkundiger ausländischer Einwohner)
Theresa Felder (Jugendrat)	Anna Richter (Jugendrat)
Cornelia Kürten (Linksfraktion Düsseldorf)	Nora Krings (Linksfraktion Düsseldorf)
SJD „Die Falken“ Diana Kemper	DGB-Jugend You-Lee Hyun
BDKJ Daniel Müller	Deutsche Pfadfinderschaft Susanne Banz



2. Jugendhilfeausschusssitzungen

Der Jugendhilfeausschuss hat im Geschäftsjahr 2008 in neun Sitzungen insgesamt 143 Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung beraten.

Schwerpunkte der einzelnen Sitzungen waren:

15. Januar 2008

- Sachstand zur Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenbefragung im Jugendamt
- Umsetzung Kinder- und Jugendförderplan 2006 – 2009
- Geschäftsbericht 2006
- Neuorganisation Bezirkssozialdienst

19. Februar 2008

- Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in Düsseldorf
- Bildungsoffensive II – Offene Ganztagschule in Düsseldorf
- Bildungsoffensive III – Projekt Familie leben – Alleinerziehende im Stadtteil werden aktiv
- Angebote zum sozialen Engagement an Schulen
- Quartalsbericht zum Stand des Einzugs von Kindergartenbeiträgen und Beiträgen der Offenen Ganztagschulen
- Controllingberichte für die Bereiche Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendförderung, Hilfen zur Erziehung

1. April 2008

- Fachvortrag zur Reform des Unterhaltsrechts
- Mittelvergabe 2008 für jugendschützende und -fördernde Aktionen und Projekte
- Jungenprojekte an Schulen
- Kinderschutz nach § 8a SGB VIII
- Controlling der Baumaßnahmen städtischer Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger

29. April 2008

- Organisationsentwicklung im Bezirkssozialdienst
- Satzung der Stadt Düsseldorf über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie die Betreuung von Kindern in Tagespflege und die Betreuung von Schulkindern in der offenen Ganztagschule
- Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
- Sonderfinanzierung der Waldkindergärten
- Projekt „Haus der kleinen Forscher“
- Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII – Rather Modell
- Schulsozialarbeit an Grundschulen

3. Juni 2008

- Betreuung für Kinder unter drei Jahren als Instrument der Arbeitsmarktpolitik
- Jugendhilfeplanung Erziehungsberatungsstellen
- Zertifizierung und Förderung von Familienzentren
- Unterstützung von Familien mit arbeitslosen Jugendlichen
- Zahlung einer Geldleistung für Kindertagespflegepersonen

19. August 2008

- Erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
- Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren
- Erweiterung der Produkt- und Aufgabenbeschreibung des Jugendringes Düsseldorf und der Jugendberufshilfe in Düsseldorf
- Personalwirtschaft und -planung im Jugendamt



9. September 2008

- Zuwendung des Landes für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Ausbau U3
- Vorbereitung auf die Haushaltsberatung 2009
- Einbringung des Haushalts 2009
- Nordrhein-Westfalen-Landesprogramm Kultur und Schule
- Düsseldorfer Kulturrucksack

21. Oktober 2008

- Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020⁺
- Haushaltsplanberatung 2009
- Verwendung der Mittel aus den Bezirksfonds
- Investitionskostenzuschüsse an freie Träger im Bereich Hilfen zur Erziehung und Erziehungsberatungsstellen

25. November 2008

- Organisationsveränderung im Jugendamt
- Auditierungsverfahren – Familiengerechte Kommune
- Elternbesuchsdienst
- Düsseldorfer Elternbriefe
- 24-Stunden-Bereitschaftsdienst im Jugendamt
- Jahresbericht Spielerei Düsseldorf
- Kinderkinofest



3. Die Verwaltung des Jugendamtes

Die Verwaltung des Jugendamtes ist zuständig für die laufenden Geschäfte sowie die Ausführung der Beschlüsse des Rates und des Jugendhilfeausschusses.

Jugendamt – Amt 51
Willi-Becker Allee 7

Amtsleitung: Johannes Horn
Tel. 89-9 51 01
Fax 89 2 91 02
jugendamt@duesseldorf.de

Abteilung 51/1 Allgemeine Verwaltung Willi-Becker-Allee 7	
Leitung: Thomas Feldmann 89-9 89 51 komm. stellv. Leitung: Stefan Jany	
10.12 Personalangelegenheiten	
Traudl Wagner	89-9 51 06
Stefan Lubs	89-9 51 07
10.14 Qualitätsmanagement	
Hans-Joachim Sonnenburg	89-9 5 186
10.18 Datenschutz, Entgelte	
Horst Kranz	89-9 51 12
11 Grundsatzangelegenheiten	
Stefan Jany	89-9 64 60
Schriftführung JHA	
Andrea Hellendahl	89-9 64 78
13 Supervision, Personalentwicklung, Fortbildung	
Jürgen Hirschauer	89-9 35 11
Sabine Hand	89-9 54 44
15 Gebäudeangelegenheiten	
Peter Havrda	89-9 52 57
16 IT-Koordination	
Ludger Rüter	89-9 65 34
17 Betreuungsstelle	
Friedwald Maug	89-9 89 56
18 Fachstelle für Gewaltprävention	
Martina Kampf-Kiefer	89-9 51 05

Abteilung 51/2 Tageseinrichtungen für Kinder Willi-Becker-Allee 7	
Leitung: Klaus Kaselofsky 89-9 51 34 Stellv. Leitung: Annemarie Didors	
20 Zentrale Aufgaben	
Maria Lange	89-2 51 23
Christoph Berning	89-9 89 78
21 Allgemeine Verwaltung	
Annemarie Didors	89-95132
21.1 Verwaltung städtischen Einrichtungen	
Eckehard Fuchs	89-94320
21.2 Angelegenheiten freier Träger	
Silke Berz	89-9 64 71
21.3 Beitragsangelegenheiten (Kita+OGS)	
Sabine Paschke	89-9 57 43
21.4 Personalangelegenheiten städtischer Kitas	
Christiane Dohmen	89-9 51 57
21.5 i-Punkt Familie	
Martina Kersting	89-9 88 72
22 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 2 + 8	
Annette Griese	89-9 30 95
23 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 6 + 7	
Monika Fecke-Wallin	89-9 91 41
24 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 3 + 5	
Ute Plankert	89-9 64 76
25 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 4 + 9	
Veronika Reitschuster-Baur	89-9 35 17
26 Fachbereichsleitung für den Stadtbezirk 10	
Sonja Baur	89-2 51 71
27 Fachbereichsleitung für den Stadtbezirk 1	
Gudula Gerritz	89-2 51 25
29 Förderungszentrum für Kinder Gothaer Weg 59, Brinckmannstraße 8, Diepenstr. 28	
Claudia Schmidt	926 31-14

Abteilung 51/3 Jugendförderung Willi-Becker-Allee 7	
Leitung: Stephan Glaremin 89-9 51 55 Stellv. Leitung: Klaus Korte	
3.02 Zentrale Aufgaben	
Koordination Kinder- und Jugendförderung	
Stadtbezirk 1, 4, 5 + 6	
Wendelin Dutenhöfer	89-9 64 32
Stadtbezirk 2, 3 + 7	
Klaus Korte	89-9 51 41
Stadtbezirk 8, 9 + 10	
Michael Hein	89-9 25 94
3.03 Düsseldorfer Jugendrat	
Michael Hein	89-92594
31 Allgemeine Verwaltung	
Peter Zeelen	89-9 51 42
32 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 1, 4, 5 + 6	
Astrid Bisling	89-9 64 48
33 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 2, 3 + 7	
Berthild Kamps	89-9 64 63
34 Fachbereichsleitung für die Stadtbezirke 8, 9 + 10	
Wolfgang Weiß	89-9 52 93
35 Bürgerhäuser, soziokulturelle Initiativen und Zentren	
Joachim Möntmann	89-9 64 59
36 Jugendsozialarbeit	
Bernhard Nagel	89-9 64 73



Jugendhilfeausschuss

Vorsitzende: Walburga Benninghaus
stellv. Vorsitzende: Hildegard Kempkes
 Sitzungshinweise im Internet/
 Intranet unter:
www.duesseldorf.de/jugendamt/jha

51/01 Jugendhilfeplanung	Thomas Klein	89-9 60 32
51/03 Revision AOB	Andrea Klug	89-9 51 67
Revision, Berichtswesen	Achim Berein	89-2 12 65
51/04 Zentrale Aufgaben, Bezirks- vertretungen und Ausschüsse	Ursula Fischer	89-9 20 77
51/05 Öffentlichkeitsarbeit	Helma Wassenhoven	89-9 51 75
51/06 Notfallkoordination, Arbeitsschutz	Wolfgang Heimann	89-9 89 29
51/07 Sonderaufgaben	Udo Momper	89-9 64 47

**Abteilung 51/4
Kinderhilfezentrum**

Eulerstraße 46

Leitung:

Stephan Siebenkotten-Dalhoff 89-9 81 12

Stellv. Leitung: Franz-Dieter Lücke

4.02 Zentrale Aufgaben

Außenwohngruppen

ambulante und stationäre Hilfen

Franz-Dieter Lücke 89-9 81 37

41 Verwaltungs- und

Wirtschaftsangelegenheiten

Gabriele Schiffers 89-9 81 87

42 Inobhutnahme

ambulante und stationäre Hilfen

Helmut Engler 89-9 81 27

43 Inobhutnahme

ambulante und stationäre Hilfen

Reiner Ibscher 89-9 81 78

44 Inobhutnahme

ambulante und stationäre Hilfen

Irmgard Kleine 89-9 86 11

45 Pflegekinderdienst und

Adoptionsvermittlung

Willi-Becker-Allee 6–8

Andreas Sahnen 89-9 64 67

**Abteilung 51/5
Soziale Dienste**

Willi-Becker-Allee 7

Leitung:

Peter Lukasczyk

89-9 52 50

Stellv. Leitung: Gisbert Rottmann

5.02 Zentrale Aufgaben

Fachstelle § 8a SGB VIII

5.02 Beate Schürhoff 89-9 25 95

5.03 Markus Lücke 89-2 51 37

Fachstelle Zukunft für Kinder

5.04 Petra Fungler 89-9 25 55

5.1 Allgemeine Verwaltung und WEH

Gisbert Rottmann 89-9 25 96

Controlling, Beschwerdemanagement

Angelika Schlüter 89-9 51 10

Trägerberatung, Heimaufsicht

Dorothea Bradtke 89-2 59 01

Hedwig Gotthardt 89-9 52 62

Wirtschaftliche Erziehungshilfe

5.14 Manfred Jonas 89-2 51 14

5.15 Alexander Päsler 89-2 51 12

5.16 Elmar Kleimann 89-2 51 11

5.2 Bezirkssozialdienst

5.21 Kasernenstraße 6 Hinrich Köpcke 89-9 54 03

5.22 Cranachstraße 35 Jutta Forchmann 89-2 86 01

5.23 Aachener Straße 21 Bernadette Remppe 89-9 25 91

5.231 Bogenstraße 39 Bernadette Remppe 89-9 25 91

5.24 Burggrafenstraße 5a Werner Meutsch 89-9 25 67

5.25 Kasernenstraße 6 Hinrich Köpcke 89-9 54 03

5.26 Münsterstraße 508 N.N. 89-9 30 31

5.27 Gerricusstraße 16 Kai Hauenstein 29 40 31

5.28 Gertrudisplatz 16/18 Wilfried Hagemeier 89-9 78 50

5.29 Benrodestraße 46, Monika Eichhorn 74 96 99 18

Kolberger Straße 19 74 96 99 15

5.291 Burscheider Straße 27 Monika Eichhorn 89-9 44 32

5.210 Frankfurter Straße 229 Angela Hülsberg 89-9 75 28

5.3 Jugendhilfe im gerichtlichen Verfahren

Manfred Brüggemann 89-9 64 54

5.4 Amtsvormundschaft

Matthias Ditges 89-9 89 33

5.5 Jugend- und Elternberatungsdienst

Eva-Marie Buch 89-9 53 81

5.6 Beistandschaften

Melanie Günther 89-9 89 10



4. Personal des Jugendamtes

Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter										
Abteilung	2008		2007		2006		2005		2004	
	Anzahl	%								
51/0	13	0,6%	7	0,4%	5	0,3%	5	0,3%	6	0,3%
51/1	47	2,3%	54	2,8%	57	3,1%	56	3,2%	53	3,1%
51/2	1.320	64,1%	1.218	64,1%	1.174	64,1%	1.146	65,0%	1.100	63,8%
51/3	278	13,5%	253	13,3%	223	12,2%	182	10,3%	175	10,2%
51/4	124	6,0%	116	6,1%	121	6,6%	119	6,7%	106	6,1%
51/5	278	13,5%	251	13,2%	252	13,7%	256	14,5%	284	16,5%
Gesamt	2.060		1.899		1.832		1.764		1.724	

Aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Geschlecht		
Abteilung	Männlich	Weiblich
51/0	7	6
51/1	28	19
51/2	32	1.288
51/3	98	180
51/4	36	88
51/5	83	195
Gesamt 2008	284	1.776
%	13,8%	86,2%
Gesamt 2007	288	1.611
%	15,2%	84,8%
Gesamt 2006	288	1.544
%	15,7%	84,3%
Gesamt 2005	273	1.491
%	15,5%	84,5%

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Leitungsfunktion (Amt-, Abteilungs-, Sachgebietsleitung, Einrichtungsleitung u. Stellvertretung, Teamleitung)		
Abteilung	Männlich	Weiblich
51/0	3	
51/1	7	
51/2	9	203
51/3	40	20
51/4	12	8
51/5	17	14
Gesamt 2008	88	245
%	26,4%	73,6%
Gesamt 2007	88	237
%	27,1%	72,9%
Gesamt 2006	83	225
%	26,9%	73,1%
Gesamt 2005	83	223
%	27,1%	72,9%

Professionen im Jugendamt mit der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		
Profession	Anzahl	%-Anteil
Erzieher/in, Angestellte im Erziehungsdienst	935	45,4%
Diplom-Sozialarbeiter/in, Diplom-Sozialpädagoge/in	400	19,4%
Kinderpfleger/in, Hilfskraft im Erziehungsdienst,	375	18,2%
Kinderkrankenschwester	15	0,7%
Verwaltung	183	8,9%
Küchenhilfen, Hauswirtschaftliche Kräfte	71	3,4%
Therapeutische Kräfte	29	1,4%
Assistentinnen und Assistenten	28	1,4%
Sonstige Kräfte	24	1,2%



Altersdurchschnitt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Professionen					
Profession	2008	2007	2006	2005	2004
Erzieher/in	39,0	39,1	38,8	37,8	37,2
Sozialarbeiter/in	49,9	50,0	50,2	49,0	48,5
Sozialpädagoge/in	45,9	46,8	46,3	45,6	44,9
Kinderpfleger/in	34,5	34,4	35,0	34,2	33,0
Verwaltung	44,5	43,9	44,0	43,7	42,9
Küchenhilfe	48,1	47,5	47,2	46,3	45,0
Insgesamt:	41,2	41,3	41,3	40,6	40,0

Aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Anstellungsverhältnis			
Abteilung	Angestellte	Beamte	Insgesamt
51/0	7	6	13
51/1	22	25	47
51/2	1.282	38	1.320
51/3	268	10	278
51/4	122	2	124
51/5	230	48	278
Gesamt 2008	1.931	129	2.060
%	93,7%	6,3%	
Gesamt 2007	1.771	124	1.899
%	93,3%	6,5%	
Gesamt 2006	1.712	120	1.832
%	93,4%	6,6%	
Gesamt 2005	1.652	112	1.764
%	93,7%	6,3%	
Gesamt 2004	1.603	121	1.724
%	93,0%	7,0%	

Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter										
Abteilung	2008		2007		2006		2005		2004	
	Teilzeit	Vollzeit								
51/0	2	11	0	7	1	4	2	3	1	5
51/1	10	37	10	44	11	46	11	45	10	43
51/2	410	910	386	832	358	816	336	810	277	823
51/3	151	127	127	126	110	113	76	106	66	109
51/4	44	80	36	80	36	85	32	87	22	84
51/5	75	203	70	181	71	181	72	184	83	201
Gesamt	692	1368	629	1.270	587	1.245	529	1.235	459	1.265
%	33,6%	68,5%	33,1%	66,9%	32,0%	68,0%	30,0%	70,0%	26,6%	73,4%



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Zugehörigkeit zum Jugendamt					
Abteilung	bis 5 Jahre	5 - 10 Jahre	10 - 20 Jahre	20 -30 Jahre	über 30 Jahre
51/0	4	0	5	2	2
51/1	8	6	18	10	5
51/2	425	322	411	127	35
51/3	110	56	67	30	15
51/4	45	15	32	22	10
51/5	68	25	63	88	34
Gesamt 2008	660	424	596	279	101
%	34,8%	22,3%	31,4%	14,7%	5,3%
Gesamt 2007	542	421	589	261	86
%	28,5%	22,2%	31,0%	13,7%	4,5%
Gesamt 2006	523	441	528	261	79
%	28,5%	24,1%	28,8%	14,3%	4,3%
Gesamt 2005	620	321	512	250	62
%	35,1%	18,2%	29,0%	14,2%	3,5%

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit / BEurolaubung								
	Erzieher/innen	Sozialarbeiter/Sozialpädagogen	Verwaltung	Sonstige	Gesamt 2008	Gesamt 2007	Gesamt 2006	Gesamt 2005
51/0	0	0	0	0	0	0	0	0
51/1	0	0	2	0	2	2	3	3
51/2	141	1	6	56	204	202	204	203
51/3	3	12	2	6	23	26	25	22
51/4	10	9	1	4	24	27	25	27
51/5	1	14	14	7	36	35	37	37
Gesamt 2008	155	36	25	73	289			
Gesamt 2007	156	38	22	76	292			
Gesamt 2006	160	38	25	71	294			
Gesamt 2005	159	39	25	69	292			

Veränderungen im Jugendamt					
	2008	2007	2006	2005	2004
Zugänge	281	170	129	116	104
Abgänge	133*	121*	42	36	25

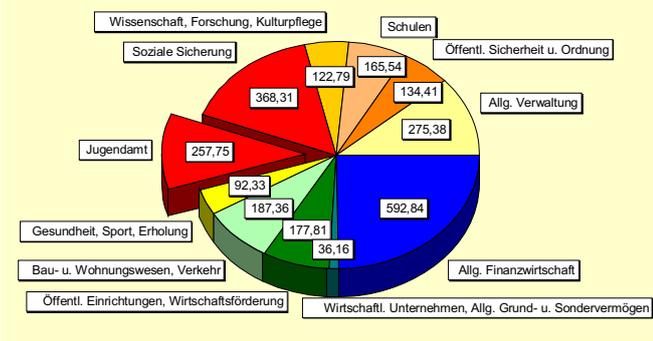
* inklusive Auslauf von befristeten Arbeitsverträgen

5. Haushalt des Jugendamtes

Der hohe Stellenwert von Kindern, Jugendlichen und Familien in Düsseldorf spiegelt sich in den Etatdaten des Jugendamtes wider. 257,8 Millionen Euro Ausgaben wurden 2008 im Jugendamtsetat eingeplant.

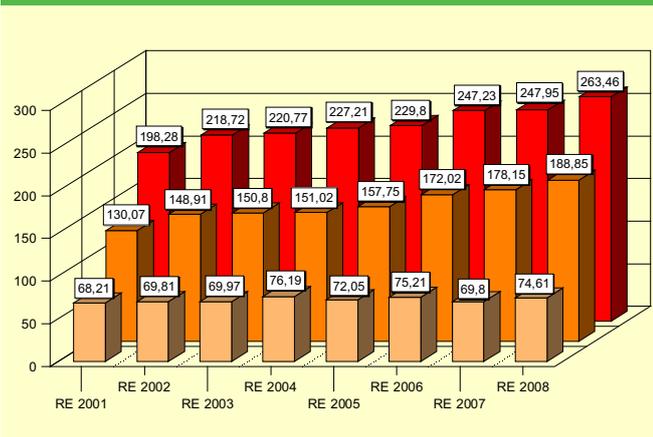
Gesamtausgaben Verwaltungshaushalt 2008

Gesamtstädtischer Verwaltungsetat nach Aufgabenbereichen



Es entfielen damit knapp 12 Prozent der gesamtstädtischen Mittel des Verwaltungshaushalts auf das Jugendamt - in Vorjahren waren es noch bis zu 11 Prozent.

Etatentwicklung ab 2001



Rund 263,4 Millionen Euro wurden 2008 tatsächlich verausgabt. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen von geplanten 72,7 Millionen Euro auf 74,6 Millionen Euro. Der Anteil der Einnahmen an den Ausgaben fiel dennoch wie erstmals im Jahre 2006 auf unter 30 Prozent (28,3 Prozent). 188,9 Millionen Euro mussten deshalb aus dem gesamtstädtischen Etat finanziert werden.

In allen Fachbereichen des Jugendamtes stiegen trotz höherer Einnahmen die Zuschussanteile. Bei den Kindertageseinrichtungen waren es im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich 3,7 Millionen Euro, obwohl aufgrund höherer Landeszuweisungen Mehreinnahmen von 4,6 Millionen Euro erzielt wurden. Diesen stehen jedoch Mehrausgaben für Personal und Betriebskostenzuschüsse an freie Träger von 8,3 Millionen Euro gegenüber. Bei den Sozialen Diensten erhöhte sich der Zuschussbedarf durch weiter steigende Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung um insgesamt 2,6 Millionen Euro. In der Jugendförderung wuchs der Zuschussbedarf um 2,5 Millionen Euro, auch dort hauptsächlich bedingt durch höhere Personalausgaben und laufende Zuschüsse an freie Träger.

Im Vermögenshaushalt wurden 7,8 Millionen Euro für investive Maßnahmen aufgewendet, denen nahezu keine Einnahmen gegenüberstehen. 6,5 Millionen Euro flossen davon in Bau und Unterhaltung von Kindertageseinrichtungen, weitere 0,5 Millionen Euro in die Einrichtungen der Jugendarbeit und 0,5 Millionen Euro in die Bürgerhäuser.



6. Zuschüsse und Zuwendungen an freie Träger

1. Rahmen- und Einzelverträge
 - 1.1 Betreuung von Erwachsenen
 - 1.2 Tagespflege
 - 1.3 Jugendförderung
 - 1.4 Erzieherische Hilfen
 - 1.5 Amtsvormundschaften- und pflegschaften
2. Einzelvereinbarungen
 - 2.1 Jugendgerichtshilfe
3. Zuschüsse

1. Rahmen- und Einzelverträge

Im Juli 2007 wurde mit der Arbeitsgemeinschaft Düsseldorfer Wohlfahrtsverbände für die Jahre 2008 bis 2012 der 3. Rahmenvertrag über die Sicherung von sozialen Diensten und Aufgaben abgeschlossen.

Mit dem aktuellen Rahmenvertrag wurden die bisherigen Ergebnisse aufgegriffen, die Zusammenarbeit weiter ausgebaut und folgende Anpassungen vorgenommen:

- Die Finanzierung erfolgt als Festbetrag beziehungsweise Fallpauschale. Dies beinhaltet die Neustrukturierung der Stellenfinanzierung nach TVöD sowie Differenzierung nach Personal- und Sachkosten. Die Personalkostenfinan-

zierung richtet sich gemäß den tarifrechtlichen Merkmalen nach der jeweiligen Entgeltgruppe.

- Die Zuschussbereiche Jugendsozialarbeit, Unterstützung von Projektarbeit und Präventionsmaßnahmen wurden in den Rahmenbetrag einbezogen.
- Die Globaldotation wird zugunsten leistungsorientierter Aufgaben innerhalb der Laufzeit des Rahmenvertrages umgeschichtet.
- Jeder Träger erhält nur einen Einzelvertrag, der alle Produkt- und Aufgabenbeschreibungen beinhaltet.

Alle auf Basis des Rahmenvertrages zu erstellenden Einzelverträge sowie Produkt- und Aufgabenbeschreibungen wurden mit den einzelnen Trägern verhandelt und wurden Anfang 2009 unterzeichnet. Die erforderlichen Verschiebungen von Finanzmitteln erfolgen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel des Rahmenvertrages.

Insgesamt wurden im Jahr 2008 Zuwendungen in Höhe von 22.477.483 EUR gezahlt. Die Gesamtsumme 2008 verteilt sich auf die einzelnen Arbeitsfelder wie folgt:

1.1 Betreuung von Erwachsenen				
Träger	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO	57.980	60.387	59.495	83.595
Diakonie	176.250	174.123	171.550	242.741
DPWV	38.250	37.788	37.230	100.200
DRK	55.500	54.830	54.020	78.209
SKFM	129.375	27.415	27.010	39.960
Lebenshilfe	27.750	127.814	125.925	204.435
Summe	485.105	482.357	475.230	749.140
Veränderung	2.748	7.128	-273.910	

Absenkung der Fallpauschale von 736 Euro auf 360 Euro/Jahr in 2005/2006 durch eine geänderte Abrechnung mit der Justizkasse.

1.2 Tagespflege				
Träger	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO (Vertrag seit 09/05)	66.710	65.802	64.830	21.295
Diakonie (Vertrag seit 01/03)	200.130	197.406	194.488	191.656
VAMV e.V. (Vertrag seit 08/04)	66.710	65.802	64.830	63.885
SKFM (Vertrag seit 01/07)	66.710	65.802		
Summe	400.260	394.812	324.148	276.836
Veränderung	5.448	70.664	47.312	

Die Finanzierung erfolgt auf der Basis von einzusetzenden Planstellen der Träger mit hinterlegten Fallzahlen (Personalförderung mit Kennzahl: 1 zu 60 Fälle)

1.3 Jugendförderung					
Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
ASP Eller e.V.	Offene Kinder- und Jugendarbeit	84.412	83.263	79.579	73.214
ASP Oberkassel e.V.	Offene Kinder- und Jugendarbeit	109.849	108.142	106.544	104.969
AWO	Kinder- und Jugendberufshilfen	2.250	2.250	2.250	2.250
	Schulaufgaben- und Integrationshilfen				20.701
	Offene Kinder- und Jugendarbeit	464.772	454.376	443.799	416.554
	Betreuung von Spielplätzen	1.960	1.933	1.904	1.876
	Jugendschutz	109.283	107.795	106.202	104.633
	Aktionen und Projekte	1.248	1.231	1.213	1.159
BDKJ	Kinder- und Jugendberufshilfen	142.650	106.695	106.695	106.695
	Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte	24.329	23.998	23.643	23.294
	Aktionen und Projekte	6.131	6.048	5.959	5.871
	Geschäftsstelle	22.643	19.894	19.600	19.310
BdP- Horst Düsseldorf	Kinder- und Jugendberufshilfen	8.271	8.271	8.271	8.271
	Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte	567	559	551	543
	Aktionen, Projekte und Geschäftsstelle	399	394	388	382
Caritas	Kinder- und Jugendberufshilfen	92.250	110.250	110.250	86.400
	Schulaufgaben- und Integrationshilfen	13.808	13.620	13.419	13.221
DGB	Jugendorganisation/ Geschäftsstelle	25.442	25.096	24.725	24.360



Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
DRK	Offene Kinder- und Jugendarbeit	250.122	246.047	238.401	229.189
	Jugendorganisation/ Geschäftsstelle	848	836	824	812
Diakonie	Schulaufgaben- und Integrationshilfen	107.608	122.560	122.560	161.525
	Jugendschutz	179.770	177.323	174.702	172.120
AGB	Offene Kinder- und Jugendarbeit	124.811	107.774	121.293	117.983
	Kommunizierendes Dreieck, Gemeinwesenarbeit	42.885	42.301	41.676	41.060
AGB - SWT	Betrieb von soziokulturellen Einrichtungen	263.584	254.748	250.983	247.274
AKKI	Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit	454.634	448.445	441.818	281.399
Kinderschutzbund	Schulaufgaben- und Integrationshilfen	19.746	38.299	37.733	37.175
	Sondermittel Rath	9.542			
Evangelisches Jugendreferat	Kinder- und Jugendberufshilfen	80.802	98.757	98.757	64.286
	Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte	11.829	11.668	11.496	11.326
	Aktionen und Projekte	8.921	8.800	8.670	8.542
	Geschäftsstelle	13.979	16.229	15.989	15.753
Trägerverbund der evangelischen OT *	„Offene Kinder- und Jugendarbeit 16 Einrichtungen	1.468.241	1.362.796	1.256.086	1.148.813
Falkenheime	Offene Kinder- und Jugendarbeit	151.834	147.711	143.607	140.131
Haus Spilles	Offene Kinder- und Jugendarbeit	220.101	217.105	213.897	210.574
Graue Reiter	Kinder- und Jugendberufshilfen	1.422			
	Jugendorganisation/ Geschäftsstelle	347			
Jüdische Gemeinde	Aktionen und Projekte		42.279	47.151 vornotiert	
Jugendzentrum Eller	Offene Kinder- und Jugendarbeit	83.880	62.847	61.918	77.057
Jugendring	Betrieb Haus der Jugend, Jugendorganisation/ Geschäftsstelle, Aktionen und Projekte	165.466	97.589	96.147	94.726
	Düsseldorfer Appell	78.097	77.034	75.896	74.774
	Fan-Arbeit	50.000	50.000	50.000	50.000



Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
Kreativitätsschule	Aktionen und Projekte	11.293	11.139	10.974	10.812
Träger katholischer OT/TOT *	Offene Kinder- und Jugendarbeit 6 Einrichtungen	617.279	720.685	676.509	623.227
SKFM *	Offene Kinder- und Jugendarbeit	134.285	132.457		
SJD Die Falken	Kinder- und Jugendherholungsmaßnahmen	32.292	32.292	32.292	28.737
	Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte	8.455	8.340	8.217	8.096
	Aktionen und Projekte	7.143	7.046	7.046	13.258
	Jugendorganisation/ Geschäftstelle	8.447	8.332	8.209	8.088
Spieलोase	Offene Kinder- und Jugendarbeit	38.009	32.560	32.079	29.841
Stadt sportbund	Sportaktionsbus	150.000	150.000	150.000	150.000
Summe		5.905.936	5.767.299	5.491.681	5.114.314
Veränderung		138.637	275.618	377.367	248.053

* Die Veränderungen basieren auf der Zielsetzung des Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplans

1.4 Erzieherische Hilfen

Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
ASG	Eltern- und Familienbildung	346.289	310.883	306.289	203.270
AWO	Umweltschutzprojekt	53.524	52.795	52.015	51.258
	Familienerholung	66.905	65.994	65.019	64.072
	Rather Modell inkl. Mietkosten	105.456			
	Treffpunkt Werkstatt	96.800			
	Jugendarbeitslosigkeit	1.000.000			
	Projekte Jugendarbeitslosigkeit inkl. Fahrtkosten	350.644			
Caritas	Gemeinwesensozialarbeit Katherinenstraße		42.342	41.716	82.217
	Familienerholung	180.054	177.603	174.978	172.430
	Rather Modell inkl. Mietkosten	104.016			
	Projekte Jugendarbeitslosigkeit inkl. Fahrtkosten	259.553			
Diakonie	Übergang Schule/Beruf	160.104	157.925	97.675	71.966
	Adoptionsdienst	68.938	68.000	66.995	66.020
	Pflegekinderdienst	157.360	155.218	152.924	150.697
	Bezirkssozialdienst	367.889	615.381	606.287	597.457
	Rather Modell inkl. Mietkosten	75.000			
	Trebecafe	213.000			



Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
Kinder- schutzbund	Allgemeine Beratungshilfen	133.771	131.950	130.000	117.865
	Begleiteter Umgang	38.866	38.337	37.771	37.213
	Müttercafe	16.000			
VAMV e.V.	Allgemeine Beratungshilfen	97.756	96.425	100.299	98.834
	Unterstützung in Notsituationen §20 SGB VIII	58.029	57.239	56.393	55.560
AGB e.V.	Allgemeine Beratungshilfen	48.878			
DRK	Projekt "Start ins Berufsleben inkl. Fahrtkosten	153.916			
efa	Eltern- u. Familienbildung (einschließlich afw seit 2005)	381.247	376.058	370.500	243.063
Evangelisches Krankenhaus	Kinderschutzambulanz			74.382	146.596
JBH gGmbH	Jugendarbeitslosigkeit	1.000.000			
	Rather Modell inkl. Mietkosten (ab 08.2008)	42.092			
	Jugendwerkstätten einschl. Profiling inklusive Tagegeld und Fahrtkosten	1.437.251			
	Stadtteilbezogene Projekte	233.485			
	Umweltschutzprojekt (ab 09.2008)	17.841			
Kaisers- werther Diakonie	Allgemeine Beratungshilfen inklusive Familien-in- Not-Telefon	58.278			
HELL GA e.V.	Allgemeine Beratungshilfen	97.756			
Pro Mädchen	Beratungsstelle	161.642	159.442	157.085	154.798
SKFM	Bezirkssozialdienst, Tren- nungs-/Scheidungsberatung; Mitwirkung Verfahren Vormundschaft- und Familiengericht	143.891	340.635	335.601	330.713
	Adoptionsdienst	20.125	19.851	19.558	19.273
	Pflegekinderdienst	65.674	64.780	63.822,00	62.893
	Knackpunkt	277.800			
Trotzdem e.V.	Rather Modell inklusive Mietkosten (bis Juli 2008)	63.020			
Summe		8.152.849	2.930.858	2.909.309	2.608.330
Veränderung		5.221.991	21.549	300.979	

- Jugendsozialarbeit (Jugendarbeitslosigkeit, Jugendwerkstätten, Rather Modell, Projekte) wurde auf Zuwendung gemäß Rahmen- und Einzelvertrag umgestellt
- Jugendgerichtshilfe
- Amtsvormundschaften/-Pflegerfamilien werden als öffentlich-rechtliche Verträge (Übertragung von Aufgaben nach '76 SGB VIII) dargestellt"



1.4.1 Schulsozialarbeit					
Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO	Schulsozialarbeit an Haupt/ Förderschulen	400.260	394.811	388.976	383.312
	Schulsozialarbeit Grundschulen	200.130	197.406	234.320	357.572
Caritas	Schulsozialarbeit an Haupt/ Förderschulen	669.880	592.218	518.635	511.082
	Schulsozialarbeit an Grundschulen	33.355	32.901	10.805	./.
Diakonie	Schulsozialarbeit an Haupt/ Förderschulen	400.260	394.812	443.001	447.197
	Schulsozialarbeit an Grundschulen	98.675	32.901	10.805	./.
IN VIA	Schulsozialarbeit an Haupt/ Förderschulen	133.420			
Summe		1.935.980	1.645.049	1.606.542	1.699.163

Ausbau der Schulsozialarbeit und Umschichtungen zwischen einzelnen Trägern

1.4.2 Erziehungsberatungsstellen					
Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO	Erziehungsberatungsstellen inklusive Täter-Opfer- Ausgleich, Täterarbeit	1.140.091	1.092.021	1.075.882	1.060.214
Caritas	Erziehungsberatungsstelle, institutionelle Beratung	333.611	206.728	203.672	88.675
Diakonie	Erziehungsberatungsstelle, Täterarbeit einschl. Kirchen- kreisverband ab 2007	1.003.957	953.550	366.498	361.160
Kirchen- kreisverband	Erziehungsberatungsstelle	s. Diakonie	s. Diakonie	574.143	486.946
kath. Gemeinde- verband	Erziehungsberatungsstelle	84.567	83.416	82.184	80.987
SKFM	Jugendberatungsstelle inklusive Täter-Opfer-Ausgleich	217.928	116.259	114.541	112.873
Summe		2.780.154	2.451.974	2.416.920	2.190.855
Veränderung		328.180	35.054	226.065	



1.4.3 Eltern-/ Familienbildung					
Träger	Arbeitsfeld	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO	Eltern- und Familienbildung, Familientreff	874.527	914.527	954.527	980.043
Caritas	Elternbildung/Stadtteiltreff Rath und Don-Bosco-Stiftung (einschl. Sinti-Projekt)	146.634	144.638	64.830	63.885
Diakonie	Elternbildung/Stadtteiltreffs	365.297	360.325	355.000	420.619
DRK	Eltern- und Familienbildung, Stadtteiltreffs	195.511	192.850	190.000	112.515
SKFM	Eltern- und Familienbildung/ Stadtteiltreff	66.710	65.802	95.000	102.515
Summe		1.648.679	1.678.142	1.659.357	1.679.577
Veränderung		-29.463	18.785	-20.220	

1.5 Amtsvormundschaften- und pflegschaften				
Träger	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
Diakonie	335.984	331.800,00	360.360,00	311.850,00
SKFM	192.216	189.600,00	187.200,00	93.555,00
Summe	528.200	521.400	547.560	405.405
Veränderung	6.800	-26.160	142.155	5.331

Veränderung Neuausrichtung der Finanzierung und Erhöhung der Fallzahl beim SKFM in 2006.

2. Einzelvereinbarungen

2.1 Jugendgerichtshilfe				
Träger	Zuwendung 2008	Zuwendung 2007	Zuwendung 2006	Zuwendung 2005
AWO	290.720	290.720	290.720	271.523
Diakonie	139.840	139.840	139.840	127.036
DPWV	209.760	209.760	209.760	111.344
SKFM				34.338
(bis 31. August 2005, Umstieg in das Arbeitsfeld Vormundschaften/Pflegschaften)				
Summe	640.320	640.320	640.320	544.241
Veränderung			96.079	-1.561

Veränderung der finanziellen Abrechnung: Pauschale von 736 Euro/Jahr je Neufall sank auf 360 Euro/Jahr



3. Zuschüsse

Neben den Zuwendungen auf der Grundlage des Rahmenvertrages und den dazugehörigen Einzel- beziehungsweise Zuwendungsverträgen werden im Jugendamt nach wie vor Zuschüsse auf der Basis von

- gesetzlichen Bestimmungen
- Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses in Form von Betriebskostenzuschüssen gezahlt. Diese Zuschüsse sind für den Erhalt und den laufenden Betrieb der jeweiligen Einrichtungen zu verwenden.

Im Jahr 2008 wurden für das Jugendamt insgesamt Zuschüsse in Höhe von 72,8 Millionen Euro gezahlt. Hiervon entfällt mit einer Summe von 71,4 Millionen Euro der Hauptanteil auf die Betriebskostenzuschüsse nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen (GTK) und ab 1. August 2008 als Zuschüsse nach dem Kinderbildungsgesetz (Kibiz).

Die übrigen Zuschüsse im Jugendamt in Höhe von 1,4 Millionen Euro entfallen schwerpunktmäßig auf folgende Bereiche:

- Präventionsmaßnahmen 340.000 Euro
- Zuschüsse zum Erhalt und Betrieb von Einrichtungen 710.000 Euro
- Unterstützung von Projektarbeit 350.000 Euro

Die auf der Basis von jährlichen Bewilligungsbescheiden gezahlten Zuschüsse enthalten, auch bei mehr- beziehungsweise längerfristigen Projekten und Maßnahmen, keine prozentualen Erhöhungen. Veränderungen basieren grundsätzlich auf Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses beziehungsweise des Rates im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes.



7. Politisches Controlling

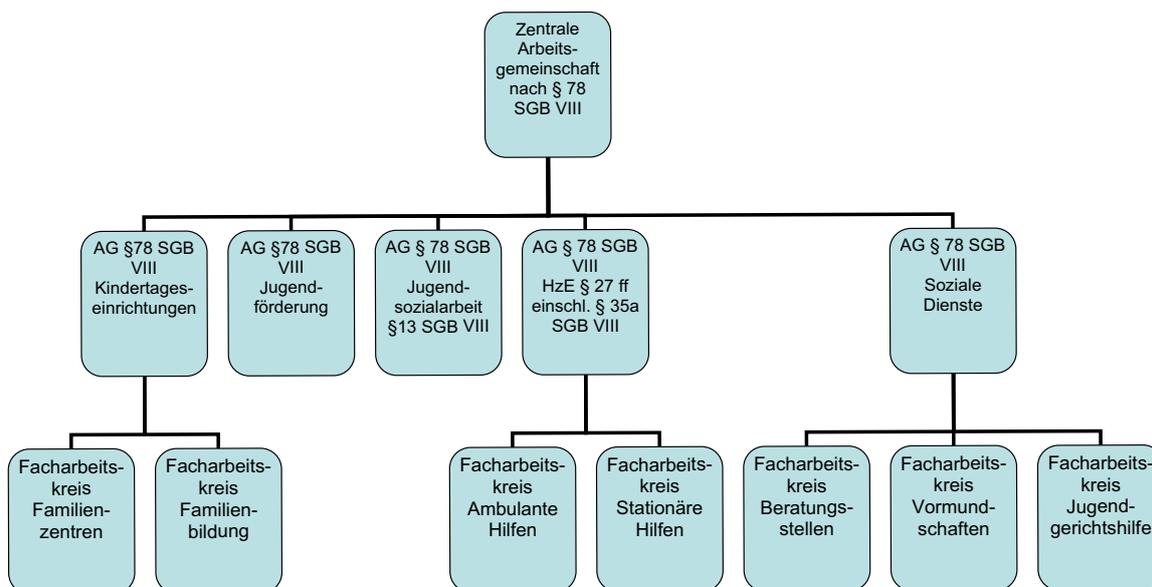
Der Jugendhilfeausschuss hat das Instrument des politischen Controllings eingeführt. In regelmäßigen Sachberichten erhält der Jugendhilfeausschuss eine Übersicht über Zuwendungen und Zuschüsse in der Jugendhilfe, Leistungen aus den Stadtbezirksfonds, Leistungs- und Finanzkennzahlen zu den Deckungsringen Tageseinrichtungen für Kinder sowie Erzieherische Hilfen und eine Übersicht zu Mittelvergaben für Präventionsprojekte. Daneben werden Zielvereinbarungen für die Fachbereiche der Jugendhilfe verabschiedet.

Für die Arbeitsfelder Kindertageseinrichtungen/ Tagespflege, Jugendförderung und Hilfen zur Erziehung sind dem Jugendhilfeausschuss alle vier Monate Controllingberichte vorzulegen. Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sind auf- und auszuführen.

Mit dem Instrument des politischen Controllings hat der Jugendhilfeausschuss die Chance genutzt, zentrale Vorgaben zu machen und die Arbeit der Verwaltung und der freien Träger nicht nur über die Haushaltsdiskussion zu beeinflussen, sondern durch eine unterjährige Beratung auf der Grundlage der Berichterstattung.

Für die Verwaltung des Jugendamtes ergeben sich hierdurch klare Vorgaben, die die Prozesse „Führen über Ziele“ innerhalb des Jugendamtes unterstützen.

Organigramm der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII im Jahr 2008





Tageseinrichtungen für Kinder – Auf einen Blick

Tageseinrichtungen in Düsseldorf (ohne geförderte Spielgruppen, Sondereinrichtungen und privatgewerbliche Einrichtungen)			
	2008/2009	2007/2008	2006/2007
Anzahl der Tageseinrichtungen	312	308	303
Plätze insgesamt	18.529	18.174	18.273

Plätze für Kinder im Alter von 4 Monaten bis unter 3 Jahren			
	2008/2009	2007/2008	2006/2007
Kinder von 4 Monaten bis unter 3 Jahren	13.769	13.769	13.868
Platzangebot	3.295	2.209	1.804
Versorgungsquote	23,9%	16%	13%
Platzangebot in Tageseinrichtungen	2.225	1.121	900
davon betriebliche Plätze	205	72	44
Versorgungsquote: Tageseinrichtungen	16,2%	8,1%	6,5%
Platzangebot Spielgruppen und privatgewerbliche Einrichtungen	694	712	608
Platzangebot Tagespflege	376	376	296

Plätze für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt			
	2008/2009	2007/2008	2006/2007
Platzbedarf	15.508	15.620	15.466
Platzangebot	15.575	15.421	15.112
davon Plätze in Spielgruppen, Sondereinrichtungen und privatgewerblichen Einrichtungen	651	651	623
davon Einzelergänzungsplätze	406	377	462
davon Plätze in Ergänzungsgruppen	395	455	625
davon Tagesstättenplätze	-	10.824	10.065
davon Plätze für behinderte Kinder	319	299	299
davon betriebliche Plätze	422	376	346
Tagesstättenquote	-	70%	66,6%
Bedarfsdeckungsquote	100,4%	98,7 %	97,7 %

Plätze für Schulkinder in Tageseinrichtungen			
	2008/2009	2007/2008	2006/2007
Regelplätze	1.382	2.283	2.884
davon betriebliche Plätze	18	33	41

¹ Eine Erweiterung des Platzangebots in der Tagespflege 2008/2009 ist ebenfalls wahrscheinlich. Eine Zahl von 450 Plätzen wird angestrebt, aber nicht in dieser Darstellung und bei der Quotenberechnung berücksichtigt.



Kinder- und Jugendförderung

Mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 ist das Jugendamt an acht Standorten mit 36 Gruppen Kooperationspartner des Schulverwaltungsamtes im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule:

Träger	Schulstandort	Anzahl Gruppen
JFE Velberter Straße	KGS Höhenstraße	5 Gruppen
JFE In der Donk	GGs Am Köhnen	2 Gruppen
	GGs Buchenstraße	2 Gruppen
JFE Kamperstraße	GGs Walther-Rathenau-Straße	3 Gruppen
JFE Schießstraße	GGs Wickrather Straße	3 Gruppen
JFE Malmedyer Straße	GGs Heerdter Landstraße	6 Gruppen
JFE Ekkehardstraße	GGs Rather Kreuzweg	2 Gruppen
51/3	GGs Helmholzstraße	8 Gruppen
51/3	GGs Stoffeler Straße	5 Gruppen
	Gesamt:	36 Gruppen

Bildungsangebote Offene Ganztagschule

Neben den Kooperationsverträgen sind elf städtische Jugendfreizeiteinrichtungen Bildungsanbieter im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule. Für diese Arbeit erstattete das Schulverwaltungsamt 2008 in Summe 44.511,85 Euro.

Im Rahmen der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sind folgende städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen Leistungsanbieter:

- Nachmittagsangebote für 10 bis 14-Jährige
Standorte: Jugendfreizeiteinrichtungen Ammerweg, Franklinstr., Klosterstr., Lewitstr. und Ulmenstr.
- Betreuung von Schülerinnen und Schülern nach dem Unterricht (13-Plus)
Standorte: Jugendfreizeiteinrichtungen Ammerweg, Gräulinger Str., Hellweg, Klosterstr., Lewitstr. und Schirmerstr.
- Andere Betreuungsformen im Rahmen der Offenen Ganztagschule
Standorte:
JFE Malmedyer Str. - Vor- und Übermittagsbetreuung
JFE Ekkehardstr. – Sprachförderung und verlässlicher Mittagstisch
JFE Kamperstr. - Sprachförderung

Zu den Angeboten 1-3 gehen Landeszuweisungen und Zuweisungen des Schulverwaltungsamtes in Höhe von jährlich rund 142.700 Euro ein (pro Schuljahr).

Jugendinformationszentrum „zeTT“ - zentrale Tipps und Themen für alle Jugendliche

Das Jugendinformationszentrum ist in zentraler Stadtlage auf die Zielgruppe der 12 bis 21-Jährigen Mädchen und Jungen aus Düsseldorf und Umgebung ausgerichtet. Zu den Aufgaben der Arbeit zählen:

- Informationen zu Jugendangeboten in der Stadt (Freizeit, Schule, Ausbildung) geben
- politisches oder soziales Engagement fördern
- Anlaufstelle bei Problemen

Kontakte zum zeTT in der Zeit vom 2. April – 31. Dezember 2008

Gesamt:	3.645
davon Kontakte vor Ort:	3.044
■ Anteil Besucherinnen:	56 Prozent
■ Anteil männliche Besucher:	44 Prozent
■ Anteil Jugendliche an 3.645:	58,1 Prozent
■ Anteil Eltern:	24,5 Prozent
■ Anteil Multiplikatoren:	17,4 Prozent



Umgesetzte Maßnahmen (alle Maßnahmen umgesetzt)				
Pos.	Thema	Jahr 2007	JHA	Jahr 2008
1b	Festschreibung der Etatan-sätze 2006 - 2009 bei den Positionen 4510 71844 - Zu-schüsse gem. Rahmenvertrag und 4600 71842 - Betrieb von Heimen der offenen Tür	jährlich zuzüglich 1,5%	17.01.2006 - Ö Vorlagen-Nr. 51/8/2006	Positionen sehen Fortschrei-bung um 1,38% vor.
3	Schrittweise Absenkung des Eigenmittelanteils Freier Träger der Jugendhilfe auf maximal 25% der anerken-nungsfähigen Betriebskosten von Offenen Türen bis 2009	85.000 Euro	11.01.2008 51/3/2008	weitere 60.000 Euro zur Senkung EM-Quote auf max. 25% der anerken-nungsfähigen Betriebskosten.
4	Förderung der Jugendver-bandsarbeit für 3 Jahre durch drei neue Vollzeitstellen für Bildungsreferenten	2 Stellen 100.000 Euro	21.03.2006 - Ö Vorlagen-Nr. 51/41/2006	3 Stellen. 150.000 Euro Stellen sind besetzt.
5	Förderung der Personalent-wicklung durch Aus- und Fortbildung durch Erhö-hung der entsprechenden Etatansätze. Die Mittel sind im Haushalt 2006 und der Finanzplanung 2007 - 2009 etatisiert	5.000 Euro		weitere 2.000 Euro im Ansatz der Pos. 4600 56200 – Öffnung der Angebote für Freie Träger
6	Auflage einer Broschüre Düsseldorf zu den außer-örtlichen Ferienangeboten für Kinder und Jugendliche	4.000 Euro		4.000 Euro im Ansatz der Pos. 4510 57512 – Öffentlichkeits-arbeit Ferienangebote
7	Fortsetzung der Fachtagun-gen im Arbeitsfeld Jugend-förderung und Jugendschutz mit zwei Veranstaltungen pro Jahr	Es haben 2 Veranstaltungen stattgefunden		Es haben 2 Veranstaltungen stattgefunden
8	Einrichtung eines Jugend-Info-Centers			Das Jugend-Info-Center wurde am 02. 04.08 eröffnet
9	Umsetzung des Standards für Honorare und pädagogische Sachkosten mit je 5.000 Euro je hauptamtlicher pädagogi-scher Fachkraft.	50.000 Euro	11. 01.2008 51/3/2008	siehe Vorlage 51/3/2008 für JHA 11 Januar 08 – es werden weitere 50.000 Euro für Stan-dards Honorare und Sachkos-ten an OT-Träger vergeben.



Jugendsozialarbeit

Aufgaben in diesem Arbeitsfeld:

Jugendberufshilfe

- Beratung/Übergang Schule–Beruf
- Angebote/Maßnahmen

Schulsozialarbeit

- Haupt- und Förderschulen
- Grundschulen

Rather Modell/Schulverweigerung

Jugendwohnen

Prävention und Intervention für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Lebensmittelpunkt auf der Straße.

Jugendberufshilfe

- Beratung/Übergang Schule – Beruf

Das Jugendamt verfolgt zusammen mit dem Caritasverband und der Diakonie mit der Beratung im Übergang Schule–Beruf das Ziel, dass alle Haupt- und Gesamtschulen flächendeckend erreicht werden und an den Berufskollegs alle Klassen des Berufsorientierungsjahres für Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss an einer allgemeinbildenden Schule. Darüber hinaus konzentriert sich das Angebot „Step by Step“ des Berufsbildungszentrum AWO, das auf einer eigenen, anderen Grundlage arbeitet, in erster Linie auf die Förderschulen.

Dem Übergang Schule–Beruf liegt ein Konzept der Beratung und Begleitung vor allem von Schülerinnen und Schülern zugrunde, die die Schule ohne qualifizierten Schulabschluss verlassen (Frühabgängerinnen und Frühabgänger). Daneben können auch Schülerinnen und Schüler mit einem schlechten Abschluss zur Zielgruppe gehören.

Neben den Trägern ist auch das Jugendamt mit der Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang Schule–Beruf an insgesamt 14 Schulstandorten tätig, und zwar an neun Hauptschulen, zwei Gesamtschulen und drei Berufskollegs. Darüber hinaus bietet sie eine Beratung für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene an.

Zudem bildet sie seit dem 1. Oktober 2008 zusammen mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und dem Integrationsteam U 25 der ARGE das Jugend–Job–Center Plus am Standort Grafenberger Allee 300 (Gebäude der Agentur für Arbeit Düsseldorf). Damit ist die Beratung und Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre in Düsseldorf, die sich beruflich orientieren wollen und/oder einen Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplatz suchen, an einem Ort unter einem Dach konzentriert.



Beratung/Übergang Schule/ Beruf	31.12.2008				31.12.2007
	Summe	AWO BBZ Step by Step	Caritas	Diakonie	Summe

I. Finanzdaten

Zuschuss Stadt (Euro)	493.654	200.130	133.420	160.104*	454.034
Zuschuss Stadt in VZ-Stellen	7,0	3,0	2,0	2,0	7,0

II. Übergang Schule – Beruf

TeilnehmerInnenzahl insgesamt	1.475	111	984	380	1.124
Anzahl der Einzelgespräche	2.378	o.A.	969	1.409	1.737
Gruppenangebote in Unterrichtsstunden	915	o.A.	482	433	450
Infoveranstaltungen in Unterrichtsstunden	179	o.A.	56	123	58
Anzahl der Bildungsfahrten	63	o.A.	24	39	48

III. Weitervermittlung

Anzahl der Vermittlungen	749	48	328	373	444
davon in Beschäftigung	1	0	0	1	3
davon in Ausbildung	173	6	122	45	68
davon in Berufsvorbereitung	105	16	38	51	83
davon in Schule	391	12	161	218	268
davon in Sonstiges	79	14	7	58	22
Anzahl keine Vermittlung	28	3	18	7	120

*In diesem Betrag ist noch eine 0,5 VZ – Stelle für die Schülerfirma an der Alfred-Herrhausen-Schule enthalten.
o.A.: Step by Step verfolgt ein anderes Konzept; die Daten werden nicht erhoben.



Angebote/Maßnahmen

Im Arbeitsfeld Angebote und Maßnahmen der Jugendberufshilfe sind die Träger AWO BBZ, Jugendberufshilfe gGmbH, DRK und Caritas tätig. Sie bieten Maßnahmen der Berufsorientierung und -vorbereitung, außerbetrieblichen

Ausbildung, ausbildungsbegleitenden Hilfen und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II an. Die nachfolgende Statistik zeigt nur die geförderten Maßnahmen nach SGB III und SGB VIII auf:

Angebote/Maßnahmen Jugendberufshilfe	31.12.2008					31.12.2007
	Kennzahlen	Summe	AWO BBZ	Caritas	DRK	JBH
I. Finanzdaten						
Zuschuss Stadt (€)	4.128.959	1.153.058	133.420	161.574	2.680.907	4.217.647
Zuschuss Stadt in VZ-Stellen	4,0	*	2,0	2,0	*	4,0
II. Leistungsdaten insgesamt						
Platzzahl	1.192	660	50	25	457	1.044
TeilnehmerInnen	1.860	901	131	44	784	1.718
davon unter 21 Jahren	1.340	639	79	38	564	1.232
Verhältnis Platzzahl/ TeilnehmerInnen	1:1,6	1 :1,7	1:2,6	1:1,5	1:1,7	1:1,4
Anzahl Abbrecher	178	84	21	6	67	245
Abbruchquote	9,6%	9,3%	16,0%	13,6%	8,5%	14,3%
III. Weitervermittlung						
Anzahl der Vermittlungen	579	239	37	18	285	712
... in Beschäftigung 1. Arbeitsmarkt	168	97	7	9	55	200
... in Beschäftigung 2. Arbeitsmarkt (SGB II)	82	12	11	0	59	113
... in BaE (außerbetrieb- liche Ausbildung) (SGB III)	82	24	2	0	56	89
... in betriebliche Ausbildung	82	41	5	5	31	76
... in berufsvorb. Bildungs- maßnahme (SGB III)	16	3	8	0	5	20
... in Schule	57	26	4	0	27	82
... in Sonstiges	92	36	0	4	52	132
Anzahl keine Vermittlung	73	68	4	1	0	102
IV. TeilnehmerInnen noch in den Maßnahmen	1.030	510	69	19	432	659

* Gesamtfinanzierung



Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit umfasst eine Bündelung unterschiedlicher Aufgaben. Das SGB VIII fordert eine kooperative Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Professionen. Durch präventives Handeln, Lebensweltorientierung der pädagogischen Arbeit und das Prinzip der Freiwilligkeit der Annahme von individueller Hilfe arbeitet sie eng mit Schule und Familie zusammen.

Schulsozialarbeit erfasst alle 14 Hauptschulen, die zwölf Förderschulen sowie elf Grundschulen in Sozialräumen mit hohem Unterstützungsbedarf. Zum Ende des Jahres 2008 hat zusätzlich die Jugendberufshilfe gGmbH die Schulsozialarbeit mit einer halben Stelle am Heinrich-Hertz-Berufskolleg aufgenommen.

Schulsozialarbeit Grund-, Haupt- und Förderschulen	31.12.2008					31.12.2007
	Kennzahlen	Summe	Caritas	AWO	Diakonie	IN VIA
I. Finanzdaten						
Zuschuss Stadt (€)	1.935.980	703.235	600.390	498.935	133.420	1.801.170
Zuschuss Stadt in VZ-Stellen	30,0	11,0	9,0	8,0	2,0	27,0
II. Leistungsdaten						
Anzahl der Schulstandorte	37	13	12	10	2	31
Anzahl SchülerInnen	7.815	3.275	2.014	2.380	146	6.919
Anzahl der Einzelgespräche	5.200	1.945	1.749	1.189	317	5.071
Anzahl der Elterngespräche	2.627	813	681	887	246	2.480
Angebote im Unterricht (Stunden)	6.497	1.903	2.851	1.311	432	4.802
Gruppen- und Projektangebote in Stunden	10.131	3.027	4.360	2.280	464	8.131
III. Kooperationen						
Anzahl insgesamt	3.585	1.808	1.255	412	110	1.462
davon mit Kinder-/Jugendarbeit	749	421	240	73	15	233
davon mit Jugendsozialarbeit	485	289	135	48	13	145
davon mit Jugendgerichtshilfe	102	72	25	3	2	41
davon mit Jugend- und Erziehungsberatung	442	318	73	45	6	178
davon mit Bezirkssozialdiensten	487	171	228	64	24	352
davon mit Hilfen zur Erziehung	286	143	83	48	12	169
davon mit Familienbildung	169	15	130	24	0	69
davon mit Institutionen außerhalb der Jugendhilfe	865	379	341	107	38	275
IV. TeilnehmerInnen noch in den Maßnahmen	1.030	510	69	19	432	659



Rather Modell/Schulverweigerung

Das „Rather Modell“ ist ein niederschwelliges Angebot mit einem hohen Grad der Individualisierung, um den unterschiedlichen Ausgangslagen der Schulverweigerer gerecht zu werden. Die Gestaltung der einzelnen Projekte ist vielfältig und differenziert. Sie reicht vom präventiven Ansatz, um Schulverweigerung zu vermeiden, bis hin zu gezielten Angeboten für Schülerinnen und Schüler

mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das präventive Projekt findet an der Gemeinschaftshauptschule Graf-Recke-Straße statt, die drei anderen haben außerschulische Standorte.

Im Projekt „Halle 14“ hat es im Verlauf des Berichtsjahres einen Trägerwechsel gegeben. „Trotzdem e.V.“ hat zum 31. Juli 2008 die Trägerschaft aufgegeben und die Jugendberufshilfe gGmbH hat diese zum 1. August 2008 übernommen.

Rather Modell	31.12.2008						31.12.2007
Kennzahlen	Summe	AWO BBZ	Caritas	Diakonie	Trotzdem e.V. bis 31.07.	JBH gGmbH ab 01.08.	Summe

I. Finanzdaten

Zuschuss Stadt (Euro)	388.584	105.456	104.016	75.000	57.738	46.374	357.549
Zuschuss Stadt in VZ-Stellen	5,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	5,2
Drittmittel (LVR)	74.200						74.200
Geldwerte Drittmittel (Lehrer)	445.800						445.800

II. Leistungsdaten insgesamt

Platzzahl	100	20	25	30	25	25	94
TeilnehmerInnen	151	28	36	48	*	39	139
Verhältnis Platzzahl/TeilnehmerInnen	1:1,5	1:1,4	1:1,4	1:1,6		1:1,6	1:1,5
Anzahl Abbrecher	5	3	0	0		2	9
Abbruchquote	3,3%	10,7%	0%	0%		5,1%	6,5%

III. Weitervermittlung

Anzahl der Weitervermittlungen	41	7	4	26		4	58
davon in Ausbildung	0	0	0	0		0	1
davon in Berufsvorbereitung	11	5	3	0		3	14
davon in Schule	27	0	1	26		0	43
davon in SGB II-Maßnahmen	2	1	0	0		1	0
davon in Sonstiges	1	1	0	0		0	0
Keine Vermittlung	7	0	2	1		4	10

IV. TeilnehmerInnen noch in der Maßnahme

	98	18	30	21		29	62
--	----	----	----	----	--	----	----

* Die Daten von „Trotzdem e.V.“ sind in die Angaben der JBH gGmbH mit eingeflossen.



Jugendwohnen

Jugendwohnen ist eine eigenständige Hilfeform für junge Menschen. Jugendwohnen stellt Wohnraum mit sozialpädagogischer Begleitung für junge Menschen bereit. Es ist eine Kann-Leistung, die in Düsseldorf in Einzelfällen zur Anwendung kommen kann und bei der die Jugendhilfe die sozialpädagogische Betreuungsleistung über ein Entgelt aus Mitteln der Hilfen zur Erziehung finanziert.

Ziel des sozialpädagogisch begleiteten Wohnens ist es, junge Menschen durch Stärkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu einer eigenständigen und selbstbestimmten Lebensführung zu befähigen, durch die Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen die Möglichkeit zur Partizipation an allen Gesellschaftsbereichen zu erschließen und die gesellschaftliche Integration zu erreichen.

Das Kolpinghaus als Träger bietet insgesamt 36 Plätze an. 2008 haben 16 Jugendliche aus Düsseldorf dieses Angebot in Anspruch genommen.

Prävention und Intervention für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Lebensmittelpunkt auf der Straße

Die soziale (Wieder-) Eingliederung der jungen Menschen auf der Straße und ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ist das oberste Ziel der Düsseldorfer Projekte „KnackPunkt“, „TrebeCafé“ und „Treffpunkt & Werkstatt“.

Die Arbeit basiert auf der Akzeptanz ihrer derzeitigen Lebenssituation, denn gegenseitiges Vertrauen ist die Grundlage für eine weitergehende, veränderungsorientierte Zusammenarbeit.

Prävention u. Intervention Straße	31.12.2008				31.12.2007
	Summe	Treffpunkt Werkstatt AWO	TrebeCafé Diakonie	Knack-Punkt SKFM	Summe

I. Finanzdaten

Zuschuss Stadt (€)	587.600	96.800	213.000	277.800	590.800
Eigenmittel (€)	384.531		220.500	164.031	o.A.

II. Leistungsdaten insgesamt

Anzahl der Personen insgesamt	603	143	245	215	627
davon identifizierte Personen	515	143	221	151	476
davon Personen in Beratung	339	58	218	63	330

III. Altersstruktur (Personen in Beratung)

Anzahl bis 16 Jahre	54	0	53	1	9
Anzahl bis 21 Jahre	105	10	81	14	84
Anzahl über 21 Jahre	153	26	79	48	179
Keine Angabe	27	22	5	0	58



Kennzahlen	Summe	Treffpunkt Werkstatt AWO	TrebeCafé Diakonie	Knack- Punkt SKFM	Summe
------------	-------	--------------------------------	-----------------------	-------------------------	-------

IV. Kontakte (Personen in Beratung)

bis zu 5 Kontakte	188	47	134	7	179
5 bis zu 10 Kontakte	51	4	42	5	40
mehr als 10 Kontakte	100	7	42	51	111

V. Weitervermittlung (Personen in Beratung) Mehrfachnennungen möglich

Anzahl der Weitervermittlungen	424	145	174	105	425
davon Drogenhilfe	64	20	25	19	65
davon medizinische Hilfe	57	8	26	23	98
davon Jugendhilfe	18	8	5	5	28
davon Wohnungslosenhilfe	54	26	22	6	55
ARGE	76	31	22	23	75
davon andere Beratungsstellen	59	23	30	6	57
davon Sonstiges	96	29	44	23	47



Kinderhilfezentrum

Das derzeitige Leistungsspektrum des Kinderhilfezentrums umfasst

- Wohngruppen,
- Tagesgruppen
- stationäre Inobhutnahme
- Inobhutnahme bei geeigneten Personen und in Bereitschaftspflegestellen
- Betreutes Wohnen für Familien (stationär und ambulant)
- Pflegekinderdienst und Adoptionsvermittlung
- ambulante Hilfe zur Erziehung für Jugendliche/ Familien (kontraktierter Anbieter)
- Heilpädagogik, Diagnostik und Therapie (als Zusatzleistung für alle Angebote)
- Träger eines Betreuungsangebotes der Offenen Ganztagschule,
- Ambulante erzieherische Leistungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Für das Jahr 2008 war das wesentliche Ziel für das Kinderhilfezentrum die Einhaltung der Auslastungsquoten und die Kostendeckung. Um diese Ziele erreichen zu können, wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

1. Tagesaktuelles Belegungs- und Haushaltscontrolling
2. Neukonzeptionierung der Inobhutnahme orientiert an den Bedarfen
3. Eröffnung einer Außenstelle der Sonderschule für soziale und emotionale Entwicklung im Kinderhilfezentrum
4. Eröffnung einer weiteren Gruppe der Offenen Ganztagsgrundschule mit der Lenneschule
5. Qualifizierung der Mitarbeiter unter anderem bei der Familienarbeit und Diagnostik

Für den Zeitraum 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 konnte folgende durchschnittliche Belegung erreicht werden:

	kalkuliert:	Ergebnis
Stationär (Regelangebot)	94,5 %	98,5 %
Inobhutnahme (Intensivangebot)	80,0 %	89,1 %
Teilstationär	100,0 %	95,1 %
Ambulant	100,0 %	89,5 %

Da die Angebote auf die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien ausgerichtet wurden und die durchschnittliche Belegung beziehungsweise Auslastung ausreichend war, wurde die Kostendeckung erreicht. Bei Gesamtkosten von 7.751.921 Euro wurden 7.833.927 Euro aus Leistungsentgelten und durch Erstattungen (durchlaufende Posten wie Mieten, Verpflegung OGATA etc.) gedeckt. Daraus ergibt sich ein Betriebsergebnis von 82.006 Euro.

Für die fachliche Weiterentwicklung wurden 2008 insbesondere die folgenden Projekte und Maßnahmen durchgeführt:

- Fortsetzung des Partizipationsprojektes (Kinder und Jugendliche) gemeinsam mit der Fachhochschule Düsseldorf.
- Beteiligung am WIMES-Projekt (Wirkungsorientierte Steuerung von Hilfen zur Erziehung).
- Qualifizierung der Inobhutnahme bezüglich der aktuellen Bedarfe insbesondere bei besonders verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen, sowie Kleinkindern und Säuglingen; Planung und Vorbereitung einer Erweiterung und Differenzierung der Inobhutnahmegruppen.
- Umsetzung der Einzelbetreuungssettings für Kinder und Jugendliche, für die ein Gruppenangebot nicht geeignet ist.
- Hausinterne Fortbildungen zu aktuellen Themen und Herausforderungen (zum Beispiel Prävention sexueller Gewalt im Gruppenalltag, Sozialpädagogisches Fallverstehen, Familienaktivierung in der Heimerziehung, Erlebnispädagogik, Pädagogische Arbeit mit traumatisierten Kindern und vieles mehr).
- Qualifizierung einzelner MitarbeiterInnen durch längerfristige Zusatzausbildungen in Familientherapie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Traumaberatung, Tiergestützte Therapie/ Tiergestützte Pädagogik, Familiendiagnostik.
- Abschluss des Projektes zur betrieblichen Gesundheit mit dem Titel „Fit im Job – Gesundheit für MitarbeiterInnen und Kinder“ in Kooperation mit der Fachhochschule Düsseldorf, dem Betriebsarzt und der Technischen Arbeitssicherheit.



Hilfen zur Erziehung

Leistungsentwicklung

Die Fallzahl pro Monat (Mittelwert Hilfeempfänger, die Hilfe zur Erziehung erhalten) liegt in 2008 insgesamt bei 2.042 Hilfeempfängern. Bei den ambulanten Hilfen ist gegenüber der Planung 2008 eine Zunahme der Fallzahlen von 13,4 Prozent vorhanden. Die Steigerung bei den teilstationären und stationären Hilfen liegt bei 3 Prozent.

Fallzahlen ambulant und stationär			
Unterbringung *1	Fallzahl/Monat 2008 *2	Veränderung (Fallzahl/Monat)	
		zum Mittelwert 2007	zur Planung 2008
ambulant	943	+ 102 (841)	+ 121 (822)
stationär, teilstationär (ohne Kostenerstattung)	1.234	0 (1.234)	+ 46 (1.188)

*1 nicht HH-Stellen bezogen *2 Mittelwert Leistungsmonate

Belegung in stationären Angeboten (Düsseldorfer Einrichtungen mit denen das JA Düsseldorf Entgeltvereinbarungen nach §§ 78 ff. SGB VIII abgeschlossen hat.)		
Anzahl der Einrichtungen	stationäre Plätze	durchschnittliche Belegung (tatsächliche Belegung)
15	1.065	95 %

Fallbelastung BSD im Schwerpunkt Hilfe zur Erziehung (Fallzahlen pro Mitarbeiter/innen beruhen auf laufenden Hilfen zur Erziehung ohne Kinderschutzmeldungen + lfd. Verfahren ohne HzE)				
	Soll-Stellenplan	durchschnittliche Fallbelastung	Ist- Besetzung	durchschnittliche Fallbelastung
28.02.08	73	28	66	30
30.04.08	73	29	71	29
30.06.08	79	29	76	30
31.08.08	79	29	73	31
31.10.08	81	27	77	28
31.12.08	81	28	77	30



Hilfeempfänger nach Stadtbezirken (Auswertung für ambulant, stationär, teilstationär inkl. §19, 35a nach Zahlungen Januar-Dezember 2008 für die Leistungsmonate Januar -Dezember 2008)

	Minderjährig			Volljährig		
	Gesamt	davon Neufälle	beendet *1	Gesamt	davon Neufälle	beendet *1
Stadtbezirks- übergreifend	34	14	1	12	0	1
Stadtbezirk 1	179	38	11	22	2	4
Stadtbezirk 2	190	48	12	35	1	8
Stadtbezirk 3	332	78	19	46	2	12
Stadtbezirk 4	99	19	5	13	3	1
Stadtbezirk 5	50	7	4	3	1	0
Stadtbezirk 6	250	57	18	45	1	7
Stadtbezirk 7	157	43	6	27	1	2
Stadtbezirk 8	245	48	7	30	0	2
Stadtbezirk 9	346	72	19	53	1	6
Stadtbezirk 10	122	10	6	13	0	4
Stadt Gesamt *2	1.982	415	98	299	10	47

*1 Auswertung Hilfeempfänger in den Leistungsmonaten Januar bis Dezember 2007, für die 2008 keine Zahlungen erfolgten.

*2 Stadt Gesamt kann aufgrund Wohnungswechsel von der Summierung aller Stadtbezirke abweichen.

Kinderschutzmeldungen

Im Jahr 2008 sind 843 Kinderschutzmeldungen beim Bezirkssozialdienst eingegangen. In 445 Fällen war eine weitergehende Prüfung erforderlich.

Kinderschutzmeldungen nach Meldegruppen:

Dritte (ohne Angaben):	29 Prozent
Ordnungsbehörden:	16 Prozent
Familie:	12 Prozent
Schule:	12 Prozent
Jugendhilfe:	12 Prozent
Nachbarschaft:	10 Prozent
Medizin:	6 Prozent
Kindertagesstätten:	3 Prozent

Zuwendungen und Zuschüsse des Jugendamtes für das Jahr 2008

Im Jugendamt werden Zuschüsse und Zuwendungen aufgrund gesetzlicher Grundlage, durch entsprechenden politischen Beschluss, über Verträge oder als laufendes Geschäft der Verwaltung in den Abteilungen
 51/1 – Allgemeine Verwaltung (Betreuungsstelle)
 51/2 – Kindertageseinrichtungen
 51/3 – Jugendförderung
 51/5 – Soziale Dienste verwaltet.

Im Rahmen des politischen Controllings ist dem Jugendhilfeausschuss jeweils zum 31. März eines Jahres eine Auflistung aller Zuschüsse und vertraglich über Rahmen- und Einzelverträge finanzierten Leistungen vorzulegen.

Im Jahr 2008 wurden Mittel an insgesamt 568 Träger mit einem Gesamtvolumen von rund 94 Millionen Euro ausgezahlt.



8. Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Nach § 78 SGB VIII sollen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, die Träger geförderter Maßnahmen sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.

In der Sitzung vom 14. Juni 2005 hat der Jugendhilfeausschuss das Konzept der Verwaltung zur Bildung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG), sowie der Facharbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII mit der Geschäftsordnung beschlossen.

Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf dient insbesondere der Abstimmung von Jugendhilfe-

planungen sowie der fachlichen Unterstützung von Aufträgen des Jugendhilfeausschusses mit grundlegender Bedeutung. Außerdem werden dort besondere Projektaufträge an die übrigen Arbeitsgemeinschaften formuliert.

Die ZAG 78 verfolgt insbesondere nachfolgend genannte Ziele und Aufgaben:

- Sicherung einer kontinuierlichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe;
- Abstimmung von Angeboten mit dem Ziel einer Vernetzung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen;
- Absprache, Planung und Durchführung von trägerübergreifenden Projekten;
- Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen zur Kinder- und Jugendhilfe für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Düsseldorf.

Zentrale Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII	
Vorsitz	Johannes Horn, Leiter des Jugendamtes
Geschäftsführung	Claudia Kunz, Abteilung Allgemeine Verwaltung
Anzahl der Sitzungen	Fünf Sitzungen im Jahr 2008
Teilnehmerinnen/ Teilnehmer	Amtsleitung, Fachabteilungsleitungen Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendförderung, Soziale Dienste oder deren Stellvertretungen, Schriftführung Geschäftsführung oder benannte Vertretung der Verbände, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Düsseldorf, Caritas für Düsseldorf, Diakonie in Düsseldorf, Deutsches Rotes Kreuz Düsseldorf, Jüdische Gemeinde Düsseldorf, Paritätischer Wohlfahrtsverband Düsseldorf, evangelischer Trägerverbund Düsseldorf, katholische Trägerkonferenz der offenen Türen, Geschäftsführung Jugendring
Thematische Schwerpunkte 2008	Netzwerk Familienzentren in Düsseldorf Weiterentwicklung Kinderbildungsgesetz in Düsseldorf Kindertageseinrichtung und Erweiterung der Öffnungszeiten Kinderschutz in Düsseldorf Bildungsinitiative IV Jugendhilfeplanung Bürgerhäuser Jugendhilfeplanung Beratungsstellen Jugendhilfeplanung Familienbildung Jugendhilfeplanung erzieherischer Kinder- und Jugendschutz Erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Netzwerke in den Stadtteilen – Stadtbezirksteams Rahmen- und Einzelverträge Bildungslandschaften Delinquente Kinder und Fälle der Jugendgerichtshilfe



Neben der Zentralen Arbeitsgemeinschaft werden für die Bereiche Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendförderung, Jugendsozialarbeit, erzieherische Hilfen und Soziale Dienste so genannte Facharbeitsgemeinschaften (AG § 78) gepflegt. Den Vorsitz haben die jeweiligen Abteilungsleitungen. In den Arbeitsgemeinschaften kooperieren die Träger, Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe und tragen zur fachlichen Weiterentwicklung der Jugendhilfeangebote bei. Als Arbeitsgemeinschaft entsprechen sie der gesetzlichen Aufgabenbestimmung und nehmen gegenüber dem Jugendhilfeausschuss eine beratende Funktion ein.

Die Facharbeitsgemeinschaften können Arbeitskreise einberufen, in denen Abstimmungen für die einzelnen Arbeitsfelder getroffen werden. Diese unterstützen die Facharbeit der AG § 78. Sie haben kein eigenes Beschlussrecht. Die Facharbeitskreise werden von den jeweiligen Abteilungsleitungen des Jugendamtes mit der entsprechenden Produktverantwortlichkeit oder seiner Vertretung geleitet. Folgende Arbeitskreise sind eingerichtet:

Für den Bereich der Facharbeitsgemeinschaft Tageseinrichtungen für Kinder:

- Facharbeitskreis Familienbildung,
- Facharbeitskreis Familienzentren

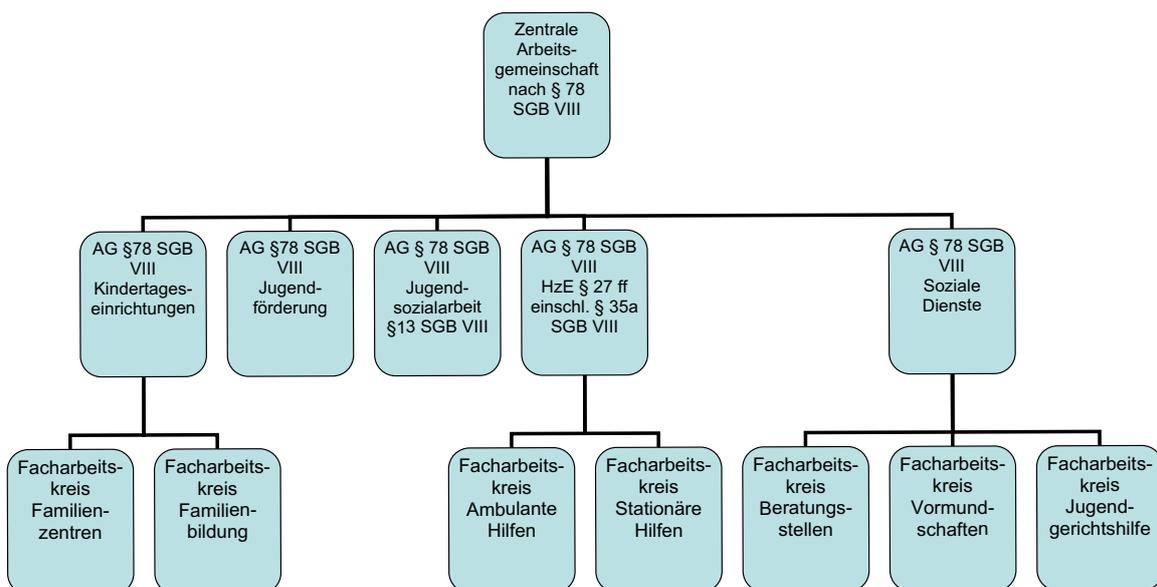
Für den Bereich der Facharbeitsgemeinschaft Soziale Dienste:

- Facharbeitskreis Beratungsstellen,
- Facharbeitskreis Vormundschaften
- Facharbeitskreis Jugendgerichtshilfe

Für den Bereich der Facharbeitsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung:

- Ambulante Hilfen
- Stationäre Hilfen

Organigramm der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII im Jahr 2008





Stadtbezirksbezogene

Jugendhilfe - Stadtbezirksteams (SBT)

Die Lebenswelt der Menschen ist verbunden mit ihrem Stadtbezirk, dem Sozialraum. Von einer sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe wird erwartet, dass sie eine stärkere Ausrichtung von Angeboten an den tatsächlichen Bedarfs- und die Problemlagen ermöglicht und gleichzeitig die Selbsthilfepotenziale von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien fördert.

Die Kinder- und Jugendhilfe soll gewährleisten, dass Eltern und Kinder Angebote und Hilfen finden, bei denen sie und das Ergebnis der Hilfe im Mittelpunkt stehen.

Alle Ressourcen in den Sozialräumen sollen zur Hilfestellung genutzt werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Möglichkeiten der Familien beziehungsweise Nachbarschaften als auch auf die Kinder- und Jugendhilfe.

Die Stadtbezirksteams bilden besondere Verantwortungsbereiche und ein verändertes Kommunikationsmodell, welches organisatorisch als Matrix über die Säulen der bestehenden Organisationsstruktur des Jugendamtes gelegt wird. Die Fachverantwortung und personalrechtliche Zuordnung in den Abteilungen und Fachbereichen bleibt unberührt. Hinzu kommt jedoch eine fachbereichsübergreifende, gemeinschaftliche Verantwortung für die bezirkliche Ausrichtung der Hilfen und Maßnahmen. Hierdurch werden im Gegenzug die Fachbereiche bei der Umsetzung ihrer Aufgaben unterstützt und entlastet.

Für die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit im SBT ist es wichtig, dass jeder Fachbereich in jedem SBT vertreten ist. In sich sind die Fachbereiche bereits nach den Stadtbezirken untergliedert und jeder Fachbereichsleitung sind einer oder mehrere Stadtbezirke zugeordnet. Jedes SBT setzt sich daher zusammen aus

- dem beziehungsweise der für den Stadtbezirk zuständigen Jugendhilfeplaner/in (51/1),
- der für den Stadtbezirk zuständigen Fachbereichsleitung der Abteilung Tageseinrichtungen für Kinder (51/2),
- dem beziehungsweise der für den Stadtbezirk zuständigen Koordinatorin oder Koordinatoren und der temporär zuständigen Fachbereichsleitung Jugendförderung (51/3),
- der für den Stadtbezirk zuständige Leitung des Bezirkssozialdienstes (51/5)

Jedes SBT tagt mindestens einmal vierteljährlich.

Die Hauptthemen waren 2008:

- Gesunde Ernährung/Armut von Kindern und Jugendlichen
- Migration
- Betreuungsangebote
- Vernetzung von Angeboten
- Bildungslandschaften



9. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2009

2009 steht ganz im Zeichen der Jugendhilfeplanungen. Die Jugendhilfeplanung erzieherischer Kinder- und Jugendschutz gemäß §14 SGB VIII wird voraussichtlich im dritten Quartal des Jahres 2009 den Gremien vorgestellt werden.

Er wird folgende Themenfelder beinhalten:

- Suchtprävention
- Gewaltprävention
- Prävention von Jugendkriminalität
- Aufsuchende Jugendarbeit
- Prävention von antidemokratischen Tendenzen
- Jugendmedienschutz
- Schuldenprävention

zuzüglich der Ergänzung um das Querschnittsthema:

- Gesundheitsprävention

Die Fortschreibung des Jugendhilfeplans Kinder- und Jugendförderung soll bis Herbst 2009 fertig gestellt werden. Er beinhaltet die Jugendhilfeplanung für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendarbeit für den Zeitraum 2009 – 2013. Die Vorbereitung der Fachplanungen:

- Jugendhilfeplanung Hilfen zur Erziehung (Fertigstellung 2011)
- Vormundschaften/Pflegschaften (Fertigstellung 2010)
- Jugendgerichtshilfe (Fertigstellung 2012)

Zur Optimierung der Bildungsprozesse wird die Entwicklung von kommunalen Bildungslandschaften in den einzelnen Stadtbezirken im kommenden Jahr ein wichtiges Projekt der Neuen Abteilung „Familienförderung“ sein. Im Mittelpunkt steht die „gelebte“ Kooperation von Jugendhilfe und Schule, dabei sollen die verschiedenen Akteure vor Ort das lokale System aus Bildung, Erziehung und Betreuung stützen. Die Elternarbeit wird mit in die Konzeptionen integriert werden. Die Konzeption und die Grundzüge der Ausgestaltung einer Bildungslandschaft soll am Beispiel „Campus Eller“ bis Mitte des Jahres vorgestellt werden.

Aber auch die Organisation innerhalb des Jugendamtes wird sich 2009 verändern:

Die Präventionsmaßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Familien haben sich in den letzten Jahren in der Düsseldorfer Jugendhilfe

verstärkt. Die Bündelung der Aktivitäten und Zielsetzungen mit den freien Trägern soll nunmehr in einer eigenen Fachabteilung 6 – Familienförderung erfolgen. Die bisherige dezentrale Zuordnung wird zugunsten einer zentralen Organisation aufgegeben, um Verwaltungsabläufe zu optimieren und Fachkenntnisse zur Gewährleistung einer optimalen Unterstützung von Familien zu bündeln. Hierdurch werden die anderen Fachabteilungen entlastet. Dies ist in Bezug auf die Größe der Abteilungen und die zunehmenden fachlichen Neuausrichtungen beziehungsweise Intensivierung von Koordination und Netzwerkarbeit notwendig. Die Familienleistungen steigen und können so aufeinander abgestimmt und aufgebaut werden.

Die Bereiche Elternbesuchsdienst, Familienkarte, Elternschule, Elternbriefe, Erziehungsberatungsstellen, Netzwerke mit den Familienzentren und Schulen sowie Familienbildung im Kontext der ersten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und Beistandschaft (dort werden die gesetzlichen Änderungen zur Trennung- und Scheidung Umstellungsarbeiten und zusätzliche Aufgaben erforderlich machen) werden in die neue Abteilung wechseln.

Zur Verbesserung der Abläufe bei den Verwaltungsaufgaben zentralisiert das Jugendamt die Verwaltungsbereiche der verschiedenen Abteilungen. Die Neuregelung bedeutet eine Veränderung des Verwaltungsgliederungsplans. Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) stellt an die zukünftige Aufstellung des Haushaltsplanes hohe Qualitätsanforderungen und erfordert detailliertes Spezialwissen. Eine zukünftige ordnungsgemäße Abwicklung kann nur durch eine zentrale spezialisierte Aufgabenwahrnehmung sichergestellt werden. Dies gilt sowohl für die Haushaltsplanung als auch für die verschiedenen Finanzcontrollingverfahren sowie die Bearbeitung von Personal-, Zuschuss- und Gebäudeangelegenheiten.

Hauptargument für die Zentralisierung ist, dass die zukünftigen Anforderungen an die Abwicklung der Finanzgeschäfte nur so mit der notwendigen Qualität erfüllt werden können. Eine zentrale Or-



ganisationsform ist besser geeignet, die erforderliche Fach- und Methodenkompetenz einheitlich und damit für alle Träger und Zuschussempfänger sicherzustellen.

Auch im Bereich der Abteilung Soziale Dienste treten Veränderungen ein: Die 24-Stunden-Bereitschaft des Bezirkssozialdienstes soll im zweiten Halbjahr 2009 den Dienst aufnehmen. Ziel des 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes ist es, allen Kindern, Jugendlichen und deren Personensorgeberechtigten, die außerhalb der Kernarbeitszeit des Bezirkssozialdienstes in Notlagen geraten oder gefährdet sind, direkt Beratung und Hilfe zu geben beziehungsweise anzubieten. Durch die erweiterte Rufbereitschaft soll die akute Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch Beratung, Intervention und gegebenenfalls Inobhutnahme verringert werden. Der 24-Stunden-Bereitschaftsdienst soll kein Bürgertelefon sein, sondern ausschließlich durch vernetzte Institutionen der Gesundheits- und Jugendhilfe und Ordnungsbehörden eingeschaltet werden.

Im Rahmen der stetigen Verbesserung des Kinderschutzes hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. September 2008 eine Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO – U TeilnahmeDatVO) erlassen. Das Land Nordrhein-Westfalen will durch diese Verordnung im Hinblick auf ein mögliches Bundesgesetz zum Kinderschutz frühzeitig eigene Maßnahmen ergreifen, um den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen landesweit zu verbessern und wirksamer zu gestalten.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist eine der Modellkommunen in Nordrhein-Westfalen, um die ergänzenden Maßnahmen für einen umfassenden Kinderschutz aus Sicht des Landes umzusetzen. Der durch die Verordnung bestimmte Personenkreis erstreckt sich auf die Kinder im Alter von sechs Monaten bis unter sechs Jahren (U5- bis U9-Untersuchung). In Düsseldorf sind dies ca. 30.000 Kinder jährlich.

Der Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige wird auch 2009 weiter vorangetrieben werden. Das Kinderbildungsgesetz wird im zweiten Jahr erneut für eine komplette Überplanung der Kindertageseinrichtungen sorgen. Auch dieses Mal werden voraussichtlich weitere zusätzliche Stellen benötigt werden. Um die Randzeiten in der Betreuung in den Familienzentren und Kindertageseinrichtungen abzudecken, ist angedacht, dieses durch „Pflegerster“ aufzufangen. Hierfür soll den Kinderpflegerinnen eine Zusatzqualifizierung zur Tagespflegeperson angeboten werden.



Herausgegeben von der
Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Jugendamt

Verantwortlich
Johannes Horn

Redaktion/Gestaltung
Stefan Jany

Fotos
Stefan Jany, Berthild Kamps, Sonja Langenscheid
Michael Riemer, Saskia Zeller

Druckbetreuung
Stadtbetrieb Zentrale Dienste

XI/09-1.3 www.duesseldorf.de

